

E n t w u r f

einer

Verfassungs-Urkunde

für die

evangelisch-lutherische Kirche

des

Herzogthums Braunschweig.

Nebst Anlagen.

Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1850.

Entwurf

einer

Verfassungs - Urkunde

für die

evangelisch-lutherische Kirche

des

Herzogthums Braunschweig.

G e t w u r f

einer

Verfassungs-Urkunde

für die

evangelisch-lutherische Kirche

des

Herzogthums Braunschweig.

Mit Anlagen.

Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1850.

V o r w o r t

des

Herzoglichen Consistorii.

Ueber die in den Einrichtungen der evangelisch-lutherischen Kirche des Herzogthums zu treffenden Aenderungen ist bereits seit dem Jahre 1848 verhandelt worden. Herzogliches Consistorium fand sich damals veranlaßt, Sr. Hoheit dem Herzoge über das Bedürfniß zeitgemäßer Reformen in der Kirchen-Verfassung Vortrag zu machen, und in Folge davon zu geeigneten Vorschlägen aufgefordert, hielt dasselbe für nöthig, zuvörderst die auf diese Angelegenheit sich beziehenden Ansichten und Wünsche der Geistlichen, wie der Gemeinden, welche sich bis dahin nur in einzelnen schriftlichen Eingaben verschiedenen Inhalts geäußert hatten, in genauere Erfahrung zu bringen. Es wurden deshalb die Generalsuperintendenten des Landes und die Superintendenten der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel zu einer, nach darüber in deren amtlichen Kreisen stattgehabten Vorberathungen, bei Herzoglichem Consistorio zu haltenden Conferenz berufen.

In dieser am 18. Julius 1848 und den folgenden Tagen gehaltenen Conferenz, in welcher man die wichtigsten Punkte, auf die bei weiterer Behandlung dieser Sache das Augenmerk zu richten sein werde, ausführlich besprach, stellte sich zwar in Bezug auf untergeordnete Einzelheiten manche Verschiedenheit der Ansichten, in Bezug auf die Hauptsache aber ein fast durchgängiges Einverständniß über das, was der Kirche rücksichtlich ihrer Verfassung Noth thue, heraus. Die Ergebnisse der Conferenz wurden durch den Druck der „protocollarischen Mittheilungen 2c.“ und durch deren Zusendung an die Geistlichen des Landes zu allgemeinerer Kenntniß gebracht, und die Aufnahme, welche diese Mittheilungen fanden, berechtigte zu der Voraussetzung, daß jenes Einverständniß auch in weiteren Kreisen vorhanden sei.

In Uebereinstimmung mit der Ansicht der Conferenz, daß, was die Lage der Kirche zunächst erfordern dürfte, ein Zwiefaches sei, nämlich: 1) „daß des Herzogs Hoheit geruhen wolle, eine Commission zu ernennen, die den Auftrag erhalte, den Entwurf einer evangelisch = lutherischen Kirchen = Verfassung auszuarbeiten;“ sodann aber 2) „daß ein Gesetz über die Wahl der Landeskirche repräsentirender Männer ihres Vertrauens erlassen werde, welche den fraglichen Entwurf demnächst in Betrachtung zu nehmen haben würden,“ nahm nun unterzeichnete Behörde keinen Anstand, die entsprechenden Anträge an des Herzogs Hoheit gelangen zu lassen, und es ward hierauf mittels Höchsten Rescripts vom 16. August 1848 genehmigt,

daß eine Commission, bestehend, außer den dazu zu bestimmenden Mitgliedern des Collegii, aus dem Abte Mühlenhoff zu Braunschweig, dem Generalsuperintendenten Stöter zu Helmstedt und dem Stadtsuperintendenten Ernesti zu Wolfenbüttel mit Abfassung des Entwurfs einer Kirchen-Verfassungs-Urkunde, so wie eines Gesetzes über Berufung einer Behufs Verathung desselben zu versammelnden Landessynode, beauftragt werde. Diese Commission, zu welcher Seitens des Herzoglichen Consistorii der unterzeichnete Präsident und der Consistorialrath Abt Hille hinzutraten, hat sich nun dem ihr ertheilten Auftrage unterzogen, und die demgemäß von ihr ausgearbeiteten Entwürfe mittels des im Folgenden mitabgedruckten Berichts vom 18. December v. J. eingereicht. Sie hat diesen Entwürfen noch den Entwurf eines Gesetzes über die Einkommensverhältnisse der Geistlichen beigelegt, auf welchen zwar an einigen Stellen des Entwurfs der Verfassungs-Urkunde Bezug genommen ist, welcher aber übrigen, als selbstständige Arbeit, zu jenem in keiner nothwendigen Beziehung steht.

Es ist Höchsten Orts angemessen befunden, daß vor einem weiteren Vorschreiten in dieser wichtigen Angelegenheit die Ausarbeitungen der Commission durch den Druck der Oeffentlichkeit übergeben werden. Auf diese Weise wird Allen, denen das Wohl der evangelisch-lutherischen Kirche am Herzen liegt, Gelegenheit gegeben, sich über den Werth dieser Arbeiten ein Urtheil zu bilden, und ihre Ansichten darüber öffentlich auszusprechen.

Das Herzogliche Consistorium hat sich für jetzt einer näheren Beurtheilung der in Vorschlag gebrachten Reformen enthalten, kann jedoch nur wünschen, daß durch eine vielseitige gründliche Prüfung und Beurtheilung derselben der Zweck, ein den Bedürfnissen und Wünschen der Kirchengenossen entsprechendes Verfassungswerk zu begründen, möglichst gefördert werde.

Wolfenbüttel, den 4. Mai 1850.

Herzoglich Braunschw. Lüneb. Consistorium.

F. Schulz.

Inhalts - Verzeichniß.

	Seite
Vorwort des Herzogl. Consistorii.	
Bericht der mit Ausarbeitung des Entwurfs einer Kirchenverfassungs-Urkunde beauftragten Commission	1
Entwurf einer Verfassungs-Urkunde für die evangelisch-lutherische Kirche des Herzogthums Braunschweig	17
Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bildung eines Centralfonds aus dem Vermögen der Pfarren und der Pfarrwittwenhümer, zur Bestreitung der Gehalte der Pfarrer und Superintendenten, der Ruhegehälter emeritirter Pfarrer, der übrigen Pfarr-Verwaltungskosten, so wie der Pfarrwittwen- und Waisenpensionen	89
Entwurf einer Verordnung, betreffend die Berufung einer Landessynode . . .	117

B e r i c h t

der

mit Ausarbeitung des Entwurfs einer Kirchenverfassungs-
Urkunde beauftragten Commission.

d. d. Braunschweig, am 18. December 1849.

Dem Herzogl. Consistorio überreichen wir hiebei den in Gemäßheit Höchsten Auftrags von uns ausgearbeiteten Entwurf einer Verfassungsurkunde für die evangelisch-lutherische Kirche des Herzogthums Braunschweig.

Der Zweck dieser Arbeit hat, unserer Ansicht nach, eine größere Ausführlichkeit derselben erfordert. Je deutlicher aber die Motive, welche uns dabei geleitet haben, aus dem Entwurfe selbst erhellen werden, desto mehr glauben wir uns einer umständlichen Darlegung derselben enthalten, und uns auf die nachstehenden Bemerkungen beschränken zu dürfen.

Es besteht zwar auch im hiesigen Lande neben den Gemeinden lutherischer Confession eine reformirte Gemeinde; indeß haben wir weder in dem uns ertheilten Auftrage, noch in den obwaltenden Verhältnissen, unter denen die Unionsfrage hiesigen Orts bis jetzt noch überall nicht ernstlicher zur Sprache gekommen ist, Veranlassung gefunden, diese Frage, nach dem Vorgange anderer in andern Staaten zu gleichem Zwecke berufener Commissionen, in den Kreis unserer Berathungen zu ziehen; vielmehr haben wir nur für das Bedürfniß der evangelisch-lutherischen Kirche zu arbeiten und berufen erachten können. — Daß wir aber, statt sofort auf das größere Ganze einer evangelischen Kirche Deutschlands den Blick zu richten und Andeutungen über die mögliche künftige Stellung der Kirche des Herzogthums zu derselben zu geben, eben nur die Verhältnisse der letzteren ins Auge gefaßt haben, wird keiner Rechtfertigung bedürfen, da solche Beschränkung unsrer Aufgabe uns durch den Stand der öffentlichen Angelegenhei-

ten des deutschen Vaterlandes, wie derselbe zur Zeit noch ist, unabweißlich geboten war.

Was nun diese Aufgabe von uns forderte, war Bearbeitung nicht der evangelisch-lutherischen Kirchenordnung des Landes überhaupt, sondern nur desjenigen Theiles derselben, welcher sich auf die Verfassung, d. h. auf die Form des Gesellschaftsverbandes der Kirche bezieht und Feststellung der grundgesetzlichen Bestimmungen, nach denen dieselbe, als Gesellschaftsverband, ihre Angelegenheiten ordnet und verwaltet, mithin Feststellung der Principien des Kirchenregiments, zum Endzwecke hat.

Wenn hiernach Vieles von dem, was die Kirchenordnung neben ihren constitutiven Bestimmungen an regulativen (legislatorischen) Vorschriften, z. B. über Lehre und Cultus unter den Rubriken: „Corpus doctrinae“ und „Agenda“, enthält, außerhalb des Bereichs unsrer Aufgabe lag: so haben wir doch dagegen wieder diese in der einen und andern Beziehung weiter fassen zu müssen geglaubt, als sie in den bisher auf Veranlassung der neuesten Zeitereignisse veröffentlichten Kirchenverfassungsentwürfen gefaßt worden ist.

Denn, zuvörderst, wie einverstanden wir auch darin mit den begiegnern dieser Arbeiten sind, daß, was unserer Kirche gegenwärtig Noth thut, nicht sowohl, als gelte es der Constituirung einer erst neu sich bildenden Religionsgesellschaft, Aufführung eines völlig neuen Verfassungsbaues, als vielmehr nur ein solcher erweiternder Ausbau des vorhandenen ist, durch welchen, mittelst Aufnahme presbyterialer und synodaler Institutionen, für die Selbstthätigkeit der Kirche, vornehmlich des gemeindlichen Elements derselben, bei Leitung der kirchlichen Angelegenheiten, der gehörige Raum entsteht: so haben wir doch nicht geglaubt, wie von den Verfassern des Entwurfs für die Kirche im Königreiche Hannover geschehen, von Ueberarbeitung des Ganzen der Verfassung der Kirche absehen und nur „Presbyterial- und Synodaleinrichtungen“ für dieselbe in Vorschlag bringen zu müssen. Nicht nur schien uns die veränderte Stellung, in welche die Kirche zum Staate durch die neueste staatliche Gesetzgebung versetzt

ist, und das daraus hervorgehende Bedürfniß genauerer Scheidung der Gebiete staatlicher und kirchlicher Leitung eine umfassendere Arbeit zu fordern; sondern wir hielten eine solche auch deshalb für nöthig, weil wir annehmen zu müssen glaubten, daß es innerhalb des Gebietes der kirchlichen Leitung selbst an disharmonischen Beziehungen zwischen den in den kirchlichen Organismus neu aufzunehmenden Verfassungselementen und den schon bisher in demselben vorhanden gewesenem nicht fehlen könne, wenn, ohne eine die Verbindung vermittelnde Uebersarbeitung des Ganzen, nur jene mit diesen verbunden würden.

Eben so aber haben wir auch nicht geglaubt, nach dem Vorgange anderer, mehr das Ganze umfassenden Entwürfe, wie z. B. des für die Kirche im Königreiche Württemberg ausgearbeiteten, nur von der Bildung und Beschaffenheit des kirchlichen Organismus selbst ausführlich handeln zu müssen und uns dagegen darüber, wie und innerhalb welches Umfanges von Befugnissen und Obliegenheiten sich die Wirksamkeit der verschiedenen Organe der Kirchenleitung (Presbyterien, Synoden, Beamte, Behörden) an den verschiedenen Gegenständen dieser letztern zu bethätigen habe, mehr summarisch und unter allgemeinen Rubriken ausdrücken zu dürfen. Vielmehr haben wir, nachdem wir in dem ersten Theile unsers Entwurfs über die Bildung und Stellung der zur Mitthätigkeit bei der Kirchenleitung berufenen Organe das unsres Erachtens grundgesetzlich zu Bestimmende bestimmt hatten, sodann eben dieses für den zweiten nicht minder unerlässlichen Theil unserer Aufgabe gehalten, die Wirksamkeit eines jeden dieser Organe in Bezug auf die verschiedenen Objecte kirchenregimentlicher Fürsorge so zu bestimmen und zu begrenzen, daß nicht, falls nun die Kirche auf Grund dieser Verfassungsurkunde ihre Angelegenheiten wirklich zu ordnen und zu verwalten beschließen sollte, aus der Unbemeffenheit der Wirkungskreise neben einander bestehender Auctoritäten verwirrende Conflictte zu befürchten sind. In diesem zweiten Theile des Entwurfs hat nun freilich nicht vermieden werden können, hie und da neben den eigentlich constitutiven Bestimmungen,

um die es unserer Aufgabe gemäß zunächst sich handelte, auch solche legislatorische Bestimmungen aufzunehmen, wie die Lage der Kirche und das Bedürfnis der nöthigen Normen des Verfahrens für die bei Leitung derselben Betheiligten sie augenblicklich zu fordern schien; so daß allerdings mit dieser Verfassungs-Urkunde zugleich gewissermaßen die Grundzüge der Kirchenordnung überhaupt, wie solche uns vorschwebte, gegeben sind. Indes haben wir, eben weil doch hier in Beziehung auf nicht wenige der wichtigsten Theile des Ganzen kirchlicher Ordnung nur Grundzüge haben gegeben, ja öfter nur die Stelle hat bezeichnet werden können, welche die kirchliche Gesetzgebung demnächst noch auszufüllen hat, für angemessen gehalten, diesen unsern Entwurf nicht, wie von der Württembergischen Commission rücksichtlich des von ihr verfaßten, geschehen, als „Kirchenordnung“, sondern, seiner vorwaltenden Tendenz nach, als „Verfassungs-Urkunde“ zu bezeichnen.

Was nun die einzelnen zum Bereiche der kirchenregimentlichen Thätigkeit von uns gerechneten Gegenstände betrifft, wie solche schon in den einleitenden Bestimmungen der §§. 2 (vom kirchlichen Verbande), 3 (von Ordnung des kirchlichen Lebens), 4 (von den kirchlichen Aemtern), 5 (vom kirchlichen Vermögen; von den milden Stiftungen der Kirche), 7 (von den Beziehungen der Kirche zu anderen Religionsgesellschaften und zum Staate) vorläufig angedeutet, in den entsprechenden Abschnitten des zweiten Theils des Entwurfes aber ausführlicher behandelt sind: so glauben wir, daß damit einer Seits allerdings Alles umfaßt ist, was zu jenem Bereiche gehört, innerhalb dessen die Kirche nach den zur Zeit allgemein anerkannten Grundsätzen inskünftige ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen und zu verwalten hat, anderer Seits aber auch der Kirche Nichts vindicirt ist, was nicht, als wirklich kirchliche Angelegenheit, der Selbstbestimmung derselben vindicirt werden müßte, wenn ihr diejenige Selbstständigkeit werden soll, welche die öffentliche Meinung für sie fordert, und deren sie auch bei der wesentlich veränderten Beziehung, in welche sie sich im hiesigen Lande durch

den Erlass des Gesetzes über die politische Gleichberechtigung der den verschiedenen Confessionen Zugehörigen zum Staate gesetzt sieht, zur Wahrung ihrer Interessen nothwendig bedarf. Denn wenngleich, was die Kirche, als in unmittelbarster Beziehung zu ihrem, §. 1 bezeichneten, eigentlichen Endzwecke stehend, zunächst und am angelegentesten interessirt, und wodurch ihr Bestand, ihre Blüthe und ihre Wirksamkeit hauptsächlich bedingt wird, dasjenige ist, was sich unter der Rubrik: „Ordnung des kirchlichen Lebens“ in §. 3 angedeutet, in Abschnitt 2 des zweiten Theiles des Entwurfs aber abgehandelt findet, und was der, freilich vage, Sprachgebrauch, ohne daß hier eine bestimmte Grenze sich ziehen ließe, als sogenannte innere Angelegenheiten der Kirche den sogenannten äußern Angelegenheiten derselben entgegenzusetzen pflegt: so ist doch zu einleuchtend, um hier erst eines weiteren Erweises zu bedürfen, daß zu jener allerdings höchsten und wichtigsten Angelegenheit der Sorge der Kirche für Lehre, Cultus, Seelsorge und die übrigen Gegenstände der Ordnung ihres innern kirchlichen Lebens die unter den übrigen Abschnitten des Thl. 2 des Entwurfs abgehandelten mehr äußern Angelegenheiten (Regelung des kirchlichen Verbandes, Besetzung u. s. w. der kirchlichen Aemter, Verwaltung des kirchlichen Vermögens &c.) sich dergestalt wie unentbehrliche Mittel zum Zwecke verhalten, daß von einem Rechte der Kirche, ihre Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und zu verwalten, in der That nicht die Rede sein könnte, wenn von dessen Ausübung diese sogenannten äußern Angelegenheiten ausgeschlossen würden.

Wie weit nun über diese, nach den hier in Vorschlag gebrachten Bestimmungen der Kirche zu überlassende, Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten die Staatsaufsicht sich zu erstrecken habe und in welcher Weise dieselbe zu üben sei, darüber haben wir, da solches nur die staatliche Gesetzgebung, unter Berücksichtigung der anzuerkennenden Rechte der Kirche, bestimmen kann, in diesem Entwurfe auch nicht einmal Andeutungen zu machen uns berufen fühlen können. Dagegen haben wir für nothwendig gehalten, an mehreren Stellen des Entwurfs, z. B. da, wo von der Betheiligung der Kirche beim öffentlichen Unterrichtswesen, von

der Verbindung kirchlicher Aemter mit Schulämtern, vom kirchlichen Centralfonds, die Rede ist, auf die hauptsächlichsten Punkte aufmerksam zu machen, rücksichtlich deren theils eine Auseinandersetzung, theils eine Uebereinkunft der Kirche mit dem Staate wird vorhergehen müssen, bevor die Frage wegen der Verfassung der ersteren zum Abschlusse gebracht und eine Veränderung der Beziehungen, in denen die Kirche bisher zum Staat und zu den, den beiderseitigen Zwecken dienenden Anstalten und Fonds gestanden hat, wirklich ins Leben treten kann. Weil unter dem Abschnitte 5 des zweiten Theils dieser Verfassungs-Urkunde über „die milden Stiftungen der Kirche“ sich ohne solche vorhergegangene Uebereinkunft Seitens der Kirche überall Nichts wird bestimmen lassen: so haben wir uns auch aller Ausführung dieses Abschnittes enthalten, und hier nur die Stelle bemerkt gemacht, an welcher noch Bestimmungen erfolgen müssen, wenn ein nicht unwichtiger Theil des Gebiets der kirchlichen Wirksamkeit nicht der geordneten kirchlichen Leitung entbehren soll.

Wie sehr wir übrigens überzeugt sind, daß die evangelisch-lutherische Kirche, soll sich der ihr inwohnende Geist so wirksam, wie zu wünschen, zur Beförderung der Vaterlandswohlfahrt erweisen, einer solchen Stellung zum Staate, die sie vor unangemessenen hemmenden Einwirkungen desselben auf ihre eigensten Angelegenheiten schütze, und ihr eine kräftige, wirklich kirchliche Leitung derselben sichere, dringend bedarf: so würden wir es doch nur aufs Aeußerste beklagen können, wenn in einem Lande, das, wie das hiesige Herzogthum, bisher so glücklich war, Staat und Kirche immer in ungestörtester Harmonie zu sehen, und zwar schon darum, weil, mit wenigen kaum in Anschlag zu bringenden Ausnahmen, sämmtliche Bürger des erstern auch Genossen der letztern sind, nunmehr von ganz andern weit weniger erwünschten Zuständen anderer Länder abstrahirte Theorien einen Einfluß, sei es auf die staatliche oder auf die kirchliche, Gesetzgebung gewöhnen, der nur geeignet wäre, da unnatürliche Trennung und unheilvoll in das Volksleben eingreifende Gegensätze hervorzurufen, wo offenbar nur harmonisches Zusammenwirken als das Naturgemäße und Heilbrin-

gende zu betrachten ist. Wir würden es ganz besonders, als eine Quelle nicht abzusehender Uebel der Zukunft, nur auf's Aeußerste beklagen können, wenn auf dem Gebiete, wo die heiligsten Interessen des Staates und der Kirche sich innigst berühren, wenn auf dem Gebiete der Unterrichts-Anstalten des Landes Anordnungen zur Geltung gelangten, durch welche nicht zu verhindernde Anlässe zu Zerwürfissen zwischen Kirche und Schule herbeigeführt, der Kirche die Mittel der Einwirkung auf die Schule verkleinert, der Schule die tüchtigsten Arbeitskräfte der Kirche entzogen würden, in der öffentlichen Meinung aber der unheilvolle Wahn Begünstigung fände, als sei es auf allmähliche Beseitigung der Wirksamkeit des Christenthums in den Anstalten der Volksbildung abgesehen, und als sei die religiöse Unterweisung und Erziehung der Jugend, wenn auch noch als mitberechtigtes Moment, doch nicht mehr als nothwendig das Ganze durchbringende Seele dieser Volksbildung anerkannt. Von dem lebhaftesten Wunsche, solche Trennung und solchen Gegensatz mit den daraus entspringenden Uebeln so viel, wie irgend möglich, verhütet zu sehen, sind wir daher bei Abfassung unsers Entwurfes geleitet, und an den bezüglichlichen Stellen desselben für jede irgend heilsame Uebereinkunft den freiesten Raum offen zu erhalten, ist unser angelegenes Bemühen gewesen. Wir vertrauen zu der Weisheit der hohen Landesregierung, wie der zur Wahrnehmung der Interessen der Kirche berufenen Behörde, daß, was wir nur offen erhalten konnten, demnächst eine solche Ausfüllung erhalten werde, durch welche das Wohl der kommenden Geschlechter nicht bedrohet und gefährdet, sondern verbürgt und gesichert wird.

Noch fühlen wir uns in Bezug auf eine zwiefache Lücke unsres Entwurfes, die nur nach Uebereinkunft zwischen Staat und Kirche sich wird ausfüllen lassen, zu einer Bemerkung gedrungen. Die eine dieser Lücken findet sich da, wo in den §§. 156, 157 u. 158 von der Disziplin der Kirche, die andere da, wo im §. 250 von dem Seitens derselben in Anspruch zu nehmenden Beistande des Staates zur Aufrechterhaltung ihrer Gesellschaftsordnung die Rede ist. Daß die Kirche

zur Erreichung ihres Endzwecks außer den ihr zu Gebote stehenden Mitteln der Lehre, des Cultus und der Seelsorge auch des Mittels einer angemessenen Disciplin nicht entbehren kann, bedarf keines Erweises; es wird daher die Entwerfung einer ihrem Geist und Zwecke entsprechenden Disciplinar-Ordnung unabweißliche Aufgabe der Kirche sein. Nun würde aber die lutherische Kirche, wenigstens in ihrem dermaligen Zustande, unmittelbar nach der Entlassung aus einer dreihundertjährigen bevormundenden Leitung durch den Staat, sich in einer äußerst bedenklichen Lage befinden, wenn sie sich sofort nach erfolgter Constituirung da, wo es um Aufrechterhaltung ihrer Verfassung, um Geltendmachung ihrer äußern Ordnungen, um Nöthigung Solcher, die bekenntnißmäßig ihr zugehören, zur Erfüllung der kirchlichen Gesellschaftspflichten sich handelt, von dem Beistande der Staatsgewalt verlassen und lediglich auf Anwendung der ihr zuständigen Disciplinarmittel, wobei ihr in unzähligen Fällen nur das Mittel des Ausschlusses ihren Anordnungen widerstrebender Mitglieder aus dem Kirchenverbande übrig bleiben dürfte, angewiesen sähe. Zu welchen Uebelständen, zu welchen dem Geiste der Kirche selbst widerstreitenden Disciplinarmassregeln, zu welchen kirchlichen Aergernissen und Spaltungen dies führen würde, leuchtet ohne weitere Ausführung ein. Hier kann die Kirche nur das Vertrauen hegen, daß der Staat, der sie so lange Zeit hindurch, als eine zur Selbstbesorgung ihrer Angelegenheiten nicht befähigte, geleitet hat, sie nicht sofort, nach so plötzlich und so unvorbereitet von seiner Seite erfolgter Mündigkeits-Erklärung, des Beistandes seiner schützenden Hand berauben werde. Vielmehr darf und muß die Kirche hoffen und erwarten, es werde der Staat, dessen in der Landeshoheit begründetes Aufsichtsrecht sie ihrer Seits anzuerkennen hat, sich seiner Seits in ein solches Verhältniß zu ihr stellen, daß er ihre von ihm gutgeheißene Verfassung als rechtsverbindlich für ihre Genossen anerkennt, und ihr in den geeigneten Fällen nicht nur den richterlichen Schutz, sondern auch, auf ordnungsmäßigen Antrag der kirchlichen Behörden und Beamten, den Beistand der staatlichen Executivgewalt sichert. Erst nach erfolgter Uebereinkunft hierüber, wobei ohne Zweifel die

wohlwollendste Rücksichtnahme der hohen Landesregierung auf die Lage und das Bedürfniß der Kirche vorauszusetzen ist, wird nicht nur die weitere Ausführung des sechsten Abschnittes dieses Entwurfes, sondern auch die Ausarbeitung der kirchlichen Disciplinar-Ordnung und somit die Legung eines solchen Grundes dieses Verfassungsbaues, der denselben überhaupt als haltbar erscheinen läßt, thunlich sein.

Was nun die Bestimmungen selbst betrifft, welche diese Verfassungs-Urkunde theils über die einzelnen Organe der Kirchenleitung (Zusammensetzung und Wirkungskreis der Presbyterien, Synoden, Behörden), theils über die einzelnen Gegenstände derselben (Ordnung des kirchlichen Lebens, Besetzung der kirchlichen Aemter, Verwaltung des kirchlichen Vermögens u. s. w.) enthält: so wird darin eine fast durchgängige Uebereinstimmung mit denjenigen Grundsätzen angetroffen werden, welche schon die im Julius 1848 zur Erwägung der Kirchen-Verfassungs-Frage berufene Conferenz als heilsam und zeitgemäß anerkannt hat. Wir beziehen uns deshalb auf die vorliegenden „protocollarischen Mittheilungen“ über die Verhandlungen dieser Conferenz, und glauben übrigens, zumal inzwischen über die hieher gehörigen Fragen schon so vielfach öffentlich verhandelt worden, die Rechtfertigung dieser Bestimmungen vorerst wenigstens dem Entwurfe selbst, wie er vorliegt, überlassen zu müssen. Nur können wir, jemehr sich im Verlaufe unserer Berathungen die Ueberzeugung bei uns befestigt hat, daß die evangelisch-lutherische Kirche des Herzogthums dringend wünschen müsse, auch in ihrer künftigen Stellung zum Staate sich der, dessen Aufsicht wie dessen Schutz vermittelnden, Obhut und Fürsorge der höchsten Person ihres bisherigen Fürstlichen Schutz- und Schirmherrn nicht durch die Consequenzen allgemeiner, für die hiesigen Landes-Verhältnisse aber jedenfalls unpraktischer Theorien beraubt zu sehen, desto weniger hier den Wunsch unausgesprochen lassen, es mögen die Motive dieser unserer Ueberzeugung auch Höchsten Orts die huldreichste Würdigung finden, und es möge die Landeskirche hoffen dürfen, auf die Fortdauer jener Verbindung von des Herzogs Hoheit eben so viel Werth gelegt zu sehen, wie sie selbst darauf den höchsten Werth zu legen Ursache hat.

Als Anlage zu Thl. 2. Abschn. 3. Cap. 1 dieser Verfassungs-Urkunde erlauben wir uns nun noch, den von uns ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes über die Bildung eines Centralfonds aus dem Vermögen der Pfarren und der Pfarrwittventhümer ꝛc. beizufügen, dessen Motive wir aus dem vorangestellten Vorworte ersehen zu wollen bitten. Wir haben geglaubt, uns der Pflicht, zu erwägen, ob und wodurch in Bezug auf Gegenstände, die so wichtig, wie die genannten, für die künftigen kirchlichen Zustände sind, großen, zum Theil schreienden Mißverhältnissen abzuhelpen sei, nicht entziehen zu dürfen, und wissen passendere Mittel der Abhülfe, als die hier vorgeschlagenen, nicht in Vorschlag zu bringen. Je umfassender aber diese Vorschläge sind, und je weniger sich uns selbst dabei auch ein und der andere schwierige Punkt hat verbergen können, desto mehr können wir denselben nur die geneigteste Aufmerksamkeit und demnächst die vielseitigste und gründlichste Prüfung wünschen.

Dem uns ertheilten hohen Auftrage gemäß haben wir auch nicht verfehlt, den Entwurf eines Wahlgesetzes für eine Behufs Mitwirkung bei Begründung der künftigen Kirchenverfassung zu berufende Landesynode auszuarbeiten, und wir erlauben uns, auch diesen Entwurf hieneben zu überreichen. Eine Geschäftsordnung für die Synode auf Grund der in den §§. 48 bis 59 der Verfassungs-Urkunde enthaltenen Bestimmungen werden wir auf Erfordern jeden Augenblick nachsenden können.

Sind uns nun noch über den Gang, den in fernerer Behandlung dieser wichtigen Angelegenheit inne zu halten den Umständen entsprechend scheint, einige ehrerbietige Bemerkungen gestattet, so dürften dieses die folgenden sein:

Sofern die Bestimmung der Grundrechte des deutschen Volkes, nach welcher die Kirche ihre Angelegenheiten selbstständig nicht nur künftig verwalten, sondern auch sofort ordnen soll, in hiesigem Lande als anerkannt vorauszusetzen ist: scheint uns zunächst erforderlich, daß im Wege der Gesetzgebung diejenigen Anordnungen getroffen werden, wo-

durch die Kirche sich mit der Selbstständigkeit, mit der es geschehen soll, zu constituiren befähigt wird. Zu dem Ende dürfte nöthig sein:

1) Daß behufs Begründung der Selbstständigkeit des Kirchenregiments sofort und bis zu erfolgter Vereinbarung der künftigen Kirchenverfassung die oberste Kirchenbehörde mit unmittelbarer Verathung des Landesfürsten in Ausübung der der Höchsten Person desselben zustehenden und Seitens der Kirche fortwährend anerkannten Kirchengewalt beauftragt werde;

2) daß auf den Klosterfonds, dem schon in der bisherigen Verbindung zwischen Kirche und Staat die Kosten des Kirchenregiments obgelegen haben, die Bestreitung derjenigen Kosten übernommen werde, welche die Auseinanderetzung der Kirche mit dem Staate und die Constituirung der erstern veranlassen wird;

3) daß bestimmt werde, wie demnächst, wenn bei den Verhandlungen über diese Auseinanderetzung sich über Umfang und Grenzen der beiderseitigen Rechte Differenzen erheben sollten, die Entscheidung zu bewirken sei, was nach unserm Dafürhalten am geeignetsten durch ein Schiedsgericht würde geschehen können.

Hiernächst würde nun die Verfassung, deren Idee, wie sie uns vorschwebte, unser Entwurf auszudrücken versucht hat, unser Trachten nur so dem zu erreichenden Zwecke, wie den bestehenden Rechten gemäß ins Leben treten, daß einer Seits eine auf Anordnung Sr. Hoheit des Herzogs, als Inhabers der Kirchengewalt, und auf Grund des durch Höchstseinen Verfügung, unter Mitwirkung der obersten Kirchenbehörde, erlassenen Wahlgesetzes zusammenberufene Landessynode sich mit derselben einverstanden erklärte, anderer Seits aber des Herzogs Hoheit derselben die, Höchster Beschlußnahme vorzubehaltende, Sanction ertheilte.

Soll nun auf diesem Wege ein wirklich gebiegenes und heilsames Verfassungswerk zu Stande kommen: so ist dazu offenbar vor

Allem Nichts nöthiger, als daß die Landeskirche bei dessen Berathung auf der Synode, so viel wie möglich, durch ihre edelsten, einsichtsvollsten und arbeitstüchtigsten Freunde vertreten sei. Wir würden es, ungeachtet der rücksichtlich der Wirksamkeit der Synode dem Landesfürsten vorzubehaltenden Befugnisse, für ein höchst beklagenswerthes Uebel von nicht abzusehenden nachtheiligen Folgen für die Kirche halten müssen, wenn durch zweckwidrige Composition dieser ersten zu einer so wichtigen Aufgabe berufenen landeskirchlichen Versammlung die Absicht der Berufung derselben vereitelt würde. Nun ist aber nicht zu verkennen, und durch zahlreiche gewichtige Stimmen von den verschiedensten Seiten her ist nachdrücklichst hervorgehoben, daß, zumal in dieser Zeit, wo so viele außerkirchliche Interessen die kirchlichen überwiegen und nicht selten für fremdartige Zwecke auszubenten suchen, so lange die Gemeinden selbst noch nicht kirchlich organisirt sind, und eine gemeindliche Thätigkeit in Bezug auf das Kirchliche sich in denselben noch nicht entwickelt hat, kaum irgend ein, mit Rücksicht auf die nicht zu übersiehenden Forderungen der Zeit entworfenes, Wahlgesetz, auf Grund dessen sofort und unmittelbar eine zur Mitthätigkeit bei Constituirung der Kirche berufene Landessynode zusammenzutreten haben würde, im Stande sein wird, für dem Zwecke entsprechende Zusammensetzung derselben die zu wünschenden Garantien zu bieten; auch vermögen wir keinesweges mit Gewißheit zu behaupten, daß das von uns verfaßte und hieneben überreichte Wahlgesetz solche Garantien in hinreichendem Maße biete.

Unter solchen Umständen wird es der sorgfältigsten Erwägung bedürfen, ob mit der Berufung einer Landessynode sofort vorzuschreiten sei, oder ob es den Vorzug verdiene, daß damit für den Augenblick noch Anstand genommen werde, daß aber inzwischen, und zwar baldigst, des Herzogs Hoheit, kraft Landesbischoflicher Gewalt, eine Höchste Verordnung zu erlassen geruhe, nach welcher in den Gemeinden Kirchenvorstände provisorisch eingesetzt werden, deren Stellung und Wirkungskreis etwa nach den in diesem Falle anwendbaren §§. unsres Entwurfes zu bestimmen sein

würde, und daß durch Vermittelung dieser Kirchenvorstände, deren Mitglieder dann die Urwähler sein würden, nach Verlauf der erforderlichen Zeit die Wahlen zu der zu berufenden Landessynode erfolgen.

Für solches langsamere Verfahren des allmählichen Aufbaues der Verfassung von unten auf scheint man sich im Königreiche Hannover entschieden zu haben, und dürfte man sich auch im Königreiche Preussen entscheiden, falls das, was sich in den auf Anordnung des dortigen Gouvernements veröffentlichten Gutachten als überwiegende Ansicht der zu Rath gezogenen Kirchenbehörden, Facultäten und Kirchenrechtslehrer herausgestellt hat, für die höchsten Beschlußnahmen bestimmend würde. Jedoch würden wir ein solches, erst später, vielleicht nach Verlauf eines Jahres oder einiger Jahre, zum Ziele führenden Verfahren nur in dem Falle für zulässig erachten können, daß darauf zu rechnen stände, es werden inzwischen und bis zu erfolgter Constituirung der Kirche auch staatsseitig in Angelegenheiten, bei welchen, wie namentlich bei der Gestaltung des Unterrichtswesens, wichtige Interessen der Kirche theilhaftig sind, keine Beschlüsse gefaßt werden, durch welche die Kirche sich bisher genossener Rechte oder bisher geübter Einflüsse beraubt sieht und zu Anstalten und Besitzthümern des Landes in ein ungünstigeres Verhältniß versetzt wird, als das war, in dem sie bisher sich befand. Würden dagegen derartige Staatsbeschlüsse zu befürchten und durch das bisherige Landesfürstliche Kirchenregiment nicht abzuwenden sein: so halten wir ungeachtet der oben geäußerten Bedenken für unvermeidlich, daß, Behufs Wahrung der Rechte der Kirche durch von ihr selbst gewählte Vertreter, zur Berufung einer Landessynode und dem entsprechender Aufnahme der Arbeit des kirchlichen Verfassungsbaues ohne Verzug geschritten werde.

Jeden Falls dürfte es, nicht nur um der allgemeinen Erwartung zu entsprechen, sondern auch um eine weitere Verständigung über die in Rede stehende wichtige Angelegenheit herbeizuführen, nicht unrathsam sein, daß die hierneben überreichten Entwürfe, denen wir in diesem

Falle auch diesen unseren gehorsamsten Bericht beigelegt zu sehen wünschten, vorläufig der Deffentlichkeit übergeben würden. Doch können wir, ob und in welcher Weise dieses geschehen möge, nur zu höherer Entscheidung verstellen.

Braunschweig, am 18. December 1849.

F. Schulz. W. Hille. J. A. Ch. Mühlhoff.
C. Stöter. L. Ernesti.

Entwurf einer Verfassungsurkunde
für
die evangelisch=lutherische Kirche
des
Herzogthums Braunschweig.

Inhalts-Verzeichniß.

Einleitung.

Wesen und Zweck der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes	§. 1.
Kirchlicher Verband	§. 2.
Ordnung des kirchlichen Lebens	§. 3.
Kirchliche Aemter	§. 4.
Kirchen-Vermögen. Kirchliche milde Stiftungen	§. 5.
Rechte und Pflichten der Kirchenmitglieder	§. 6.
Zweck der Verfassungsurkunde	§. 7.

Erster Theil.

Von den Organen der Kirchenleitung.

Allgemeiner Grundsatz	§. 8.
---------------------------------	-------

Erster Abschnitt.

Von den Gemeinden und deren Vertretung.

Erstes Capitel.

Von der Pfarrgemeinde und dem Kirchenvorstande.

Begriff der Pfarrgemeinde	§. 9.
Verhältniß derselben zu anderen kirchlichen Genossenschaften	§. 10.
Vertretung der Pfarrgemeinde	§. 11.
Zusammensetzung des Kirchenvorstandes im Allgemeinen	§. 12.
Zusammensetzung desselben in Pfarrgemeinden, die mehrere Ortsgemeinden umfassen	§. 13.
Active Wahlfähigkeit bei der Wahl der Kirchenverordneten	§. 14.
Passive Wahlfähigkeit	§. 15.
Wahlhandlung und Amtsantritt der Gewählten	§. 16.
Wahlanstände	§. 17.
Amtswechsel unter den Kirchenverordneten	§. 18.
Dualität des Amtes eines Kirchenverordneten	§. 19.
Außerordentlicher Rücktritt aus dem Kirchenvorstande	§. 20.
Recht der Patrone im Kirchenvorstande	§. 21.
Befugnisse des Kirchenvorstandes im Allgemeinen	§. 22.
Befugnisse desselben im Besondern	§. 23.
Zeit der Wiederkehr der Versammlungen und Vorsitz in denselben	§. 24.
Obliegenheiten des Vorsitzenden	§. 25.

Zweites Capitel.

Von der Kreisgemeinde, der Kreisynode und dem Kreissynodalausschusse.

Begriff der Kreisgemeinde	§. 26.
Zahl und Umfang der Kirchenkreise	§. 27.
Vertretung der Kreisgemeinde	§. 28.
Zusammensetzung der Kreisynode	§. 29.
Befugnisse und Obliegenheiten derselben	§. 30.
Zeit und Ort der Kreissynodalversammlungen	§. 31.
Eröffnung derselben	§. 32.
Oeffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit derselben	§. 33.
Wahl des Präsidii und Art der Beschlußnahme	§. 34.
Schluß der Kreisynode und Aufbewahrung ihrer Acten	§. 35.
Zusammensetzung des Kreissynodalausschusses, und Wahl der Synodalbevollmächtigten	§. 36.
Obliegenheiten des Kreissynodalausschusses	§. 37.

Drittes Capitel.

Von der Landesgemeinde, der Landesynode und deren Ausschuss.

Begriff der Landesgemeinde	§. 38.
Vertretung der Landesgemeinde	§. 39.
Zusammensetzung der Landesynode	§. 40.
Passive Wahlfähigkeit	§. 41.
Art der Wahl und Beglaubigung derselben	§. 42.
Aufgabe der Landesynode rücksichtlich der Gesetzgebung	§. 43.
Aufgabe derselben rücksichtlich der Aufsicht auf die Verwaltung	§. 44.
Befugnisse derselben bei Wiederbesetzung erledigter Stellen im Oberkirchenrathe	§. 45.
Mitwirkung derselben bei der Verwaltung des Gemeinguts der Kirche	§. 46.
Ordentliche und außerordentliche Landesynodalversammlungen	§. 47.
Eröffnung derselben	§. 48.
Oeffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit derselben	§. 49.
Vorläufige Prüfung der Legitimationen	§. 50.
Unzulässigkeit von Instructionen	§. 51.
Gid der Abgeordneten	§. 52.
Wahl des Präsidii	§. 53.
Umfang und Reihenfolge der Berathungen	§. 54.
Beschlußfähigkeit	§. 55.
Beschlußnahme	§. 56.
Wirkung der Beschlüsse	§. 57.
Vertagung, Auflösung und Verabschiedung, wie Schluß der Landesynodalversammlungen	§. 58.
Landessynodalabschied	§. 59.
Zusammensetzung des Landessynodalausschusses	§. 60.

Wahl seiner Mitglieder und ihrer Stellvertreter	§. 61.
Befugnisse und Obliegenheiten desselben rücksichtlich der Aufsicht	§. 62.
Mitwirkung desselben bei der Gesetzgebung	§. 63.
Mitwirkung desselben bei Verwaltungsbeschüssen	§. 64.
Theilnahme desselben an den Hauptprüfungen der Candidaten	§. 65.
Recht und Pflicht gutachtlicher Aeußerung	§. 66.
Befugniß der Zusammenberufung der Landessynode	§. 67.
Wahl der Vorsitzenden im Landessynodalausschusse	§. 68.
Form der Geschäftsführung	§. 69.
Conferenzen mit dem Oberkirchenrathe	§. 70.
Rechenschaftsbericht des Landessynodalausschusses	§. 71.
Einberufung der Stellvertreter	§. 72.

Zweiter Abschnitt.

Von der Kirchengewalt des evangelischen Landesfürsten.

Umfang derselben	§. 73.
Vollziehbarkeit der landesfürstlichen Erlasse	§. 74.
Zusicherung des Landesfürsten über die verfassungsmäßige Ausübung seiner Befugnisse	§. 75.
Anordnung in dem Falle, daß der Landesfürst dem evangelisch-lutherischen Bekenntnisse nicht zugethan ist	§. 76.

Dritter Abschnitt.

Von den mit der Kirchenleitung beauftragten Behörden.

Erstes Capitel.

Vom Oberkirchenrathe.

Zusammensetzung desselben	§. 77.
Erforderliche Eigenschaften der weltlichen Räthe	§. 78.
Anstellung der übrigen Beamten und Gehülfen	§. 79.
Verhältniß des Oberkirchenraths zum Landesfürsten	§. 80.
Wirksamkeit desselben in Beziehung auf die Landessynode	§. 81.
Aufsichts- und Verwaltungsbefugnisse desselben im Allgemeinen	§. 82.
Aufsicht desselben über die Unterrichtsanstalten des Landes im Besondern	§. 83.
Besonderer Geschäftskreis des Generalsuperintendenten	§. 84.
Dienst der Mitglieder des Oberkirchenraths	§. 85.
Verantwortlichkeit derselben	§. 86.
Die übrigen Rechtsverhältnisse der Mitglieder und der untern Beamten des Oberkirchenraths	§. 87.

Zweites Capitel.

Von dem Superintendenten und der Kirchencommission.

Dienstliche Stellung des Superintendenten und der Kirchencommission zum Oberkirchenrathe	§. 88.
Amtliches Verhältniß derselben zu den kirchlichen Beamten ihres Kreises	§. 89.

Ernennung des Superintendenten	§. 90.
Zusammensetzung und Sitz der Kirchencommission	§. 91.
Die dem Superintendenten unabhängig von der Kirchencommission zu- stehenden Geschäfte	§. 92.
Geschäftskreis der Kirchencommission	§. 93.
Ueberweisung einzelner Geschäfte Seitens des Superintendenten an die Kirchencommission	§. 94.
Geschäftsordnung der Kirchencommission	§. 95.
Maß der Selbstständigkeit in der Geschäftsführung des Superintendenten und der Kirchencommission	§. 96.
Gehalt des Superintendenten	§. 97.
Rücktritt desselben vom Amte	§. 98.
Dauer der Amtsführung des weltlichen Kirchencommissarius und Remu- neration für dieselbe	§. 99.

Zweiter Theil.

Von den Gegenständen der Kirchenleitung.

Erster Abschnitt.

Vom kirchlichen Verbande.

Erstes Capitel.

Von der Kirchenmitgliedschaft.

I. Eintritt in dieselbe.

Aufnahme evangelisch-lutherischer Glaubensgenossen anderer Staaten . .	§. 100.
Aufnahme neuer Glaubensgenossen	§. 101.
Aufnahme von Convertiten	§. 102.

II. Austritt aus derselben.

Wann der Austritt als vollzogen zu betrachten sei	§. 103.
Rechtliche Folgen des Austritts	§. 104.

Zweites Capitel.

Vom Pfarrgemeindevorbande.

Nothwendigkeit der Einsparung	§. 105.
Merkmale der Einsparung	§. 106.
Veränderungen in der Einsparung	§. 107.
Combination bisher selbstständiger Pfarrgemeinden	§. 108.
Bildung selbstständiger Pfarrgemeinden	§. 109.

Drittes Capitel.

Vom Kreisgemeindevorbande.

Veränderungen im Umfange der Kirchenkreise	§. 110.
--	---------

Zweiter Abschnitt.

Von der Ordnung des kirchlichen Lebens.

Erstes Capitel.

Von der Lehre und den kirchlichen Lehranstalten.

Sorge der Kirche für dieselben überhaupt	§. 111.
Berechtigung zur Führung eines evangelisch-lutherischen Kirchenamts . . .	§. 112.
Anstalten zur Vorbereitung auf die kirchlichen Aemter	§. 113.
Aufsicht über die Vorbildung in jenen, Prüfungen der Candidaten des Kirchen- und des kirchlichen Schulamts	§. 114.
Gelohniß der in Kirche und Schule zu bestellenden Religionslehrer . . .	§. 115.
Lehrbücher beim Religionsunterrichte	§. 116.
Kirchliche Kinderlehren	§. 117.
Confirmanden-Unterricht	§. 118.
Evangelisch-lutherischer Religionsunterricht in den öffentlichen Unterrichts- anstalten des Landes	§. 119.
Verpflichtung der Lehrer und Prediger zur Ertheilung desselben . . .	§. 120.
Aufsicht über die religiöse Bildung der evangelisch-lutherischen Jugend .	§. 121.

Zweites Capitel.

Vom Cultus.

I. Vom öffentlichen Gottesdienste.

Öffentlicher und Privatgottesdienst	§. 122.
Bestimmung der Kirchengebäude	§. 123.
Einweihung derselben	§. 124.
Erhaltung und Einrichtung derselben	§. 125.
Verfahren behufs Abänderungen geltender Fest- und Feiertage . . .	§. 126.
Zahl und Zeit der gottesdienstlichen Versammlungen	§. 127.
Außerordentliche kirchliche Feierlichkeiten	§. 128.
Das kirchliche Geläut	§. 129.
Ordnung des öffentlichen Gottesdienstes	§. 130.
Verantwortlichkeit für ordnungsmäßige Abhaltung desselben . . .	§. 131.
Befugniß der Candidaten zum Predigen	§. 132.
Die Feiertagsordnung	§. 133.
Theilnahme des Kirchenvorstandes an Aufrechterhaltung der Feiertags- und Gottesdienstordnung	§. 134.

II. Von der Feier der Sakramente und den übrigen mit dem öffentlichen Gottesdienste in Verbindung stehenden kirchlichen Handlungen.

Allgemeiner Grundsatz	§. 135.
---------------------------------	---------

1. Von der heiligen Taufe.	§. 136.
2. Vom heiligen Abendmahle.	
Berechtigung zur Theilnahme an der Abendmahlsfeier	§. 137.
Consistentenverzeichnisse	§. 138.
3. Von der Confirmation.	
Unterricht und öffentliche Prüfung der Confirmanden	§. 139.
Bedingungen der Zulassung zur Confirmation	§. 140.
4. Von der Eingehung der Ehe.	
Nothwendigkeit kirchlicher Einsegnung	§. 141.
Fälle, in denen die kirchliche Einsegnung unzulässig ist	§. 142.
Einsegnung gemischter Ehen	§. 143.
Sonstiges Verfahren bei Trauungen	§. 144.
5. Von den kirchlichen Begräbnißfeierlichkeiten.	
Begräbnißplätze	§. 145.
Begräbnißordnung	§. 146.
Verantwortlichkeit für kirchenordnungsmäßige Vornahme der Begräbniße	§. 147.
Aufsicht des Kirchenvorstandes	§. 148.
Anhang.	
Von der Kirchenbuchführung	§. 149.

Drittes Capitel.

Von der Seelsorge in Verbindung mit der kirchlichen Armenpflege
und der kirchlichen Disciplin.

Seelsorgende Thätigkeit des Pfarrers im Allgemeinen	§. 150.
Pflicht der Amtsverschwiegenheit im Besondern	§. 151.
Theilnahme der Kirchenverordneten an der seelsorgenden Thätigkeit des Pfarrers	§. 152.
Die kirchliche Armenpflege	§. 153.
Handhabung derselben Seitens des Kirchenvorstandes	§. 154.
Collecten für Wohlthätigkeitszwecke	§. 155.
Zweck der kirchlichen Disciplin	§. 156.
Disciplinarmittel gegen Kirchenmitglieder	§. 157.
Disciplinarmittel gegen die Beamten der Kirche	§. 158.

Dritter Abschnitt.

Von den ständigen Kirchenämtern in den Gemeinden.

Errichtung, Aufhebung und Veränderung ständiger Kirchenämter	§. 159.
--	---------

Erstes Capitel.

Vom Pfarramte und den Aemtern der Gehülfsprediger.

I. Von Besetzung des Pfarramts.

1. Bedingungen der Anstellungsfähigkeit	§. 160.
2. Recht der Verleihung.	
Unmittelbare Besetzung durch den Landesfürsten	§. 161.
Wahlbefugnisse	§. 162.

Vocations-Recht	§. 163.
Erlöschen des Ernennungsrechts	§. 164.
Landesfürstliche Bestätigung	§. 165.

3. Weihe zum geistlichen Amte.

Nothwendigkeit der Ordination	§. 166.
Der Ordinirende	§. 167.
Fälle der Unzulässigkeit der Ordination	§. 168.
Juramentum doctrinale	§. 169.

4. Einführung in das geistliche Amt.

Rechtliche Wirkung der Einführung	§. 170.
Bei der Einführung betheiligte Personen	§. 171.
Die Auseinanderlegung	§. 172.
Kosten des Anzugs und der Einführung	§. 173.

II. Von den Pflichten und Rechten der Pfarrer.

Pflichten des Pfarrers als geistlichen Vorstehers und Leiters der ihm anvertrauten Gemeinde	§. 174.
Pflichten des Pfarrers als Vorsitzenden des Kirchenvorstandes	§. 175.
Die Geschäftsvertheilung unter Pfarrer Einer Gemeinde	§. 176.
Vertretung des Pfarrers	§. 177.
Pastoral-Conferenzen	§. 178.
Schulaufsicht und Führung der Civilstandsregister	§. 179.
Befugniß zu Nebengeschäften	§. 180.
Einkommens-Verhältnisse der Pfarrer	§. 181.

III. Von den Gehülfsgeistlichen und den sonstigen Stellvertretern der Pfarrer.

Befegung der Gehülfspredigtämter, wie Beschaffenheit und Umfang der damit verbundenen Geschäfte	§. 182.
Pflicht der Candidaten zur Aushülfe im Predigtamte	§. 183.
Pflicht der Prediger des Kirchencircles zur Aushülfe	§. 184.
Beordnung von Pfarrgehilfen	§. 185.
Adjuncturen mit Anwartschaft auf die Nachfolge	§. 186.

IV. Von der Erledigung des Pfarramts.

Art und Weise der Erledigung im Allgemeinen	§. 187.
Niederlegung des Amtes	§. 188.
Versetzung des Pfarrers	§. 189.
Emeritirung desselben	§. 190.
Amtesentsetzung desselben	§. 191.
Dienstentlassung desselben	§. 192.
Erledigung des Pfarramts durch den Tod des Pfarrers	§. 193.

Interimistische Verwaltung des erledigten Pfarramts	§. 194.
Anspruch der Wittwen und Waisen verstorbenen Pfarrer an den Nachge- nuß des Pfarreinkommens	§. 195.

V. Von den kirchlichen Anstalten zur Versorgung der Wittwen und Waisen der Prediger.

Verwaltung des Vermögens der Pfarrwittwenhäuser und Einkommens- verhältnisse der Pfarrwittwen	§. 196.
Verwaltung der in den bisherigen General-Inspectionen bestehenden Pre- diger-Wittwen-Cassen	§. 197.
Verwaltung der Consistorial-Predigerwittwen-Casse und des Wäterling- schen Vermächtnißfonds	§. 198.

Zweites Capitel.

Von den kirchlichen Lehrämtern an den Schulen und sonstigen Bildungs- anstalten	§. 199.
--	---------

Drittes Capitel.

Von den untern Kirchenbeamten.

Besetzung der Aemter der Cantoren, Opfermänner und Organisten . .	§. 200.
Aufsicht über dieselben	§. 201.
Einkommensverhältnisse derselben	§. 202.
Erledigung ihrer Aemter	§. 203.
Annahme der außerdem zu kirchlichen Dienstleistungen erforderlichen Personen	§. 204.

Vierter Abschnitt.

Von dem Kirchenvermögen.

Einteilung und Bestimmung des Kirchenvermögens	§. 205.
--	---------

Erstes Capitel.

Vom Gemeingute der Kirche.

Bestand desselben	§. 206.
Der Hauptkirchenfonds und die Hauptkirchencasse	§. 207.
Nächste Bestimmung des Hauptkirchenfonds	§. 208.
Die von demselben der Hauptpfarrcasse zu leistende Aushülfe . . .	§. 209.
Verwendungen aus demselben zur Förderung örtlicher Zwecke des Kirchenthums	§. 210.
Voranschlag	§. 211.
Gehalte beim Oberkirchenrathe	§. 212.
Kosten der kirchlichen Repräsentation	§. 213.
Kosten der Kirchen-Commissionen	§. 214.
Herbeischaffung der Mittel bei Unzulänglichkeit der Einkünfte . . .	§. 215.
Anleihen auf den Credit des Hauptkirchenfonds	§. 216.
Kirchencollecten	§. 217.

Kirchensteuern	§. 218.
Ruhung vacanter Kirchengüter	§. 219.
Rechnungsabnahme	§. 220.
Beaufsichtigung der Verwaltung	§. 221.

Zweites Capitel.

Vom Parochial-Kirchengute.

Umfang desselben	§. 222.
Güterverzeichnisse	§. 223.

I. Von dem Vermögen der einzelnen Kirchen.

Allgemeine Bestimmung dieses Vermögens	§. 224.
Verpflichtung zur Herstellung und Unterhaltung der kirchlichen Gebäude und Anstalten	§. 225.
Natural- und Geldleistungen der Gemeinden bei Herstellung und Unter- haltung dieser Gebäude	§. 226.
Ablöslichkeit der Baupflicht	§. 227.
Subsidiarische Verpflichtung der Kirchengemeinde zur Bestreitung regel- mäßiger Bedürfnisse	§. 228.
Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse	§. 229.
Vermögensverband unter den Kirchen eines Kreises	§. 230.
Oberaufsicht und obere Leitung der Vermögensverwaltung	§. 231.
Besondere Aufsicht über das Kirchenvermögen und Verwaltungsbefugnisse der Gemeinde	§. 232.

Mitwirkung der Gemeinden.

1) bei allen für den kirchlichen Vermögensbestand wichtigen Verwal- tungsmaßregeln	§. 233.
2) bei Anstellung der Kirchenrechnungsführer	§. 234.
3) bei den Etats-Verhandlungen	§. 235.
4) bei Monitor und Abnahme der Kirchenrechnungen	§. 236.
Nächste Verpflichtung des Rechnungsführers	§. 237.
Ablieferung der Cassenbestände	§. 238.
Entbehrliche Ueberschüsse	§. 239.
Recht der Kirche, welche solche Ueberschüsse abgeliefert hat	§. 240.
Recurs des Kirchenvorstandes gegen Verwaltungsmaßregeln des Oberkirchenraths	§. 241.
Plenarbeschluß der Gemeinde über Kirchenvermögens-Angelegenheiten	§. 242.
Verwaltungsbefugnisse der Kirchenpatrone	§. 243.

II. Von dem Vermögen der kirchlichen Aemter und Wittwenhäuser.

Bildung eines Hauptpfarrfonds	§. 244.
Verwaltung und Verwendung desselben	§. 245.
Vermögen und Einkommen der übrigen kirchlichen Aemter	§. 246.
Aufsicht des Kirchenvorstandes	§. 247.

Fünfter Abschnitt.

Von den kirchlichen milden Stiftungen §. 248.

Sechster Abschnitt.

Von dem Verhältnisse der Kirche zu andern Religionsgesellschaften
und zum Staate.

Verhältniß der Kirche zu andern Religionsgesellschaften §. 249.

Verhältniß der Kirche zum Staate §. 250

Einleitung.

§. 1.

Die evangelisch-lutherische Kirche des Herzogthums verbleibt auf dem Grunde der heiligen Schrift und im Zusammenhange mit den im Corpore doctrinae Julio enthaltenen Bekenntnissen der evangelisch-lutherischen Gesamtkirche. Sie hat zum Endzweck: Geltendmachung des Geistes, Vermittelung der Segnungen des lauterer evangelischen Christenthums unter den ihr Zugehörigen.

§. 2.

Zugehörige derselben sind alle von ihr ordnungsmäßig aufgenommene und nicht wieder ausgeschiedene Landeseinwohner. Sie gliedert sich als Landesgemeinde in Kreisgemeinden und innerhalb dieser in Pfarrgemeinden.

§. 3.

Zur Erreichung ihres Endzwecks dienen ihr als hauptsächlichste Mittel: die Lehre, der Cultus, die Seelsorge, verbunden mit Uebung der ihr zustehenden kirchlichen Disciplin und Armenpflege, und die hierauf bezüglichen ihr angehörigen Anstalten bilden die hauptsächlichsten Gegenstände ihrer Vorsorge in der Ordnung ihres kirchlichen Lebens.

§. 4.

Sie erwartet Mitthätigkeit zur Förderung ihres Endzwecks von allen ihren Genossen, hält jedoch zur Erreichung desselben für nöthig das Bestehen besonderer zur Wahrnehmung der Lehre, des Cultus und der Seelsorge verordneter kirchlicher Aemter.

§. 5.

Zur Unterhaltung der ihr zugehörigen Anstalten und Aemter ist das Besizthum der Kirche, so wie zur Erfüllung der stiftungsmäßigen Zwecke das Vermögen und Einkommen der klösterlichen und sonstigen milden Stiftungen derselben ausschließlich bestimmt.

§. 6.

Jedes Mitglied der Landeskirche hat das Recht ordnungsmäßiger Benutzung der kirchlichen Anstalten seiner Gemeinde; das Recht der Stimmabgabe in derselben und der Wählbarkeit zu den kirchlichen Aemtern, sofern es die zu dem einen und andern erforderlichen Eigenschaften besitzt; wie auch das Recht der Antragstellung und Beschwerde in der dafür vorgeschriebenen Ordnung.

Dagegen ist es Gewissenspflicht jedes Kirchenmitgliedes, den Endzweck der Kirche nach Kräften zu fördern, die dazu dienenden kirchlichen Mittel und Anstalten treulich zu gebrauchen, und einen den Forderungen des Evangeliums entsprechenden Wandel zu führen; Gesellschaftspflicht aber, der bestehenden Kirchenordnung Gehorsam zu beweisen, und sich den kirchlichen Abgaben und Dienstleistungen, welche die Gemeinde von ihm zu fordern berechtigt ist, nicht zu entziehen.

§. 7.

Rücksichtlich der gesammten §. 2 bis 5 bemerkten Gegenstände, so wie rücksichtlich ihrer Beziehungen nach Außen, zu andern Religions-Gesellschaften und zum Staate, bedarf die Kirche der Leitung durch dazu von ihr berufene Organe. Die Grundsätze der Kirchenleitung, entsprechend den Rechten und Pflichten der Kirchengenossen, festzustellen; ist der Zweck dieser Verfassungsurkunde.

Erster Theil.

Von den Organen der Kirchenleitung.

§. 8.

Die evangelisch-lutherische Kirche des Landes ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten theils durch von ihr gewählte Vertreter, theils durch ständige Behörden, so jedoch, daß sie die Höchste Person des evangelischen Landesfürsten auch ferner als Inhaber der obersten Befugnisse der Kirchenleitung anerkennt.

Erster Abschnitt.

Von den Gemeinden und deren Vertretung.

Erstes Capitel.

Von der Pfarrgemeinde und dem Kirchenvorstande.

§. 9.

Die Pfarrgemeinde umfaßt alle Diejenigen, welche in gottesdienstlicher Hinsicht demselben herkömmlich bestehenden Pfarrsprengel (Parochie) zugehören, sie mögen nun Mitglieder derselben Ortsgemeinde oder verschiedener pfarramtlich verbundener Ortsgemeinden sein.

§. 10.

Gemeinden, deren Pfarramt nur zur Zeit durch den Geistlichen einer andern Gemeinde mit verwaltet wird, verlieren dadurch ihre Selbstständigkeit nicht. Genossenschaften öffentlicher Anstalten dagegen, wenngleich bei denselben ein Prediger angestellt ist, sind in Bezug auf kirchliche Vertretung als Pfarrgemeinden nicht zu betrachten.

§. 11.

Jede Pfarrgemeinde wird durch einen Kirchenvorstand (Presbyterium) vertreten.

§. 12.

Zu demselben gehören:

1) die ordentlichen Geistlichen der Gemeinde: Pfarrer, Diaconen und Pfarrverweser. Collaboratoren des Predigtamts und Amtsgesellschaften der Prediger nehmen nur mit beratender Stimme Theil, sofern sie nicht als Stellvertreter der letzteren zugegen sind;

2) die aus der Gemeinde gewählten Kirchenverordneten, deren Anzahl

in Gemeinden unter 400 Seelen					4 bis 6
=	=	=	1500	=	6 „ 8
=	=	=	3000	=	8 „ 10
=	=	=	5000	=	10 „ 15
=	=	=	über 5000	=	15 „ 20

betragen soll.

§. 13.

In Pfarrgemeinden, die mehrere Ortsgemeinden umfassen, wird von jeder derselben eine der Seelenzahl entsprechende Zahl von Kirchenverordneten gewählt. Behufs Behandlung der besonderen Angelegenheiten der einzelnen Ortsgemeinden bilden die Kirchenverordneten jedes Orts mit dem Geistlichen besondere Abtheilungen des, übrigens gemeinschaftlichen, Kirchenvorstandes.

§. 14.

Stimmberechtigt bei der Wahl der Kirchenverordneten ist jeder Mann in der Gemeinde, welcher das 25ste Lebensjahr zurückgelegt und einen eigenen Hausstand begründet hat, sofern er nicht an einem der Gebrechen leidet, die zur Ausübung des gemeinbürgerlichen Wahlrechts unfähig machen, oder wegen Nichterfüllung der Pflichten der Kirchenmitgliedschaft von Ausübung des kirchlichen Stimmrechts ausgeschlossen ist (§. 157).

§. 15.

Zu Kirchenverordneten sollen nur solche Mitglieder der Pfarrgemeinde gewählt werden, welche das 30ste Lebensjahr zurückgelegt haben, und nicht nur die Eigenschaften der Stimmberechtigten

an sich tragen, sondern deren Lebenswandel auch überhaupt unbescholten ist, und die sich daneben durch ihre Theilnahme am öffentlichen Gottesdienste als der evangelischen Kirche zugethane Männer bewiesen haben.

§. 16.

Die Wahlhandlung, so wie der Amtsantritt des Gewählten, geschieht nach vorgängiger kirchlicher Abkündigung und unter angemessener kirchlicher Feierlichkeit nach Maßgabe des darüber von dem Oberkirchenrathe zu erlassenden Regulativs.

§. 17.

Fällt die Wahl auf eine nach §. 15 als ungeeignet zu betrachtende Person, so hat der Kirchenvorstand das Recht und die Pflicht der Abmahnung vom Eintritt; bleibt diese ohne Erfolg, so erwirkt er die Entscheidung der Kreissynode (§. 30.).

§. 18.

Die Kirchenverordneten werden auf sechs Jahre gewählt. Je nach drei Jahren — das erste Mal nach Bestimmung des Looses — scheidet die Hälfte aus. Die Ausgeschiedenen können jedoch wiedergewählt werden. Wer drei Male hindurch das Amt eines Kirchenverordneten bekleidet, und während dieser Zeit das 60ste Lebensjahr zurückgelegt hat, kann als Ehrenmitglied mit beratender Stimme im Kirchenvorstande verbleiben.

§. 19.

Das Amt der Kirchenverordneten ist ein Ehrenamt. Denselben soll ein besonderer Amtssitz in der Kirche eingeräumt werden.

§. 20.

Wenn ein Kirchenverordneter eine von den Eigenschaften, welche seine Wahl bedingt haben, verliert, oder sein Amt beharrlich vernachlässigt, oder sich einen Mißbrauch seiner Amtsbefugnisse zu Schulden kommen läßt, so ist, falls er nicht freiwillig vom Amte zurücktritt, dessen Entlassung bei der Kirchen-Commission zu beantragen, und hat diese darüber die Entscheidung der Kreissynode zu veranlassen (§. 30.).

§. 21.

Kirchenpatrone sind befugt, in dem Kirchenvorstande derjenigen Gemeinden, über deren Kirchen ihnen das Patronatrecht zusteht, Sitz und Stimme zu führen.

§. 22.

Die Vertretung der Gemeinde durch den Kirchenvorstand erstreckt sich im Allgemeinen auf alle kirchlichen Angelegenheiten derselben, so weit nicht der Gemeinde in der Gesamtheit ihrer stimmberechtigten Mitglieder gewisse Befugnisse vorbehalten sind. In Fällen dieser Art liegt dem Kirchenvorstande die Berufung und Leitung der Gemeindeversammlungen, so wie die Ausführung der Gemeindebeschlüsse ob.

§. 23.

Zu den besonderen Befugnissen und Obliegenheiten desselben gehört:

- 1) die Ueberwachung des Gemeindeverbandes (§. 100 ff.);
- 2) die Wahrnehmung des Interesses der Kirchengemeinde an der religiösen Jugendbildung in den Schulen (§. 121.);
- 3) die Sorge für Aufrechthaltung der Gottesdienstordnung in der Gemeinde (§. 122—148.);
- 4) die Förderung des christlich-sittlichen Lebens in der Gemeinde durch Bethheiligung an der Seelsorge (§. 152.), an der kirchlichen Armenpflege (§. 154.) und der kirchlichen Disciplin (§. 157.);
- 5) die Mitwirkung bei Errichtung, Aufhebung und Veränderung ständiger Kirchenämter (§. 159.);
- 6) die Beobachtung und Ausübung der Rechte, welche bei Erledigung und Wiederbesetzung der Pfarrstellen und niederen Kirchenämter der Gemeinde, so wie ihm selbst zustehen (§. 162, 163, 193, 200, 201, 204.);
- 7) die Aufsicht über das Vermögen der Kirche, so wie die Mitwirkung bei der Verwaltung desselben (§. 232.) und die Aufsicht auf das Besizthum und die Gerechtsame der übrigen kirchlichen Stiftungen in der Gemeinde (§. 247.);
- 8) die Wahl eines weltlichen Abgeordneten zur Bescheidung der Kreissynode (§. 31.).

§. 24.

Der Kirchenvorstand versammelt sich in der Regel jeden Monat, mindestens aber vierteljährlich ein Mal. Den Vorsitz in der Versammlung führt der Pfarrer; wo mehrere vorhanden sind, zunächst der Inhaber der ersten Pfarrstelle.

Für Verhinderungsfälle wird, wenn ein zweiter Pfarrer nicht vorhanden ist, ein Stellvertreter des Vorsitzenden von den übrigen Mitgliedern erwählt.

§. 25.

Der Vorsitzende hat die Verhandlungen auf eine dem kirchlichen Zwecke entsprechende Weise zu eröffnen und bei Leitung derselben dahin zu sehen, daß dieser Zweck stets im Auge behalten werde. Derselbe führt, wenn kein besonderer Schriftführer erwählt worden ist, das Protocoll, übernimmt die Aufbewahrung der Acten, sorgt für die Ausführung der Beschlüsse, welche nach Stimmenmehrheit der Mitglieder gefaßt werden, und vermittelt die Geschäftsverbindung mit den übrigen Kirchenbehörden.

Zweites Capitel.

Von der Kreisgemeinde, der Kreissynode und dem
Kreissynodal-Ausschusse.

§. 26.

Die Kreisgemeinde besteht aus einer Anzahl von Pfarrgemeinden innerhalb eines behufs gemeinsamer kirchlicher Vertretung und Leitung gebildeten Kirchenkreises (Diöcese),

§. 27.

Solcher Kirchenkreise sollen 16 sein, nämlich:

I. Braunschweig, mit den Parochien: 1. St. Magni, 2. St. Martini, 3. St. Catharinen, 4. St. Andreas, 5. St. Ulrici, 6. St. Petri, 7. St. Michaelis, 8. St. Blasii;

II. Wolfenbüttel, mit den Parochien: 1. Beatae Mariae Virginis, 2. St. Trinitatis, 3. St. Johannis, 4. Thiede, 5. Gr. Stöckheim, 6. Fummelse, 7. Abersheim, 8. Halchter, 9. Lunsen-Thedinghausen.

III. Lichtenberg, mit den Parochien: 1. Ober- und Niederfresden, 2. Delber am w/W., 3. Wester- und Osterlinde, 4. Burgdorf, 5. Berel, 6. Lesse, 7. Barbecke, 8. Woltwische, 9. Delsburg, 10. Reppner, 11. Engelnstedt, 12. Lebenstedt, 13. Bruchmachtersen, 14. Salber, 15. Gebhardshagen, 16. Lobmachtersen, 17. Barum, 18. Leinde.

IV. Zimmerlah, mit den Parochien: 1. Zimmerlah, 2. Bettmar, 3. Geitelde, 4. Beddingen, 5. Sauingen, 6. Broistedt, 7. Ballstedt, 8. Alvesse, 9. Bodenstedt, 10. Köchingen, 11. Wähle, 12. Wedtlenstedt, 13. Denstorf, 14. Duttonstedt, 15. Meerdorf, 16. Wendeburg, 17. Bortfeld.

V. Querum, mit den Parochien: 1. Querum, 2. Lehdorf, 3. Delper, 4. Völkenrode, 5. Wenden, 6. Bevenrode, 7. Gr. und Kl. Brunsrode, 8. Flechtorf, 9. Lehre, 10. Wendhausen, 11. Hondelage, 12. Hordorf, 13. Volkmarode, 14. Gardeffen, 15. Glentorf, 16. Schoppau.

VI. Salzbahlum, mit den Parochien: 1. Salzbahlum, 2. Kl. Stöckheim, 3. Mascherode, 4. Rautheim, 5. Kremlingen, 6. Abbenrode, 7. Destedt, 8. Gr. und Kl. Beltheim, 9. Högum, 10. Siette, 11. Erkerode, 12. Evesen, 13. Dettum, 14. Apelnstedt, 15. Ahlum.

VII. Helmstedt, mit den Parochien: 1. Helmstedt, 2. Marienberg, 3. Marienthal, 4. Süpplingenburg, 5. Königslutter, 6. Oberlutter, 7. Lauingen, 8. Bornum, 9. Lelm, 10. Süpplingen, 11. Frellstedt, 12. Räfte, 13. Wolsdorf.

VIII. Borsfelde, mit den Parochien: 1. Borsfelde, 2. Parsau, 3. Tibdische, 4. Grashorst, 5. Belpfe, 6. Volksmarsdorf, 7. Gr. Twülpstedt, 8. Bährdorf, 9. Saalsdorf, 10. Calvörde, 11. Uthmöden.

IX. Schöningen, mit den Parochien: 1. Schöningen, 2. Hoiersdorf, 3. Dffleben, 4. Büddenstedt, 5. Esbeck, 6. Warberg,

7. Dobbeln, 8. Twiflingen, 9. Söllingen, 10. Jerrheim, 11. Beierstedt, 12. Gevensleben, 13. Watenstedt, 14. Ingeleben.

X. Schöppenstedt, mit den Parochien: 1. Schöppenstedt, 2. Wazum, 3. Schliestedt, 4. Gr. und Kl. Dahlum, 5. Eizum, 6. Sambleben, 7. Ambleben, 8. Eilum, 9. Gr. Vahlberg, 10. Bertlingen, 11. Uehrde, 12. Gr. Winnigstedt, 13. Kl. Winnigstedt, 14. Heffen.

XI. Harzburg, mit den Parochien: 1. Neustadt-Harzburg, 2. Bettingerode, 3. Harlingerode, 4. Ostharingen, 5. Börsum, 6. Gr. und Kl. Denkte, 7. Rissenbrück, 8. Gr. und Kl. Biemende, 9. Remlingen, 10. Semmenstedt, 11. Hedeper, 12. Seinstedt, 13. Achim.

XII. Seesen, mit den Parochien: 1. Seesen, 2. Alfelfeld, 3. Langelshheim, 4. Lutter am Barenberge, 5. Schlawede, 6. Volkersheim, 7. Mahlum, 8. Ortschaften, 9. Bornum, 10. Kl. Rhüden, 11. Bornumhausen, 12. Herrhausen, 13. Kirchberg, 14. Münchhof, 15. Gittelde, 16. Badenhausen.

XIII. Gandersheim, mit den Parochien: 1. Gandersheim, 2. Gremshheim, 3. Gerenrode, 4. Bodenburg, 5. Hachenhausen, 6. Ellierode, 7. Ahlschausen, 8. Dopperhausen, 9. Heckenbeck, 10. Greene, 11. Naensen, 12. Brunsen, 13. Wenzgen.

XIV. Stadtholbendorf, mit den Parochien: 1. Stadtholbendorf, 2. Arholzen, 3. Delligsen, 4. Brunkensen, 5. Borwohle, 6. Wangelnstedt, 7. Eschershausen, 8. Kirchbrak, 9. Dielmiffen, 10. Halle, 11. Heyen, 12. Harderode, 13. Bisperode, 14. Bessingen.

XV. Holzminden, mit den Parochien: 1. Holzminden, 2. Mtenndorf, 3. Derenthal, 4. Bofzen, 5. Bevern, 6. Deensen, 7. Regensborn, 8. Golmbach, 9. Mühle, 10. Ottenstein, 11. Hohe, 12. Kemnade, 13. Gehlen.

XVI. Blankenburg, mit den Parochien: 1. Blankenburg, 2. Benzingerode, 3. Börnecke, 4. Kattenstedt, 5. Heimburg, 6. Hüttenrode, 7. Timmenrode, 8. Wienrode, 9. Hasselfelbe, 10. Murode, 11. Stiege, 12. Tanne, 13. Trautenstein, 14. Walfenried, 15. Brauns-
lage, 16. Wieba, 17. Hohegeiß, 18. Jorje.

§. 28.

Jede Kreisgemeinde wird durch eine Kreissynode vertreten.

§. 29.

Mitglieder derselben sind der Superintendent, so wie sämmtliche ordentliche Geistliche des Kreises, und eben so viele von den einzelnen Kirchenvorständen aus ihrer Mitte gewählte nicht geistliche Abgeordnete.

§. 30.

Zu den Befugnissen und Obliegenheiten derselben gehört:

1) Kenntnißnahme von dem Zustande und den Bedürfnissen des Kirchenthums in dem Kreise, und Berathung dessen, was demgemäß entweder den Kirchenvorständen in Bezug auf deren Wirksamkeit zur Beachtung zu empfehlen, oder als Antrag an die obere Behörde, oder die Landessynode zu bringen ist.

2) Die letzte Entscheidung über angefochtene Wahlen von Kirchenverordneten, so wie über die beantragte Dienstentlassung derselben.

3) Die Wahl der Abgeordneten zu der Landessynode, und

4) die Wahl zweier Mitglieder des Kreissynodalausschusses.

§. 31.

Die Kreissynode versammelt sich in jedem dritten Jahre, nachdem in den einzelnen Gemeinden die Wahl der Kirchenverordneten beendet, und von dem Kirchenvorstande ein Abgeordneter erwählt worden, auf Berufung durch den Kreissynodalausschuß am Wohnorte des Superintendenten oder an einem andern geeigneten Orte innerhalb des Kreises.

Von der Berufung ist der Oberkirchenrath in Kenntniß zu setzen.

§. 32.

Die Synode wird von dem Superintendenten durch einen angemessenen religiösen Act eröffnet.

§. 33.

Die Verhandlungen sind nur dann öffentlich, wenn solches in Hinsicht auf die zu behandelnden Gegenstände für zulässig erachtet wird.

§. 34.

Die Synode wählt einen Vorsitzenden und einen Schriftführer aus ihrer Mitte unter Leitung des Superintendenten mittels schriftlicher Abstimmung. Die Beschlußnahme erfolgt nach der Stimmenmehrheit der Mitglieder; bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die des Vorsitzenden.

§. 35.

Die Kreissynode wird nach Erledigung der Geschäfte, welche derselben vorgelegen haben, geschlossen, nachdem das letzte Protocoll der Verhandlung verlesen und genehmigt worden. Die Aufbewahrung der Synodalacten übernimmt der Superintendent.

§. 36.

Der Kreissynodalausschuß besteht aus dem Superintendenten und zwei Bevollmächtigten der Kreissynode, einem Geistlichen aus der Mitte derselben, und einem Rechtskundigen. Beide Synodalbevollmächtigte werden von der Kreissynode gewählt, und verwalten ihr Amt bis dahin, daß am Schlusse der nächsten Synode eine neue Wahl, von der dieselben nicht ausgeschlossen sind, erfolgt.

Die geschehene Wahl wird dem Oberkirchenrathe durch den Superintendenten angezeigt. Sie bedarf keiner weiteren Bestätigung, kann jedoch, im Falle der Unzweckmäßigkeit, durch gemeinsamen Beschluß des Oberkirchenraths und des Landessynodalausschusses wieder aufgehoben werden.

§. 37.

Dem Kreissynodalausschusse liegt ob:

- 1) den Oberkirchenrath von den auf der Synodalversammlung gefaßten Beschlüssen in Kenntniß zu setzen;
- 2) die Ausführung und Vollziehung der Synodalbeschlüsse zu besorgen;
- 3) den Zusammentritt und die Tagesordnung der künftigen Synodalversammlung vorzubereiten;
- 4) den Vorsitzenden bei Leitung der Verhandlungen zu unterstützen;

5) die der Synode im §. 30. Nro. 2. vorbehaltene letzte Entscheidung in den zwischen den Synodalversammlungen sich etwa ereignenden, einen Aufschub bis zur nächsten Synodalversammlung nicht leidenden Fällen zu treffen.

Die Befugnisse und Obliegenheiten des weltlichen Synodalbevollmächtigten, als Mitgliedes der Kirchencommission, sind im 2. Capitel des 3. Abschnitts festgestellt.

Drittes Capitel.

Von der Landesgemeinde, der Landessynode und deren Ausschuß.

§. 38.

Die Verbindung sämmtlicher Kirchenkreise des Landes zu gemeinsamer Vertretung und unter gemeinsamer Leitung bildet die Landesgemeinde.

§. 39.

Die Landesgemeinde wird durch die Landessynode vertreten.

§. 40.

Die Landessynode besteht aus 34 zur Hälfte geistlichen, zur Hälfte nicht geistlichen Abgeordneten, zu welchen vier von der Kreissynode Braunschweig, und zwei von jeder der übrigen Kreissynoden gewählt werden.

Der Landesfürst ordnet einen Commissarius zu der Landessynode ab.

Der Oberkirchenrath nimmt durch eins oder mehr seiner Mitglieder an den Verhandlungen, jedoch nicht an den Abstimmungen, Theil.

§. 41.

Wählbar als geistlicher Abgeordneter ist Jeder, der in dem Synodalkreise, wo gewählt wird, ein geistliches Amt selbstständig verwaltet; als nicht geistlicher Abgeordneter Jeder, der innerhalb desselben zur Bekleidung des Amtes eines Kirchenverordneten die Befähigung besitzt.

§. 42.

Die Wahl bei den einzelnen Kreissynoden geschieht durch schriftliche Abstimmung. Zu einer gültigen Wahl ist absolute Stimmenmehrheit der Wähler, von denen wenigstens drei Vierteltheile erschienen sein müssen, erforderlich. Dem Gewählten wird auf den Grund des geführten Protocolls eine Wahlurkunde ausfertigt.

§. 43.

Die Aufgabe der Landessynode besteht zunächst in der Mitwirkung bei der kirchlichen Gesetzgebung. Es können Gesetze der Landeskirche nicht erlassen oder aufgehoben, organische Einrichtungen derselben nicht eingeführt oder verändert, neue Beziehungen derselben nach Außen, zu anderen Religionsgesellschaften, und zum Staate nicht eingegangen werden, ohne daß die Landessynode darüber berathen und dazu die Zustimmung erteilt hat.

§. 44.

Daneben hat die Landessynode zur Aufgabe die Ueberwachung der gesammten kirchlichen Verwaltung und der Amtsführung der damit beauftragten Behörden und Beamten. Sie ist befugt, darauf bezügliche Gesuche und Beschwerden, sofern deren Abhülfe bei den Kirchenbehörden vergeblich gesucht ist, in Berathung zu nehmen, und bringt die entsprechenden Anträge an den Oberkirchenrath oder an den Landesfürsten selbst.

§. 45.

Ferner hat die Landessynode bei Wiederbesetzung erledigter Stellen im Oberkirchenrathe die im §. 77. ihr überwiesene Befugniß auszuüben.

§. 46.

Ueber die Mitwirkung endlich, welche der Landessynode bei der Verwaltung des Gemeinguts der Kirche zusteht, ist im 4. Abschnitt des 2. Theils das Nähere enthalten.

§. 47.

Die Landessynode versammelt sich in jedem sechsten Jahre zu Wolfenbüttel auf Berufung des Landesfürsten.

Außerordentliche Versammlungen zu berufen, steht nicht nur dem Landesfürsten, sondern auch in den §. 67. bemerkten Fällen dem Landes-Synodalausschusse zu.

§. 48.

Die Versammlung wird von dem Landesfürsten in Person, oder durch einen Bevollmächtigten desselben, unter gottesdienstlicher Feier, die der Oberkirchenrath anordnet, eröffnet.

§. 49.

Die Sitzungen der Landessynode sind öffentlich. Geheime Sitzungen finden statt, so oft vertrauliche Verhandlung über einen Gegenstand vom Landesfürstlichen Commissarius gefordert, oder vom Präsidium nöthig erachtet, oder auf Antrag dreier Abgeordneten von der Versammlung beschlossen wird.

§. 50.

Die vorläufige Prüfung der Legitimationen der Abgeordneten besorgt der Alterspräsident unter Assistentz zweier von ihm zu wählender Abgeordneten. Ueber Wahlstände entscheidet die Landessynode.

§. 51.

Jeder Abgeordnete zur Landessynode ist Vertreter der gesammten Landeskirche, und kann von seinen Wählern an keine Instruction gebunden werden.

§. 52.

Jeder, der als Abgeordneter in die Landessynode eintritt, wird von dem Bevollmächtigten des Landesfürsten eidlich verpflichtet: „als Vertreter der Landeskirche deren Ordnung treulich wahren, und deren Wohl nach bester Ueberzeugung berathen und fördern zu wollen.“

§. 53.

Das Präsidium, bestehend aus einem Vorsitzenden (Moderator) und dessen Stellvertreter (Assessor), wählt die Synode aus ihrer Mitte, unter Leitung des Alterspräsidenten, durch schriftliche Stimmabgabe.

Von der Wahl des Präsidii ist dem Landesfürsten Anzeige zu machen.

Wegen des erforderlichen Gehülfspersonals hat der Moderator die nöthigen Anordnungen zu treffen.

§. 54.

Die Landessynode hat einzig und allein über kirchliche Angelegenheiten, und über diese nur in so weit, als sie ihrem Wirkungsbereiche verfassungsmäßig zustehen, zu berathen und zu beschließen.

Es sollen aber die Verathungen in der Weise auf einander folgen, daß in der Regel zuerst die Vorlagen des Oberkirchenraths, sodann die Anträge der Kreissynoden, darauf die Anträge der Abgeordneten, und zuletzt die Petitionen und Beschwerden aus einzelnen Gemeinden vorgenommen werden.

§. 55.

Die Landessynode ist beschlußfähig, wenn wenigstens zwei Drittheile ihrer stimmberechtigten Mitglieder gegenwärtig sind.

§. 56.

Sie faßt in der Regel ihrer Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit ist die Entscheidung auf derjenigen Seite, wo die Stimme des Vorsitzenden sich befindet.

Zu einem gültigen Beschlusse über Veränderungen in den wesentlichen Grundbestimmungen der Verfassung ist eine Mehrheit der Stimmen von zwei Dritttheilen erforderlich.

§. 57.

Beschlüsse der Landessynode erhalten Gesetzeskraft, wenn sie vom Landesfürsten bestätigt, und vom Oberkirchenrathe verkündigt sind.

§. 58.

Der Landesfürst hat das Recht, die von ihm berufenen Synodalversammlungen zu vertagen, aufzulösen und zu verabschieden.

Die Vertagung darf nicht über drei Monate hinaus dauern.

Die Auflösung geschieht durch eine Verordnung, in welcher die vorzunehmende Wahl neuer Abgeordneter bestimmt und der Tag bemerklich gemacht wird, an welchem die, über sechs Monate nicht zu verschiebende, Eröffnung der neuen Landessynode stattfinden soll.

Die Verabschiedung geschieht, nachdem die Gegenstände der Verhandlung erledigt und daß solches geschehen, dem Landesfürsten angezeigt worden.

Der Schluß der Landessynode erfolgt in allen diesen Fällen, nachdem zuvor die Mitglieder des Synodalausschusses und deren Stellvertreter erwählt worden sind.

§. 59.

Der Synodalabschied, welcher die Ergebnisse der auf der Landessynode getroffenen und von dem Landesfürsten genehmigten Vereinbarungen enthält, wird nach dem Schlusse der Synode von einer gemeinschaftlichen aus den Mitgliedern des Oberkirchenraths und des Synodalausschusses gebildeten Commission entworfen, sodann von dem Landesfürsten, dem Moderator der Synode und einem Mitgliede des Oberkirchenraths vollzogen, und ordnungsmäßig publicirt.

§. 60.

Der Landessynodalausschuß besteht aus fünf Mitgliedern der Landessynode, unter denen zwei geistliche und zwei nicht geistliche sein müssen.

§. 61.

Die einzelnen Ausschußmitglieder, so wie eine gleiche Zahl geistlicher und nicht geistlicher Stellvertreter derselben, werden durch absolute Stimmenmehrheit erwählt.

§. 62.

Der Landessynodalausschuß hat das Recht und die Pflicht, zwischen den Synodalversammlungen die Vollziehung der vom Landesfürsten bestätigten Synodalbeschlüsse zu überwachen, und die deshalb erforderlichen Anträge an den Oberkirchenrath oder den Landesfürsten zu richten.

§. 63.

Derselbe hat auf Antrag des Oberkirchenraths solche kirchliche Gesetze und nur im Wege der Gesetzgebung zu treffende Anordnungen, deren Erlass keinen Aufschub leidet, zu berathen und wird, wenn er sie für angemessen hält, vorbehältlich der Bestätigung auf der nächsten Landessynodalversammlung, die Zustimmung dazu ertheilen.

§. 64.

Die Mitwirkung desselben ist ferner erforderlich bei den Verwaltungsbeschlüssen, welche die Wiederaufhebung der Wahl der Kreissynodalbevollmächtigten (§. 36.), den Kreisgemeindevorstand (§. 110.), die Lehre (§. 116.), den Cultus (§. 130.), die unfreiwillige Emeritierung, Amtsentsetzung und Dienstentlassung der Kirchenbeamten (§. 98, 190, 191 und 192.), so wie die kirchliche Vermögensverwaltung (§. 216, 217, 220.) betreffen.

§. 65.

Der Landessynodalausschuß hat das Recht, durch eines seiner geistlichen Mitglieder an den Hauptprüfungen der Candidaten des Predigtamts, so wie an den Colloquien der weiter zu befördernden Geistlichen Theil zu nehmen.

§. 66.

Derselbe hat das Recht, und auf Erfordern des Oberkirchenraths die Pflicht der gutachtlichen Aeußerung in allen wichtigen landeskirchlichen Angelegenheiten.

§. 67.

Derselbe ist befugt, die Landessynode zusammenzuberufen:

- 1) wenn der Kirche eine außerordentliche Gefahr droht;
- 2) wenn die Kirchenverfassung in ihren wesentlichen Grundbestimmungen verletzt, namentlich die Berufung der Landessynode innerhalb der gesetzlichen Frist nicht erfolgt ist.

§. 68.

Behufs der Geschäftsleitung wählt der Synodalausschuß aus seiner Mitte einen Vorsitzenden nach Stimmenmehrheit.

§. 69.

Die Form der Geschäftsführung ist die collegialische; zur Beschlußnahme ist die Zustimmung wenigstens dreier Mitglieder erforderlich.

Bei wichtigen Anlässen beruft der Vorsitzende die Mitglieder zusammen, in anderen Fällen genügt eine schriftliche Communication.

§. 70.

Von Zeit zu Zeit, mindestens in jedem zweiten Jahre, wird der Synodalausschuß zu einer Conferenz in Kirchensachen mit dem Oberkirchenrathe auf dessen Verufung zusammentreten, und bei dieser Gelegenheit von dessen Verwaltungsthätigkeit, namentlich auch von dem kirchlichen Rechnungswesen Kenntniß nehmen.

§. 71.

Ueber seine Wirksamkeit hat der Landessynodalausschuß der nächsten Synodalversammlung einen Rechenschaftsbericht zu erstatten, und an den Verhandlungen darüber nehmen auch diejenigen Ausschußmitglieder Theil, welche nicht wieder als Abgeordnete zu der Landessynode gewählt sind.

§. 72.

Die Stellvertreter der Ausschußmitglieder werden im Fall des Ausscheidens oder der Behinderung der letztern nach Ordnung der auf sie gefallenen Wahl durch den Vorsitzenden einberufen; jedoch so, daß ein geistlicher Abgeordneter nur durch einen geistlichen Stellvertreter, und ein nicht geistlicher Abgeordneter nur durch einen nicht geistlichen Stellvertreter ersetzt werden kann.

 Zweiter Abschnitt.

Von der Kirchengewalt des evangelischen Landesfürsten.

§. 73.

Der evangelische Landesfürst übt in Verbindung mit der Landes-

synode die gesetzgebende Gewalt in der Kirche, und ist Inhaber der höchsten Aufsichts- und Administrativgewalt in derselben.

§. 74.

Alle Landesfürstlichen Erlasse, welche Ausflüsse der höchsten Befugniß der Kirchenleitung sind, erfolgen unter Contrasignatur des Oberkirchenraths, und sind nur, mit dieser versehen, vollziehbar.

§. 75.

Ueber die verfassungsmäßige Ausübung der dem Landesfürsten zuständigen Befugnisse der Kirchenleitung wird derselbe eine förmliche Zusicherung ertheilen, deren Urkunde der Landessynodalausschuß in Empfang zu nehmen und in dem Archive der Landessynode zu deponiren hat.

§. 76.

Ist der Landesfürst dem evangelisch-lutherischen Bekenntnisse nicht zugethan, so beschließt die Landessynode auf Verufung durch den Synodalausschuß über eine anderweite Anordnung behufs Ausübung der höchsten Befugnisse der Kirchenleitung. Bis zu erfolgter Feststellung derselben wird der Oberkirchenrath die obere Kirchenleitung allein unter besonderer Verantwortlichkeit übernehmen.

Dritter Abschnitt.

Von den mit der Kirchenleitung beauftragten Behörden.

Erstes Capitel.

Vom Oberkirchenrath e.

§. 77.

Der Oberkirchenrath besteht aus dem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl geistlicher und weltlicher Räte.

Der Präsident wird unmittelbar vom Landesfürsten ernannt.

Die Besetzung der Rathstellen geschieht auf die Weise, daß die Landessynode im Erledigungsfalle drei befähigte Personen in Vorschlag bringt, und der Landesfürst von den Vorgesetzten Einen erwählt.

§. 78.

Zu den weltlichen Stellen sind nur solche rechtskundige Männer in Vorschlag zu bringen, welche die zur Verwaltung eines Richteramts erforderliche Befähigung besitzen.

§. 79.

Das zum Secretariate und zur Kanzlei des Oberkirchenraths gehörige Personal wird auf den Vorschlag des Letzteren vom Landesfürsten ernannt. Die Annahme des Unterpersonals und der Gehülfen auf Kündigung bleibt dem Oberkirchenrathe überlassen.

§. 80.

Der Oberkirchenrath bildet, als oberste geistliche Behörde, den Beirath des Landesfürsten in allen der höchsten Entscheidung vorbehaltenen Kirchensachen. Den unmittelbaren Vortrag beim Landesfürsten hat der Präsident.

§. 81.

Der Oberkirchenrath bearbeitet die zur Verhandlung auf der Landessynode bestimmten Vorlagen und Gesetzentwürfe, trifft die zur Versammlung der Landessynode erforderlichen Vorbereitungen, publicirt die mit der höchsten Bestätigung versehenen Synodalbeschlüsse, und ist diejenige Behörde, von welcher allein die Landessynode und deren Ausschuss Mittheilungen über Gegenstände der kirchlichen Gesetzgebung und Verwaltung zu fordern berechtigt ist.

§. 82.

Die Wirksamkeit des Oberkirchenraths, als oberster kirchlicher Aufsichts- und Verwaltungsbehörde, erstreckt sich in dem, Theil 2 dieser Verfassungsurkunde bestimmten Maße auf alle Gegenstände der Kirchenleitung. Dahin gehört namentlich: die Ueberwachung des äußeren Verbandes, so wie der inneren Ordnung der Kirche; die oberste Leitung der kirchlichen Bildungsanstalten; die Prüfung und Ordina-

tion der Candidaten und das Colloquium mit den zu befördernden Geistlichen; die Mitwirkung bei Besetzung der kirchlichen Aemter; die Verpflichtung und Anweisung der Angestellten; die Oberaufsicht auf Amtsführung, Wandel und Fortbildung der Geistlichen und übrigen Diener der Kirche; die Regelung des Einkommens und der Gerechtsame derselben, und die Vorsorge für deren Wittwen und Waisen; die Verwaltung der allgemeinen kirchlichen Fonds; die Beaufsichtigung und Leitung der kirchlichen Vermögensverwaltung in den Gemeinden; die Vermittlung der Geschäftsverbindung der Landeskirche mit den Staatsbehörden und den Kirchenbehörden anderer Länder und Confessionen.

§. 83.

Der Oberkirchenrath führt die Oberaufsicht über die Unterrichtsanstalten des Landes in Hinsicht auf die religiöse Bildung und Erziehung der der evangelisch-lutherischen Kirche angehörenden Jugend. Derselbe wird deshalb zu der Oberschulbehörde in angemessene Beziehung treten.

§. 84.

Einer der geistlichen Räthe wird, als Generalsuperintendent, mit der Einführung der Superintendenten, mit der Aufsicht über deren amtliche Stellung, und mit der Leitung des Instituts der amtlichen Pastoral-Conferenzen (Predigersynoden) besonders beauftragt.

§. 85.

Der Diensteid wird von dem Präsidenten in Gegenwart zweier Mitglieder des Landessynodalausschusses vor dem Landesfürsten, von den übrigen Mitgliedern des Oberkirchenraths aber vor dem versammelten Collegio abgelegt.

§. 86.

Der Oberkirchenrath ist der Landessynode für die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit seiner Anordnungen und Verfügungen verantwortlich, dieselben mögen unmittelbar von ihm, oder mit seiner Contrasignatur vom Landesfürsten ausgehen.

Diese Verantwortlichkeit trifft dasjenige Mitglied nicht, welches

dem von der Mehrzahl gefaßten Beschlüsse nicht beigetreten ist, und eine abweichende, mit Gründen unterstützte Meinung zu den Acten gegeben hat.

Wird die Verantwortung in Anspruch genommen, und eine Verständigung zwischen dem Oberkirchenrathe und der Landessynode nicht erreicht, so entscheidet darüber ein Schiedsgericht von sechs auf jeder Seite zur Hälfte erwählten Mitgliedern, welche unter sich einen Obmann mit entscheidender Stimme ernennen.

§. 87.

Die übrigen Rechtsverhältnisse der Mitglieder und unteren Beamten des Oberkirchenraths werden durch ein besonderes Dienstgesetz bestimmt. Bis zu dessen Erlassung sollen diese Verhältnisse nach denjenigen Vorschriften und Bestimmungen beurtheilt und geordnet werden, welche in den, den Civilstaatsdienst betreffenden Gesetzen vom 12. October 1832 und vom 31. August 1849 enthalten sind.

Zweites Capitel.

Von dem Superintendenten und der Kirchencommission.

§. 88.

In unmittelbarer Unterordnung unter dem Oberkirchenrathe steht in jedem Kirchenkreise der Superintendent, als oberster kirchlicher Beamter, und die Kirchencommission.

§. 89.

Dem Superintendenten und der Kirchencommission sind, nach Verschiedenheit des in den §§. 92. und 93. bezeichneten Geschäftskreises, die sämmtlichen Geistlichen des Kirchenkreises, die Kirchenvorstände, so weit diese mit administrativen Befugnissen betraut sind, die Religionslehrer an den Schulen, und die unteren Kirchenbeamten hinsichtlich ihrer Amtsführung untergeordnet.

§. 90.

Der Superintendent wird aus den Pfarrern des Kirchenkreises, auf Vorschlag des Oberkirchenrathes und nach einem vor demselben bestandenen öffentlichen Colloquio, vom Landesherren ernannt.

§. 91.

Die Kirchencommission besteht aus dem Superintendenten und dem rechtskundigen Mitgliede des Kreissynodalausschusses, als weltlichem Kirchencommissarius.

Dieselbe hat ihren Sitz am Wohnorte des Superintendenten.

§. 92.

Die dem Superintendenten, unabhängig von der Kirchencommission, zustehenden Geschäfte sind folgende:

1) Er wacht über kirchliche Ordnung und christliches Leben in den Gemeinden, über Amtsführung, Wandel und Fortbildung der Geistlichen und der unteren Kirchenbeamten, so wie über Verhalten und Thätigkeit der Candidaten des Predigtamts.

2) Er leitet die amtlichen Pastoral-Conferenzen (Predigersynoden) und die Inspectionslesevereine.

3) Er führt die kirchliche Schulaufsicht, und ist, falls die Verbindung derselben mit dem staatlichen Schulinspectorate angemessen befunden wird, das letztere zu übernehmen verpflichtet.

Die vom Oberkirchenrathe angeordnete Anstellung eines besonderen Schulinspectors enthebt ihn dieser Aufsichtsführung.

4) Er prüft die dispensationsbedürftigen Confirmanden, so wie diejenigen, über deren Zulassungsfähigkeit Zweifel obwalten, und entscheidet über die Zulassung derer, die das dispensationsfähige Alter erreicht haben.

5) Er vollzieht die Einweihung neuer Kirchen.

6) Er beaufsichtigt die Führung der Kirchenbücher, und sorgt für die Revision derselben.

7) Er ordnet bei Erledigung kirchlicher Aemter die interimistische Geschäftsbeforgung.

§. 93.

In den Geschäftskreis der Kirchen-Commission gehört:

1) Die Beaufsichtigung der Amtsthätigkeit der Kirchenvorstände, so wie die Vermittlung der in denselben entstandenen Streitigkeiten, und der gegen einzelne Kirchenverordnete geführten Beschwerden.

2) Die Führung der Disciplinar-Untersuchung gegen Kirchenbeamte.

3) Die Leitung der Wahl- und Vocationshandlungen in den Wahl-Collegien.

4) Die Einführung und Auseinanderlegung der Kirchenbeamten.

5) Die Abhaltung der Kirchenvisitationen, welche nach Maßgabe der (einer Revision zu unterziehenden) Visitationsordnung regelmäßig in jeder Pfarrgemeinde vorzunehmen sind.

6) Die Vermittlung der Anordnungen und Maßregeln, welche von dem Oberkirchenrathe in Bezug auf die Beaufsichtigung und Verwaltung des Parochial-Kirchenguts in den Gemeinden, auf die Rechnungs-führung und auf die Einkommensverhältnisse der Kirchendiener, so wie der Pfarrwitwen und Waisen, getroffen werden.

§. 94.

Der Superintendent ist befugt, der Kirchen-Commission einzelne Gegenstände von den nach §. 92. ihm ausschließlich zustehenden Geschäften zur Beurtheilung und Bearbeitung zu überweisen.

§. 95.

Den Vorsitz in der Kirchen-Commission führt der Superintendent. Derselbe ordnet und leitet den Geschäftsgang, und ist für die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der von der Commission ausgehenden Anordnungen und Verfügungen zunächst verantwortlich.

Bei eintretender Meinungsverschiedenheit unter beiden Mitgliedern der Commission ist die Entscheidung des Oberkirchenraths zu erwirken.

§. 96.

So weit es auf die Ausführung bestimmter Gesetze, Verordnungen, Rescripte, oder auf die Vornahme gewisser durch die Verfassung vorgeschriebener kirchlicher Handlungen ankommt, verfährt so-

wohl der Superintendent rücksichtlich der ihm ausschließlich überwiesenen Geschäfte, als auch die Kirchencommission innerhalb ihres Wirkungskreises selbstständig. In allen anderen Fällen ist eine vorgängige Berichtserstattung an den Oberkirchenrath, und dessen Ermächtigung erforderlich.

§. 97.

Der Superintendent bezieht neben seinem Pfarreinkommen einen Gehalt, worüber das hierneben erlassene Gesetz das Nähere enthält.

§. 98.

Außer dem Falle der freiwilligen Amtsniederlegung kann derselbe, wenn das Beste des Dienstes es erfordert, nach abgegebenem Gutachten des Landes-Synodalausschusses, und auf vorgängige Berichtserstattung des Oberkirchenraths vom Landesfürsten seines Amtes enthoben werden.

§. 99.

Die Amtsführung des weltlichen Kirchen-Commissarius ist auf die Dauer seiner Eigenschaft als Mitgliedes des Kreis-Synodalausschusses beschränkt.

Während dieser Amtsführung bezieht derselbe eine Remuneration aus der Hauptkirchencasse (§. 214.).

Zweiter Theil.

Von den Gegenständen der Kirchenleitung.

Erster Abschnitt.

Vom kirchlichen Verbande.

Erstes Capitel.

Von der Kirchenmitgliedschaft.

I. Eintritt in dieselbe.

§. 100.

Evangelisch=lutherische Glaubensgenossen anderer Staaten treten in die Mitgliedschaft der Landeskirche ein, indem sie innerhalb eines der Pfarrsprengel des Landes ihren Wohnsitz nehmen. Sie haben sich auf Erfordern bei dem Kirchenvorstande über ihre Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche durch beigebrachte Kirchenzeugnisse oder durch förmliche Erklärung auszuweisen.

§. 101.

Die Aufnahme solcher Personen dagegen, die noch nicht Mitglieder der evangelisch=lutherischen Kirche waren, geschieht durch einen feierlichen kirchlichen Act, und zwar bei Kindern, falls sie noch nicht getauft sind, durch Taufe und Confirmation, falls sie aber bereits getauft sind, durch Confirmation; bei Erwachsenen, welche anderen christlichen Confessionen zugethan waren, durch Zulassung zum heiligen Abendmahl nach Ablegung des evangelischen Glaubensbekenntnisses, bei Convertiten aus einer nicht christlichen Religionsgesellschaft durch die Taufe.

§. 102.

Zur kirchlichen Aufnahme eines Convertiten, der eine vorbereitende

Unterweisung durch den Prediger vorhergehen muß, ist die Genehmigung des Oberkirchenraths erforderlich. Die Aufnahme geschieht in Gegenwart des Kirchenvorstandes, oder wenigstens dreier Mitglieder desselben.

II. Austritt aus derselben.

§. 103.

Der Austritt aus der Landeskirche, welcher jedem Mitgliede überlassen bleibt, ist als vollzogen zu betrachten, wenn, Inhalts der auf die Berichterstattung des Superintendenten erfolgten Resolution des Oberkirchenraths, entweder der Uebertritt des Ausgeschiedenen zu einer andern Religionsgesellschaft constatirt, oder dessen Austrittserklärung bei dem Kirchenvorstande ordnungsmäßig abgegeben ist.

Die Kirche wird ihre Mitglieder von dem Austritte nur durch die ihr zuständigen Mittel moralischer Einwirkung zurückzuhalten sich bemühen.

§. 104.

Mit erfolgtem Austritte hören sowohl die Mitgliedschaftsrechte, als auch die Verpflichtungen des Ausgetretenen gegen die Kirche auf, in so weit diese nicht privatrechtlicher Natur sind, oder als dingliche Lasten auf ihm zugehörigen Grundstücken ruhen.

Zweites Capitel.

Von dem Pfarrgemeindevorstande.

§. 105.

Jedes Kirchenmitglied ist Mitglied einer bestimmten Pfarrgemeinde des Landes, und nimmt als solches an deren Rechten und Pflichten Theil.

§. 106.

Die Einpfarrung ist durch den Wohnsitz innerhalb des Pfarrsprengels, bei Hof- und Garnison-Gemeinden aber durch persönliche

Dienstseigenschaft bedingt. In streitigen Fällen entscheidet darüber der Oberkirchenrath.

§. 107.

Veränderungen der ordnungsmäßig bestehenden Verhältnisse hinsichtlich der Einpfarrung sowohl einzelner Kirchenmitglieder, als größerer Gemeindetheile können nur mit Zustimmung der dabei Betheiligten vom Oberkirchenrathe angeordnet werden.

§. 108.

Die Combination selbstständiger Pfarrgemeinden kann nur auf Antrag des Oberkirchenraths mit Landesfürstlicher Genehmigung stattfinden, sofern die betheiligten Gemeinden damit einverstanden sind.

§. 109.

Eben so bedarf die Constituirung einer Ortsgemeinde, die bisher mit andern Gemeinden im Parochial-Verbande stand, zu einer selbstständigen Pfarrgemeinde der Landesfürstlichen Genehmigung. Dieselbe wird nicht versagt werden, wenn die Ortsgemeinde wegen Aufbringung der zur Begründung und Unterhaltung eines selbstständigen Kirchenthums erforderlichen Mittel die nöthige Gewähr leistet, und wenn nicht unerledigte privatrechtliche Verpflichtungen gegen die Gemeinde, mit welcher sie bisher verbunden war, entgegenstehen.

Drittes Capitel.

Vom Kreisgemeindeverbande.

§. 110.

Zu definitiven Veränderungen in dem Umfange der Kirchenkreise ist die Zustimmung der Landessynode erforderlich; zu zeitweiliger, durch die Umstände geforderter, Verlegung einzelner Pfarrgemeinden von einem Kirchenkreise zum andern genügt die Zustimmung des Landes-Synodalausschusses.

Zweiter Abschnitt.

Von der Ordnung des kirchlichen Lebens.

Erstes Capitel.

Von der Lehre und den kirchlichen Lehranstalten.

§. 111.

Der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes liegt die Sorge für die religiöse Unterweisung der ihr Zugehörigen, so wie für die specielle Berufsbildung der ihrem Dienste sich Widmenden, in den dazu bestimmten Anstalten, ausschließlich ob.

§. 112.

Sie erkennt als berechtigt zur Führung evangelisch-lutherischer Kirchenämter nur Solche an, die zu diesem Behufe von ihr geprüft, berufen und bestellt sind.

§. 113.

Zur unmittelbaren Vorbereitung auf das geistliche Amt dient das Predigerseminar zu Wolfenbüttel.

Ueber die sonstigen Anstalten zur Vorbildung der künftigen Religionslehrer und der übrigen Diener der Kirche soll, nach Uebereinkunft zwischen Staat und Kirche wegen der Stellung der Kirche zu den Schulen und Schullehrer-Seminarien des Landes, das Nöthige bestimmt werden.

§. 114.

Die Aufsicht über diese Vorbildung in den derselben gewidmeten Anstalten führt der Oberkirchenrath; auch werden von demselben die Prüfungen der Candidaten des Kirchen- und des kirchlichen Schulamts nach Maßgabe der darüber erlassenen und zu erlassenden Vorschriften besorgt und angeordnet.

§. 115.

Den in Kirche und Schule zu bestellenden Religionslehrern soll das eidliche Gelöbniß abgenommen werden:

„das Wort Gottes aus heiliger Schrift im Geiste des Bekenntnisses der evangelisch-lutherischen Kirche nach bestem Wissen und Gewissen verkündigen zu wollen.“

§. 116.

Das hauptsächlichste Hülfsbuch beim Religionsunterrichte ist die Bibel. Als Leitfaden bei demselben dürfen nur solche Lehrbücher eingeführt und gebraucht werden, deren Einführung gesetzlich verordnet, oder deren Gebrauch im Einverständnisse mit dem Landes-Synodalausschusse vom Oberkirchenrathe zugelassen ist.

§. 117.

Kirchliche Kinderlehren sollen überall, wo sie bestehen und wo deren Einführung thunlich ist, zum wenigsten ein Mal wöchentlich, von den Predigern gehalten werden.

§. 118.

Der Confirmation der Katechumenen geht ein vorbereitender Religionsunterricht durch den Prediger voran, rücksichtlich dessen es bis auf Weiteres bei den bisherigen Vorschriften und Observanzen verbleibt.

§. 119.

Evangelisch-lutherischer Religionsunterricht, verbunden mit den zur Unterstützung desselben erforderlichen Uebungen, findet (nach Uebereinkunft zwischen Staat und Kirche) in allen den öffentlichen höheren und niederen Unterrichtsanstalten des Landes statt, welche allgemeinere Bildung bezwecken, und nicht als Confectionschulen dem Bedürfnisse anderer Religionsgesellschaften ausschließlich gewidmet sind.

§. 120.

Zur Ertheilung desselben sind die dazu angestellten Lehrer verpflichtet; auch haben die Prediger, falls es vom Oberkirchenrathe nöthig und thunlich befunden wird, eine mäßige Zahl von Unterrichtsstunden in der Ortschule von Amtswegen zu übernehmen.

§. 121.

Die obere Beaufsichtigung und Leitung der religiösen Bildung der evangelisch-lutherischen Jugend hat in allen §. 119. bemerkten Unterrichtsanstalten der Oberkirchenrath.

Ueber die Beziehung, in welche derselbe dabei zu der Oberschulbehörde tritt, so wie über die Weise, in welcher er durch ihm untergeordnete Beamte die kirchliche Schulinspektion übt, desgleichen über die Stellung, welche die Kirchenvorstände behufs Wahrung der Interessen der Kirchengemeinde an den Zuständen der Ortsschulen in Bezug auf diese einzunehmen haben, wird nach Uebereinkunft zwischen Staat und Kirche wegen Regelung der Verhältnisse des Schulwesens Bestimmung erfolgen.

Zweites Capitel.

Vom Cultus.

I. Vom öffentlichen Gottesdienste.

§. 122.

In jeder Pfarrgemeinde findet ein geordneter öffentlicher Gottesdienst statt. Daneben empfiehlt die Kirche die häusliche Erbauung. Sie verwirft dagegen Separatismus und heimliche Conventikel. Die Geistlichen, so wie die Kirchenverordneten, haben daher im Geiste christlicher Liebe auf deren Verhütung Bedacht zu nehmen, erforderlichen Falls aber darüber an die vorgesetzte Behörde zu berichten.

§. 123.

Die Kirchen sind zur Abhaltung des öffentlichen Gottesdienstes der Gemeinden, und zur Vornahme der zu demselben gehörenden kirchlichen Handlungen bestimmt, und dürfen zu anderen Zwecken nur mit Genehmigung des Kirchenvorstandes und des Superintendenten benutzt werden.

§. 124.

Neu erbaute oder von Grund aus erneuerte Kirchen werden durch den Superintendenten, wenn aber dieser der Pfarrer ist, vom Generalsuperintendenten eingeweiht.

§. 125.

Ueber Erhaltung und dem Zwecke entsprechende Einrichtung der Kirchen haben die Kirchenverordneten unter Aufsicht der Kirchenbehörden zu wachen.

§. 126.

Abänderungen der bestehenden Verordnungen rücksichtlich der in der Landeskirche geltenden Fest- und Feiertage können nur auf dem Wege kirchlicher Gesetzgebung, die sich thunlichst in Uebereinstimmung mit der Gesetzgebung der evangelischen Kirchen benachbarter Staaten zu halten hat, eintreten.

§. 127.

Zahl und Zeit der gottesdienstlichen Versammlungen an den Sonn- und Festtagen, wie an den Wochentagen, richtet sich in den einzelnen Gemeinden nach dem Herkommen. Dieses Herkommen kann im Verwaltungswege nur durch Einverständniß des Oberkirchenraths mit dem betreffenden Kirchenvorstande abgeändert werden. Es soll jedoch überall, wo es nicht besonderer örtlicher Verhältnisse wegen unthunlich ist, wenigstens an einem Wochentage (in der Regel Montags) eine Erbauungsstunde (Betstunde) gehalten werden.

§. 128.

Außerordentliche kirchliche Feierlichkeiten finden nur auf Anordnung oder mit Genehmigung des Oberkirchenraths statt, der darüber bei wichtigeren Anlässen dem Landesfürsten vorzutragen hat.

§. 129.

Die Zusammenberufung der Gemeinde zum Gottesdienste, so wie die Ankündigung der sonn- und festtäglichen Feier am Vorabende, auch sonstiges Geläute für kirchliche Zwecke geschieht nach Obervanz jedes Orts. Außerordentliches Geläute, insofern es nicht vom Oberkirchenrathe angeordnet worden, bedarf der Genehmigung des Superintendenten.

§. 130.

Ueber die Ordnung, in welcher der öffentliche Gottesdienst abzuhalten ist, wird die zu erlassende erneuerte Kirchenagende die nöthigen Bestimmungen enthalten. Bis zu erfolgtem Erlaß derselben verbleibt die bisherige Landes-Kirchenordnung, unter denjenigen Modificationen, welche sie durch spätere Verordnungen, so wie durch gebilligte oder zu billigende örtliche Gebräuche erhalten hat, die Norm, nach welcher von den Kirchenbehörden die Gottesdienstordnung zu überwachen, in wichtigeren Fällen streitiger Art aber nach Vernehmung des Landesynodals-Ausschusses vom Oberkirchenrathe die Entscheidung abzugeben ist.

§. 131.

Verantwortlich für ordnungsmäßige Abhaltung des öffentlichen Gottesdienstes in den Gemeinden sind die Prediger, und die denselben untergeordneten Kirchendiener haben daher, vorbehältlich des Rechts der Beschwerde bei ungehörigen Zumuthungen, die darauf bezüglichen Anweisungen derselben zu befolgen.

§. 132.

Als Stellvertreter der Geistlichen zu predigen, sind nur Candidaten befugt, deren Befähigung dazu nach bestandener theologischer Prüfung vom Oberkirchenrathe anerkannt ist. Studirende und noch nicht geprüfte Candidaten, so wie solche, die zwar in der Prüfung bestanden sind, jedoch die *Venia concionandi* noch nicht erlangt haben, dürfen als Prediger nur auftreten, nachdem die zu haltende Predigt dem Superintendenten des Kirchenkreises eingereicht, und von demselben gebilligt ist.

§. 133.

Die Kirche erwartet von ihren Mitgliedern, neben der fleißigen Theilnahme am öffentlichen Gottesdienste, auch die äußere Heilighaltung der demselben gewidmeten festlichen Tage und heiligen Zeiten nach den Bestimmungen ihrer Feiertagsordnung. Dieselbe soll dem Bedürfnisse der Gegenwart entsprechend erneuert, und der Sanction des Staats unterstellt werden.

§. 134.

Die Mitglieder des Kirchenvorstandes werden durch alle ihnen zu Gebote stehenden geeigneten Mittel auf Beobachtung der Feiertagsordnung hinwirken, auch die Geistlichen bei Wahrnehmung dessen, was Störungen der Ordnung des Gottesdienstes verhüten und dessen Feierlichkeit erhöhen kann, unterstützen.

II. Von der Feier der Sacramente und den übrigen mit dem öffentlichen Gottesdienste in Verbindung stehenden kirchlichen Handlungen.

§. 135.

Rücksichtlich der Feier der Sacramente der evangelischen Kirche, so wie der übrigen mit dem öffentlichen Gottesdienste in Verbindung stehenden kirchlichen Handlungen, als: der Confirmation, Ordination, Copulation, Einsegnung, Begräbnißfeierlichkeiten u. verbleibt es bis zum Erlaß weiterer gesetzlicher Vorschriften bei den bisherigen Bestimmungen. Indes wird in Betreff einzelner derselben Nachfolgendes bestimmt:

1. Von der heiligen Taufe.

§. 136.

Alle Kinder solcher Eltern, die selbst der evangelisch-lutherischen Landeskirche angehören, sind vor Ablauf der sechsten Woche nach ihrer Geburt zur Taufe bei dem Prediger der Pfarodie zu bringen. Eine Verspätung der Aufnahmehandlung um vier Wochen kann der Prediger im Einverständniß mit dem Kirchenvorstande gestatten, ein weiterer Aufschub bedarf der Genehmigung des Oberkirchenraths.

2. Vom heiligen Abendmahle.

§. 137.

An der Abendmahlsfeier können alle confirmirte Mitglieder der Gemeinde, falls sie nicht von den Rechten der Kirchenmitgliedschaft derzeit ausgeschlossen (§. 157.), oder in ihrem dermaligen Zustande der heiligen Handlung mit dem erforderlichen Bewußtsein ihrer Be-

beutung beizuwohnen unfähig sind, nach vorbereitender Beichtthandlung Theil nehmen.

§. 138.

Auf ordnungsmäßige Führung der Confitentenverzeichnisse hat der Kirchenvorstand zu sehen, und von deren Inhalte von Zeit zu Zeit Kenntniß zu nehmen.

3. Von der Confirmation.

§. 139.

Der Confirmation geht, nach vollendetem Vorbereitungsunterrichte durch den Prediger, eine öffentliche Prüfung durch den confirmirenden Geistlichen voran, bei welcher der Kirchenvorstand zugegen ist.

§. 140.

Zuzulassen zur Confirmation sind ohne Weiteres diejenigen Catechumenen, welche das Alter erreicht haben, mit welchem nach der Landesgesetzgebung die allgemeine Schulpflicht aufhört, und über deren Confirmationswürdigkeit, nach abgehaltener Prüfung, der Kirchenvorstand mit dem Prediger einverstanden ist. Ueber die Zulassung solcher, bei denen Letzteres nicht der Fall ist, oder denen das zur Entlassung aus der Schulpflicht erforderliche Alter fehlt, entscheidet der Superintendent nach vorgängiger mit denselben angestellter Prüfung.

Gegen die Entscheidung des Superintendenten steht den Betheiligten der Recurs an den Oberkirchenrath zu. Hält der Superintendent die Entscheidung selbst zu treffen für bedenklich, so hat er darüber an den Oberkirchenrath zu berichten.

4. Von der Eingehung der Ehe.

§. 141.

Ehebündnisse unter den Mitgliedern der evangelisch-lutherischen Kirche bedürfen der kirchlichen Einsegnung.

§. 142.

Unzulässig ist die kirchliche Einsegnung:

- 1) wenn nicht beide Theile der christlichen Kirche angehören, oder
 - 2) wenn die Verbindung nach den Landesgesetzen unstatthaft ist.
- Sollte die Landesgesetzgebung durch Abänderung der bestehenden

Gesetze rücksichtlich der Ehehindernisse mit den Grundsätzen der Kirche in Widerspruch treten, so würden die weiteren Bestimmungen auf verfassungsmäßigem Wege getroffen werden.

§. 143.

Gemischten Ehen unter Christen verschiedener Confession ist die kirchliche Einsegnung ohne Vorbehalt wegen confessioneller Erziehung der zu erwartenden Kinder zu ertheilen.

§. 144.

In Betreff des sonst bei Trauungen zu beobachtenden Verfahrens, insonderheit rücksichtlich der Beibringung der erforderlichen Bescheinigungen, der kirchlichen Aufgebote und der Dispensationen, wird das nach erfolgter Uebereinkunft mit dem Staate zu erlassende Gesetz das Nähere bestimmen. Bis dahin sind die bisherigen Vorschriften ferner zu befolgen.

5. Von den kirchlichen Begräbniß-Feierlichkeiten.

§. 145.

Jede Kirchen- oder Pfarrgemeinde unterhält einen kirchlichen Begräbnißplatz. Derselbe ist zunächst zur Beerdigung der Todten aus der Gemeinde bestimmt.

§. 146.

Bei Erlassung einer allgemeinen Begräbnißordnung sind die Gesetze der Landespolizei zu berücksichtigen.

Ortliche, die Begräbnißordnung betreffende Bestimmungen und Observanzen können, so fern sie nicht den bestehenden allgemeinen Vorschriften widerstreiten, nur auf Beschluß des Kirchenvorstandes und mit Zustimmung des Oberkirchenraths abgeändert werden.

§. 147.

Die Verantwortlichkeit für kirchenordnungsmäßige Vornahme der Begräbniße liegt zunächst den vom Oberkirchenrathe damit beauftragten Kirchenbeamten ob, denen daher jeder Todesfall eines Gemeindegliedes von den Angehörigen innerhalb 24 Stunden nach dem Absterben desselben anzuzeigen ist.

§. 148.

Der Kirchenvorstand führt Aufsicht auf die Begräbnißordnung und den Zustand des kirchlichen Begräbnißplatzes. Der von demselben angestellte Todtengräber bedarf der Bestätigung der obrigkeitlichen Behörde, und hat von derselben, so wie von der kirchlichen Behörde, Instruction zu empfangen.

Anhang.

Von der Kirchenbuchführung.

§. 149.

In jeder Kirchengemeinde ist auch ferner von den Predigern oder Opfermännern — je nach Bestimmung des Oberkirchenraths — ein Kirchenbuch zu führen, in welches die einzelnen kirchlichen Handlungen nach Vorschrift der bestehenden und von dem Oberkirchenrathe zu erlassenden Bestimmungen einzutragen sind.

Drittes Capitel.

Von der Seelsorge in Verbindung mit der kirchlichen Armenpflege und der kirchlichen Disciplin.

§. 150.

Kraft des dem Pfarrer übertragenen Amtes der Seelsorge ist derselbe befugt und verpflichtet, nicht nur den religiös-sittlichen Zustand der Gemeinde überhaupt zu überwachen, und an das, was in dieser Beziehung Noth thut, in seinen öffentlichen Vorträgen zu erinnern, sondern auch die einzelnen Gemeindemitglieder, je nachdem sie dessen bedürfen, im Geiste christlicher Weisheit und Liebe zu berathen, zu ermahnen, zu warnen und zu trösten.

§. 151.

Was dem Seelsorger unter dem Siegel des Beichtgeheimnisses anvertraut ist, hat derselbe auf's Gewissenhafteste zu bewahren, und davon nicht ohne Zustimmung der Betheiligten weiteren Gebrauch zu

machen. Bekenntnisse, deren Geheimhaltung die Amts- und Gewissenspflicht verletzen würde, unter Zusicherung der Amtsverschwiegenheit zu fordern oder anzunehmen, ist demselben nicht gestattet.

§. 152.

Die Kirchenverordneten sollen, ohne eigenmächtig oder störend in die seelsorgende Thätigkeit des Geistlichen einzugreifen, denselben durch ihren Rath und bei geeigneten Anlässen durch ihre Mitwirkung in Berathung der Gemeindegengenossen unterstützen. Sie sollen im Einverständnisse mit dem Pfarrer ihr Augenmerk auf den Wandel aller Glie-der, insonderheit aber auf Zucht und Sitte der Jugend der Gemeinde richten, und überall das Gewicht ihres Wortes eintreten lassen, wo dasselbe geeignet sein kann, sittliche Aergernisse und Hindernisse der Wohlfahrt und des Friedens der Gemeinde zu beseitigen.

§. 153.

Zur Erreichung des Endzwecks ihrer seelsorgenden Thätigkeit nimmt sich die Kirche auch des äußeren Bedürfnisses ihrer Mitglieder, ins besondere der unterstützungswürdigen Armen und Kranken, nach Kräften an.

§. 154.

Zu diesem Behufe werden die Aufkünfte der kirchlichen Sammlungen in jeder Gemeinde, wie weit solche nicht für anderweite kirchliche Zwecke bestimmt sind, so wie die der örtlichen kirchlichen milden Stiftungen, wo solche vorhanden sind und die Statuten nicht entgegenstehen, von dem Kirchenvorstande verwaltet und verrechnet. Auch wird der Kirchenvorstand der Privat-Wohlthätigkeit der Gemeinde-Genossen Aufmunterung geben, und bei Verwendung der Gaben und Dienstleistungen für arme und Kranke, so viel an ihm ist, hilfreich die Hand bieten. Derselbe wird dabei thunlichst im Einvernehmen mit den Armenbehörden des Orts handeln.

§. 155.

Collecten für Wohlthätigkeitszwecke kann in besonderen Fällen der Kirchenvorstand in der Kirchengemeinde veranstalten, der Oberkirchenrath aber nach Vernehmung des Landesynodalausschusses mit

Landesfürstlicher Genehmigung in den Kirchengemeinden des Landes anordnen. Stehende Collecten können nur auf kirchengesetzlichem Wege eingeführt werden.

§. 156.

Zur Sicherstellung der Gesellschaftsordnung der Kirche durch Anwendung geeigneter Mittel der Zucht dient die Disciplin der Kirche, die sich theils auf die Mitglieder derselben überhaupt, theils auf die Beamten derselben im Besondern bezieht.

§. 157.

Gegen Kirchenmitglieder, welche die Erfüllung der kirchlichen Gesellschaftspflichten verweigern, oder durch gröbliches Aergerniß das Wohl der Kirche gefährden, stehen der Kirche als Disciplinarmittel zu Gebote:

1) die Admonition, sowohl die private durch den Geistlichen, als auch die öffentliche durch den Kirchenvorstand;

2) die Entziehung einzelner oder sämtlicher Befugnisse der Mitgliedschaft.

Die Anwendung dieser Disciplinarmittel wird durch ein Gesetz näher bestimmt werden.

§. 158.

Gegen die Beamten der Kirche können bei Verlegung der Amtspflichten Verweise, Ordnungsstrafen, Androhung der Entlassung und Suspension vom Amte verfügt werden.

Ueber die Art der Anwendung dieser Disciplinarmittel wird das Gesetz das Nähere bestimmen.

Die Bestimmungen über Amtsentsetzung und Entlassung vom Amte sind in den §§. 191. und 192. und 203. enthalten.

Dritter Abschnitt.

Von den ständigen Kirchenämtern in der Gemeinde.

§. 159.

Soll ein ständiges Kirchenamt in der Gemeinde errichtet oder aufgehoben, oder mit einem andern Kirchenamte in der Gemeinde combinirt, oder über die ordnungsmäßige Dauer der Erledigung hinaus dem Kirchenbeamten einer anderen Gemeinde zur Mitverwaltung übertragen werden, so ist dazu das Einverständniß zwischen dem Oberkirchenrathe und den Kirchenvorständen der betheiligten Gemeinden erforderlich.

Erstes Capitel.

Vom Pfarramte und den Aemtern der Gehülfsprediger.**I. Von Besetzung des Pfarramts.****1. Bedingungen der Anstellungsfähigkeit.**

§. 160.

Anstellungsfähig in geistlichen Aemtern sind nur solche Candidaten der Landeskirche, die das gesetzliche Alter erreicht haben, in den vorschriftsmäßigen Prüfungen bestanden sind, sich wegen ihres kirchlichen und sittlichen Wohlverhaltens gehörig ausweisen können, und nicht zur Zeit an Gebrechen leiden, die zur wirksamen Führung des Predigtamts untüchtig machen. Candidaten und Prediger, welche vom Auslande berufen werden, müssen zuvörderst den Bedingungen Genüge leisten, an welche die Aufnahme in den Landesverband geknüpft ist.

2. Recht der Verleihung.

§. 161.

Den Hofsprediger ernennt der Landesfürst; die Predigtämter beim

Militair und an den öffentlichen Anstalten besetzt derselbe auf Vorschlag des Oberkirchenraths.

§. 162.

Das Recht der Predigterwahl, welches bisher ganzen Gemeinden, Magistraten, Repräsentanten-Collegien oder einzelnen Standesclassen in der Gemeinde zustand, soll künftig unter der Leitung der Kirchen-Commission durch ein Wahlcollegium ausgeübt werden, welches aus den Mitgliedern des Kirchenvorstandes und einer gleichen Anzahl nach Maßgabe der in §. 14--17. enthaltenen Bestimmungen zu wählender Gemeindemitglieder zusammengesetzt wird. Gastpredigten dürfen nur von drei dazu aufgefordernten Bewerbern gehalten werden.

§. 163.

Zu Pfarrämtern, über welche das Besetzungsrecht dem Landesfürsten bisher zustand, ernennt der Landesfürst den Pfarrer auf Vorschlag des Oberkirchenraths; zu Pfarrämtern, welche unter Privat- oder klösterlichem Patronate stehen, erfolgt diese Ernennung bis dahin, daß über solche Patronate in gesetzlichem Wege anderweite Bestimmung getroffen sein wird, auf die bisherige Weise.

Die ernannten Pfarrer bedürfen jedoch der Vocation der Gemeinden. Ueber die Ertheilung oder Verweigerung derselben wird von einem Gemeindeauschuß, welcher gleich dem im vorstehenden §. erwähnten Wahlcollegium zusammenzusetzen ist, binnen acht Tagen, nachdem der Ernannte die Aufstellungspredigt in Gegenwart der Kirchen-Commissarien gehalten hat, ein Beschluß nach Stimmenmehrheit gefaßt, und die darüber auszustellende, von dem Vorsitzenden und zwei dazu erwählten Mitgliedern des Gemeindeauschusses zu vollziehende Urkunde dem Superintendenten vorgelegt.

Wird die Vocation verweigert, so erfolgt eine neue Ernennung und ein neues Vocations-Verfahren; jedoch kann die Vocation in dem zweiten und jedem ferneren Falle nur unter Anführung besonderer Gründe verweigert werden, über deren Erheblichkeit nach vorgängiger Berichtserstattung der Landesfürst entscheidet.

Werden die Weigerungsgründe verworfen oder hat der Gemeinde-

auszuschuß die zur Beschlußnahme und deren Vorlegung bestimmte Frist verabsäumt, so wird, wie nach erfolgter Vocation, mit der Bestellung des ernannten Pfarrers verfahren.

§. 164.

Die Ernennung zu erledigten Pfarrämtern muß binnen vier Monaten nach der Erledigung geschehen.

Der Oberkirchenrath ist ermächtigt, diese Frist unter dringenden Gründen zu verlängern. Läuft die gesetzliche oder die verlängerte Frist, bei Privatpatronaten und wahlberechtigten Gemeinden, ohne daß die Ernennung erfolgt wäre, ab, so ist das Ernennungsrecht erloschen und die Besetzung des Pfarramts erfolgt durch Landesfürstliche Verfügung.

§. 165.

Die nicht vom Landesfürsten ernannten Pfarrer bedürfen der Landesfürstlichen Bestätigung, deren Ertheilung die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Wahl oder Präsentation, auch mittelst Abnahme des juramenti Simoniaci, durch den Oberkirchenrath vorhergeht.

3. Weihe zum geistlichen Amte.

§. 166.

Die Befähigung zur Verrichtung der geistlichen Amtshandlungen, insonderheit der Verwaltung der Sacramente und der kirchlichen Einsegnungen, ist durch die Ordination bedingt.

§. 167.

Dieselbe geschieht auf Anordnung des Oberkirchenraths durch eins der geistlichen Mitglieder desselben, oder durch einen von demselben damit zu beauftragenden Geistlichen, bei den in der Stadt Braunschweig angestellten ordentlichen Geistlichen nach dem Herkommen durch den dortigen Stadtsuperintendenten.

§. 168.

Die Ertheilung der Ordination an Solche, die nicht ein bestimmtes geistliches Amt als Prediger oder Predigtamtsgehilfen zu übernehmen haben, ist unzulässig.

§. 169.

Der Ordination geht die Abnahme des vorschristsmäßigen juramenti doctrinalis (§. 115.) vorher, das auch von denjenigen Geistlichen zu leisten ist, die als Ausländer zu geistlichen Aemtern in der Landeskirche berufen werden.

4. Einführung in dasselbe.

§. 170.

Das Recht zur selbstständigen Verrichtung der geistlichen Amtshandlungen in der bestimmten Pfarodie erhält der Ordinierte durch die Einführung in das geistliche Amt.

§. 171.

Die Einführung geschieht gemäß Introductionsmandats des Oberkirchenraths durch den Superintendenten, falls aber der Einzuführende selbst Superintendent ist, durch den Generalsuperintendenten, unter angemessener Bethheiligung des weltlichen Kirchencommissarius und des Kirchenvorstandes.

§. 172.

Die Auseinandersetzung zwischen dem antretenden Prediger und dem Amtsvorgänger, oder dessen Erben, hat vorzugsweise der weltliche Kirchencommissarius zu besorgen, und zwar bei zeitraubenden Verhandlungen nicht am Tage der Einführung.

§. 173.

Die Bestimmung über die Kosten des Anzuges des Pfarrers enthält das hieneben erlassene Gesetz. Den durch die Einführung verursachten Kostenaufwand hat auf Anordnung des Kirchenvorstandes die Gemeinde zu tragen.

II. Von den Pflichten und Rechten der Pfarrer.

§. 174.

Der Pfarrer ist der geistliche Vorsteher und Leiter der ihm anvertrauten Gemeinde. Er hat als solcher in derselben den Gottesdienst abzuhalten, die Sakramente zu verwahren, die geistlichen Amtshandlungen zu verrichten, die Aufsicht über den evangelisch-lutherischen Religionsunterricht in den ihm überwiesenen Schulen zu führen, auch selbst die Jugend mittels

der kirchlichen Kinderlehren und des Confirmandenunterrichts, so wie, wo es für zweckmäßig erachtet ist, mittels Theilnahme am Schulunterrichte im Christenthume zu unterweisen, und sich den zur Seelsorge gehörenden Geschäften zu unterziehen, in Allem aber dahin zu streben, daß durch untadeliges Wort, wie durch exemplarisch christlichen Wandel und eine des geistlichen Amtes würdige äußere Haltung die Erbauung der Gemeinde kräftig gefördert werde.

§. 175.

Als Vorsitzender des Kirchenvorstandes hat der Pfarrer diejenigen Functionen zu übernehmen, welche die Geschäftsleitung in demselben mit sich bringt (§. 24 und 25.).

Derselbe hat die Geschäfte der Pfarrregistratur zu besorgen; sofern es nöthig befunden wird, auf Anordnung des Oberkirchenraths die Kirchenbücher und kirchlichen Rechnungen zu führen; auch alle sonstigen Obliegenheiten zu erfüllen, welche mit den Pfarrämtern der Landeskirche überhaupt oder mit dem von ihm bekleideten Pfarramte im Besondern verbunden sind.

§. 176.

Wo mehrere Pfarrer bei Einer Gemeinde angestellt sind, ordnet die Geschäftsvertheilung, falls es erforderlich, der Oberkirchenrath.

§. 177.

Der Pfarrer kann sich rücksichtlich einzelner Amtshandlungen durch dazu befähigte Personen vertreten lassen, ist jedoch für die ordnungsmäßige Vornahme dieser Handlungen verantwortlich. Im Fall einer mehr als dreitägigen Abwesenheit hat er demjenigen Mitgliede des Kirchenvorstandes, welches bei seiner Behinderung den Vorsitz führt, Anzeige zu machen; für den Fall einer längeren Abwesenheit bis zu vierzehn Tagen hat er von dem Superintendenten, und bei beabsichtigter noch längerer Entfernung von dem Oberkirchenrathe, unter Angabe der Art und Weise, wie für seine Vertretung gesorgt worden, Urlaub einzuholen.

§. 178.

Neben der Ausrichtung der pfarramtlichen Geschäfte liegt dem

Pfarrer auch die Leistung desjenigen ob, was in Bezug auf wissenschaftliche und praktische Fortbildung, die (einer Revision zu unterziehende) Ordnung der Pastoral-Conferenzen (Predigersynoden) von den Geistlichen fordert.

§. 179.

Ob und unter welchen Verhältnissen die gesammte Schulaufsicht, so wie die Führung der Civilstandsregister, von dem Pfarrer zu übernehmen sei, bleibt einer Vereinbarung zwischen Staat und Kirche vorbehalten, und wird danach der Oberkirchenrath Verfügung treffen.

§. 180.

Nebengeschäfte sind dem Pfarrer nur in so weit gestattet, als dieselben mit der Würde seines Amtes vereinbar sind, und dadurch zu Versäumnissen und Störungen in seinem Amte keine Veranlassung gegeben wird.

§. 181.

So lange der Pfarrer in voller Amtsthätigkeit verbleibt, gebührt demselben der ungeschmälerte Genuß der ihm zugesicherten Einkünfte und Gerechtsame.

Die näheren Bestimmungen über die Einkommensverhältnisse der Geistlichen enthält das hieneben erlassene Gesetz.

III. Von den Gehülfsgeistlichen und den sonstigen Stellvertretern der Pfarrer.

§. 182.

Die Gehülfspredigtämter werden vom Landesfürsten auf Vorschlag des Oberkirchenraths ohne weitere Mitwirkung der Gemeinde besetzt. Ist mit solchem Amte ein selbstständiges Pfarramt in einer andern Gemeinde verbunden, so findet das rücksichtlich der Vocation §. 163 2c. vorgeschriebene Verfahren statt.

Ueber Beschaffenheit und Umfang der mit den Gehülfspredigtämtern verbundenen oder zu verbindenden Geschäfte entscheidet der Oberkirchenrath.

§. 183.

Die in dem Kirchenkreise sich aufhaltenden Candidaten des Pre-

bigtamts sind verpflichtet, auf Erfordern des Superintendenten Predigten und Katechisationen von Zeit zu Zeit zu übernehmen.

§. 184.

Wird ein Prediger an Verrichtung seiner Amtsgeschäfte durch Krankheit, oder sonstige dringende Veranlassung auf kürzere Zeit verhindert so haben, wo nicht Amtsgenossen an Ort und Stelle bereit, oder Gehülfprediger verbunden sind, für ihn einzutreten, die Prediger des Kirchenkreises nach Anordnung des Superintendenten die nöthige Aushülfe zu leisten.

§. 185.

Dauert die Behinderung längere Zeit, so ist dem Behinderten durch den Oberkirchenrath ein Pfarrgehülfe, der dessen Amtsgeschäfte nach der ihm erteilten Instruction ganz oder theilweise zu übernehmen hat, unter den gesetzlichen Bedingungen beizuordnen.

Die Adjunctur fällt hinweg, sobald die Behinderung des Pfarrers gehoben, oder dessen Emeritirung verfügt ist.

§. 186.

Adjuncturen mit Anwartschaft auf die Nachfolge können nur vom Landesfürsten und unter Berücksichtigung der den Gemeinden, oder den Privatpatronen zustehenden Rechte, verliehen werden.

IV. Von Erledigung des Pfarramts.

§. 187.

Außer dem Falle des Ablebens des Pfarrers kann das Pfarramt erledigt werden durch freiwillige Niederlegung desselben, oder durch Versetzung, Emeritirung, Dienstentlassung und Amtsentsetzung des Pfarrinhabers.

§. 188.

Niederlegung des Amts ist jedem Geistlichen unbenommen. Er bleibt jedoch für die aus dem Dienstverbande hervorgehenden Verbindlichkeiten verhaftet, und darf seine Amtsgeschäfte nicht eher, als bis wegen anderweiter Besorgung derselben Verfügung getroffen worden, einstellen. Mit dem in der Verfügung bestimmten Zeitpunkte ist sein Anspruch auf die Einkünfte und Gerechtsame des von ihm verwalteten Amts erloschen.

§. 189.

Versehung des Pfarrers kann, wenn das Beste des Dienstes es erfordert, auch ohne Antrag desselben durch Landesfürstliche Bestimmung erfolgen.

Das Einkommen des Pfarrers darf durch diese Versehung nicht geschmälert werden.

§. 190.

Ist der Pfarrer ohne sein Verschulden, zur ferneren wirksamen Fortführung seines Amtes unfähig geworden und diese Unfähigkeit hinlänglich ermittelt, so wird derselbe durch Landesfürstliche Versehung in den Ruhestand versezt. Soll dieses ohne seinen Antrag oder seine Zustimmung geschehen, so ist dazu das Einverständniß des Landessynodalausschusses erforderlich. Dem Emeritirten gebührt der durch das hieneben erlassene Gesetz bestimmte Ruhegehalt.

§. 191.

Amtsentsetzung wird vom Landesfürsten auf Antrag des Oberkirchenraths nach erklärter Zustimmung des Landessynodalausschusses verfügt, wenn der Pfarrer wegen eines Vergehens gerichtlich verurtheilt ist, welches bei Staatsbeamten Amtsentsetzung zur Folge hat, oder wenn derselbe durch Verlegung oder Vernachlässigung seiner Dienstpflcht, oder durch anstößigen, mit der Würde des Amtes unverträglichen Wandel ein, seine amtliche Wirksamkeit in der Gemeinde zerstörendes, Aergerniß gegeben hat. Der seines Amtes Entsetzte tritt von dem in der Landesfürstlichen Verfügung bestimmten Zeitpunkte an aus dem Genuße der damit verbundenen Einkünfte und Gerechtsame.

§. 192.

Unter mildernden Umständen kann statt der förmlichen Amtsentsetzung in gleichem Wege einfache Dienstentlassung verfügt werden. Hierzu genügt schon selbstverschuldete Dienstuntauglichkeit, so wie durch unziemliche Haltung verursachter Verlust derjenigen öffentlichen Achtung, ohne welche der Geistliche sein Amt mit Nutzen nicht führen kann.

Die deshalb zu erlassende Verfügung soll zugleich die Bestimmung enthalten, ob und in welchem Maße der Entlassene die gesetzlich zulässige Pension zu beziehen habe.

§. 193.

Wird das Pfarramt durch den Tod des Pfarrers erledigt, so hat der Kirchenvorstand den Superintendenten und dieser den Oberkirchenrath davon sogleich in Kenntniß zu setzen. War der Verstorbene der Superintendent selbst, so ist die Anzeige des Kirchenvorstandes unmittelbar an den Oberkirchenrath zu richten.

§. 194.

Die interimistische Verwaltung eines erledigten Pfarramtes wird auf Anordnung des Superintendenten durch die Geistlichen des Kreises oder, wo es herkömmlich ist, des Orts unentgeltlich besorgt. Die Bestellung eines Pfarrvicars, falls sie für nöthig erachtet worden, erfolgt durch den Oberkirchenrath.

§. 195.

Rücksichtlich des Anspruchs der Wittwen und Waisen verstorbener Pfarrer an den Nachgenuß des Pfarreinkommens enthält das hieneben erlassene Gesetz die nähere Bestimmung.

V. Von den kirchlichen Anstalten zur Versorgung der Wittwen und Waisen der Prediger.

§. 196.

Ueber die Verwaltung des Vermögens der Pfarrwittwenhäuser und die Einkommens-Verhältnisse der Pfarrwittwen sind die näheren Vorschriften in dem hieneben erlassenen Gesetze enthalten.

§. 197.

Die in den bisherigen General=Inspectionen bestehenden Prediger=Wittwen= und Waisen=Versorgungs-, auch Sterbe-Cassen werden auf Grund der, nach Aufhebung des bisherigen Inspections=Verbandes zu modificirenden, Statuten unter Aufsicht des Oberkirchenraths verwaltet. Die Vereinigung dieser Anstalten zu einem Ganzen, so wie Festsetzung neuer das Ganze umfassender Statuten kann nur unter Berücksichtigung der Rechte der Betheiligten geschehen.

§. 198.

Die Verwaltung der Consistorial-Predigerwittwen-Casse, und des Wäterlingschen Vermächtnißfonds, so weit derselbe die Unterstützung hilfsbedürftiger Predigerwittwen zum Zwecke hat, geht auf den Oberkirchenrath über.

Zweites Capitel.

Von den kirchlichen Lehrämtern an den Schulen und an den sonstigen Bildungsanstalten.

§. 199.

Ueber die Art und Weise der Besetzung, so wie über die dienstlichen Verhältnisse der kirchlichen Lehrämter an den Schulen, Schullehrerseminarien und sonstigen Bildungsanstalten soll nach erfolgter Uebereinkunft zwischen Staat und Kirche gesetzliche Bestimmung erfolgen.

Drittes Capitel.

Von den unteren Kirchenbeamten.

§. 200.

Die Aemter der Cantoren, Opfermänner und Organisten, mit welchen Schulämter nicht verbunden sind, werden vom Kirchenvorstande unter Bestätigung des Oberkirchenraths besetzt.

Die Art der Besetzung solcher Aemter, mit denen Schulämter ferner verbunden bleiben sollen, wird nach erfolgter Uebereinkunft zwischen Staat und Kirche durch ein Gesetz bestimmt.

§. 201.

Die Cantoren, Opfermänner und Organisten stehen zunächst unter der Aufsicht des Kirchenvorstandes. Dieselben sind bei ihrer An-

stellung auf eine allgemeine, von dem Oberkirchenrathe genehmigte Dienstinstruction zu verpflichten.

§. 202.

Denselben gebührt der ungeschmälerte Genuß des zu ihrem Amte gehörenden und durch die Anstellung zugesicherten Einkommens.

Die Fixirung der ungewissen Einkünfte derselben wird gesetzlich geordnet werden.

§. 203.

Die in §§. 187 ff. in Beziehung auf die Erledigung der Pfarrämter enthaltenen Bestimmungen finden auch auf die Aemter der Cantoren, Opfermänner und Organisten analoge Anwendung.

§. 204.

Die außerdem zur kirchlichen Dienstleistung erforderlichen Personen, als Kirchenvoigte, Glockenläuter, Bälgentreter, Leichenbitter, Todtengräber, werden von dem Kirchenvorstande auf Kündigung angenommen.

Vierter Abschnitt.

Von dem Kirchenvermögen.

§. 205.

Das Kirchenvermögen ist theils Gemeingut der Landeskirche, theils Parochial-Kirchengut.

Kein Theil desselben darf zu anderen als allgemeinen oder örtlichen Zwecken der Landeskirche verwandt werden.

Erstes Capitel.

Vom Gemeingute der Kirche.

§. 206.

Das Gemeingut der Kirche besteht:

1) in denjenigen Einkünften des Klosterfonds, welche, zu kirchlichen Zwecken bestimmt, der Kirche in Folge eines mit dem Staate zu treffenden besondern Uebereinkommens überwiesen werden;

2) in den entbehrlichen Rechnungs-Ueberschüssen einzelner Kirchencassen (§. 239.);

3) in den beim Oberkirchenrathe zur Erhebung kommenden Fisci-gebühren;

4) in den extraordinaircn Einnahmen von Kirchencollecten, Kirchensteuern und vacanten Kirchengütern (§. 217 — 219.).

§. 207.

Diese Einkünfte sollen den Hauptkirchenfonds bilden, welcher von dem Oberkirchenrathe verwaltet, und nach den Anweisungen desselben bei der Hauptkirchencasse in Einnahme und Ausgabe verrechnet wird.

§. 208.

Aus dem Hauptkirchenfonds sollen zunächst diejenigen Ausgaben bestritten werden, welche zur Förderung der allgemeinen Zwecke des Kirchenthums bestimmt sind, namentlich die Kosten des Oberkirchenraths und der allgemeinen Kirchenverwaltung, die Kosten der Landessynoden und des Landessynodalausschusses, die Kosten der Kreissynoden, der Kirchencommissionen, des Predigerseminars und der sonstigen allgemeinen kirchlichen Bildungsanstalten.

§. 209.

Daneben ist der Hauptkirchenfonds zur Förderung der durch die Gesamtvermögensverwaltung der Pfarren und Pfarrwittventhümer beabsichtigten Zwecke bestimmt und verpflichtet, die etwa erforderliche Aushülfe der Hauptpfarrcasse durch zu leistende Vorschüsse oder Zuschüsse zu übernehmen.

§. 210.

Verwendungen, welche zur Förderung örtlicher Zwecke des Kirchenthums dienen, können dem Hauptkirchenfonds nur dann auferlegt werden, wenn die Mittel dazu auf andere Weise nicht hebeizuschaffen

sind, oder die Ortskirche einen Anspruch auf Gewährung dieser Mittel erworben hat. (§. 240.).

§. 211.

Die Grundlage der Verwaltung des Hauptkirchenfonds bildet der mit der Landessynode für die sechsjährige Haushaltsperiode vereinbarte, und vom Landesfürsten genehmigte Voranschlag.

Abweichungen davon können nur in Ansehung solcher Ausgaben stattfinden, welche bei Festsetzung des Voranschlags weder im Einzelnen noch im Ganzen berücksichtigt worden, und deren Zurücksetzung bis zur nächsten Landessynode nicht thunlich erscheint. Solche Ausgaben dürfen jedoch nur unter Zustimmung des Landessynodalausschusses bewilligt werden.

§. 212.

Die Gehalte der Mitglieder des Oberkirchenraths und der übrigen dabei angestellten Beamten werden durch ein Gesetz bestimmt.

§. 213.

Die Diäten und Entschädigungen, welche den Abgeordneten der Landessynode und den Mitgliedern des Landessynodalausschusses zu bewilligen sind, werden bis zum Erlaß eines besonderen Gesetzes nach den für die Abgeordneten des Landes bestehenden und ferner zu erlassenden Bestimmungen festgesetzt.

Die Vertretung der geistlichen Landes-Synodal- und Ausschuss-Mitglieder, sofern sie nicht durch Amtsgenossen oder durch die Pfarrer des Kreises geschieht, wird durch den Oberkirchenrath auf Kosten des Hauptkirchenfonds angeordnet.

§. 214.

Die Kosten der Geschäftsführung bei den Kirchencommissionen werden auf vierteljährige Liquidationen vom Oberkirchenrathe festgestellt.

Dem weltlichen Kirchencommissarius wird auf die Dauer seiner Amtsführung ein nach dem Umfange seiner Geschäfte zu bemessender Gehalt ausgesetzt.

§. 215.

Wenn die im §. 206. unter 1 bis 3 bemerkten Einkünfte zur Bestreitung der vorhandenen Bedürfnisse nicht ausreichen, so sind die erforderlichen Mittel, falls das Bedürfnis ein vorübergehendes ist, entweder durch Anleihen oder durch zwanglose Collecten bei den Kirchengenossen, falls aber das Bedürfnis ein fortwährendes ist, durch Kirchensteuern aufzubringen.

§. 216.

Anleihen auf den Credit des Hauptkirchenfonds können nur unter Zustimmung der Landessynode, oder, bei unaufschieblichen Bedürfnissen, des Synodalausschusses, aufgenommen, und es müssen gleichzeitig die wegen Rückzahlung derselben erforderlichen Verabredungen getroffen werden.

§. 217.

Kirchencollecten ist der Oberkirchenrath im Einverständnisse mit dem Landessynodalausschusse anzuordnen befugt. Die Sammlung in den Gemeinden wird durch den Kirchenvorstand besorgt.

§. 218.

Kirchensteuern können nur in Gemäßheit eines Beschlusses der Landessynode ausgeschrieben und erhoben werden.

Dieselben sind auf das Einkommen der Kirchengenossen nach Maßgabe der für die Einkommenssteuer bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu veranlagern. Ueber die Art der Erhebung in den Gemeinden und der Ablieferung an die Hauptkirchencasse ist zugleich mit dem Steueraus Schreiben das Nöthige zu bestimmen.

§. 219.

Wenn eine kirchliche Gemeinde sich auflöst, oder aus dem Landeskirchenverbande ausscheidet, so fällt die Nutzung des Kirchenguts und der dazu gehörenden Stiftungen, vorbehaltlich der darauf haftenden Lasten, dem Hauptkirchenfonds anheim. Die Verwaltung wird zu dem Ende besonders geordnet, und das Einkommen davon der Hauptkirchencasse bis zur Wiederherstellung des kirchlichen Gemeindeverbandes überwiesen.

§. 220.

Die Rechnung der Hauptkircencasse wird dem Oberkirchenrathe alljährlich abgelegt, und von einer aus zwei Mitgliedern dieser Behörde und zwei Mitgliedern des Landessynodal-Ausschusses zusammengesetzten Commission revidirt und abgenommen.

§. 221.

Der Landessynodal-Ausschuß beaufsichtigt die Verwaltung mittelst Einsicht der abgenommenen Jahresrechnungen, und erstattet darüber der versammelten Landessynode Bericht.

Zweites Capitel.

Vom Parochial-Kirchengute.

§. 222.

Das Parochialkirchengut besteht in dem Vermögen der einzelnen Kirchen, der kirchlichen Aemter, und der Wittwensthümer in den Gemeinden.

§. 223.

Ueber dieses Vermögen sollen genaue Güterverzeichnisse aufgestellt und fortgesetzt, die bereits vorhandenen aber einer Revision unterzogen werden.

I. Von dem Vermögen der einzelnen Kirchen.

§. 224.

Das Vermögen der einzelnen Kirchen ist zur Erreichung und Förderung der kirchlichen Zwecke in der Gemeinde bestimmt.

§. 225.

Auf demselben haftet zunächst die Verbindlichkeit zur Herstellung und Unterhaltung der kirchlichen Gebäude und Anstalten.

Ist jedoch über diese Verbindlichkeit, oder über das Maß derselben in der Gemeinde durch Vertrag oder rechtsgültiges Herkommen ein Anderes festgesetzt, so hat es dabei sein Verbleiben.

§. 226.

Die Verpflichtung der Gemeinden und der einzelnen Gemeindeglieder zur Uebernahme gewisser Natural- und Gelbleistungen bei Herstellung und Unterhaltung kirchlicher Gebäude und Anstalten bleibt in dem bisherigen Umfange bestehen.

§. 227.

Die Verpflichtung dritter Personen zur Herstellung und Unterhaltung kirchlicher Gebäude und Anstalten ist ablöslich.

§. 228.

Ist das Einkommen einer Kirche zur Bestreitung der regelmäßigen Bedürfnisse derselben nicht ausreichend, so ist in Ermangelung anderer Verpflichteter die Kirchengemeinde zur Aufbringung des Fehlenden verbunden.

§. 229.

Dieselbe Verbindlichkeit tritt ein, wenn ein außerordentliches Bedürfnis, ohne die Bestreitung der regelmäßigen Ausgaben zu gefährden, weder aus den Einnahmen, noch aus dem Grund- und Capitalvermögen der Kirche gedeckt werden kann, und eine Verpflichtung dritter Personen nicht nachzuweisen ist.

§. 230.

Besteht unter den Kirchen eines Kreises ein Verband, welcher eine gegenseitige Muthülfe bei Bestreitung der die Kräfte der einzelnen Kirchen übersteigenden Bedürfnisse zum Zwecke hat, so ist derselbe ferner beizubehalten.

§. 231.

Die Oberaufsicht über das Vermögen der einzelnen Kirchen, so wie die obere Leitung der Vermögensverwaltung steht dem Oberkirchenrathe zu. Derselbe hat dabei im Allgemeinen zu beachten, daß das Vermögen aller einzelnen Kirchen zusammengenommen in seinem Gesamtbestande keinen Abgang erleide.

Es soll deshalb das Grund- und Capitalvermögen sämmtlicher Kirchen in einem Hauptverzeichnisse zusammengestellt, und Ab- und Zugang behufs fortwährender Uebersicht dabei bemerkt werden.

§. 232.

Die besondere Aufsicht über das Kirchenvermögen führt in jeder Gemeinde der Kirchenvorstand. Ist die Gemeinde im Fall der Unzulänglichkeit dieses Vermögens zur Aushilfe verpflichtet (§. 228 und 229.), so soll derselben bei der Verwaltung eine die nachbemerkten Befugnisse umfassende Mitwirkung zustehen.

§. 233.

Diese Mitwirkung erstreckt sich:

1) Auf die Berathung und Beschlußnahme über alle für den kirchlichen Vermögensbestand wichtigen Verwaltungsmaßregeln, namentlich über solche, welche den Neubau oder die Reparatur kirchlicher Gebäude, den Erwerb oder die Veräußerung kirchlicher Grundstücke und Gerechtsame, die An- und Ausleihung von Capitalien, den Abschluß von Pacht- und Verdingcontracten, die Führung von Processen über kirchliche Grundstücke und Gerechtsame, so wie die vergleichsweise Beilegung derselben betreffen.

Es bedürfen jedoch diese Beschlüsse vor ihrer Ausführung der Zustimmung des Oberkirchenraths.

§. 234.

2) Auf die Anstellung des Kirchenrechnungsführers, welchen der Kirchenvorstand in Vorschlag zu bringen, der Oberkirchenrath aber zu bestätigen und zu verpflichten hat.

§. 235.

3) Auf die Verhandlungen über den Voranschlag der Kirchencasse, welcher bei dem Kirchenvorstande entworfen und berathen, hiernächst aber durch die Kirchencommission an den Oberkirchenrath zur weiteren Prüfung und Feststellung eingesandt wird.

§. 236.

4) Auf die Monitur und Abnahme der Kirchenrechnungen, welche nach dem Jahreschlusse in erster Ausfertigung dem Kirchenvorstande zur Einsicht und Wahrnehmung seiner Rechte, in zweiter Ausfertigung aber dem Oberkirchenrathe zur Anordnung des Moniturverfahrens vorzulegen, und hiernächst, nachdem die gegenseitigen Bemerkungen und

Erinnerungen in einer von der Kirchencommission mit dem Kirchenvorstande und dem Rechnungsführer abzuhaltenden Conferenz beantwortet und erläutert, auch die Entscheidungen darauf vorbereitet worden, beim Oberkirchenrathe abzunehmen sind.

§. 237.

Die Verpflichtung des Rechnungsführers ist zunächst dahin gerichtet, daß er bei der Cassenverwaltung und Rechnungsaufstellung den ordnungsmäßig festgestellten Voranschlag zum Grunde zu legen, und keine Ausgabe zu zahlen habe, welche nicht durch den Voranschlag oder durch specielle Anweisung des Oberkirchenraths bewilligt worden ist.

§. 238.

Der Rechnungsführer ist nicht befugt, größere Cassenbestände, als zur Bestreitung der im Laufe des Jahrs vorkommenden Ausgaben erforderlich ist, zu halten, vielmehr hat derselbe die nicht zur Verwendung kommenden Bestände an die Hauptkirchencasse abzuliefern, woselbst sie, bis über den Betrag des einzuzahlenden entbehrlichen Ueberschusses Bestimmung getroffen worden, als Deposita zu berechnen sind.

§. 239.

Als entbehrlicher Ueberschuß ist der nach Abschluß der Jahresrechnung sich ergebende Cassenvorrath zu betrachten, dessen Verwendung weder zur Berichtigung der laufenden Ausgaben des Jahrs, noch zur Rückzahlung vorhandener Schulden, noch zur Bestreitung eines nahe bevorstehenden Bedürfnisses erforderlich ist.

Bei dem unter den Kirchen Eines Kreises bestehenden Vermögensverbände (§. 230.), kann nur der Cassenvorrath aus der Gesamtrechnung als entbehrlicher Ueberschuß in Anspruch genommen werden.

§. 240.

Durch die Ablieferung solcher Ueberschüsse erwirbt die Kirche das Recht auf Gewährung einer gleichmäßigen Unterstützung im Fall des eigenen Bedarfs.

Wenn daher zur Bestreitung dieses Bedarfs die vorhandenen

Mittel nicht zureichen (§. 228. und 229.), so hat die Hauptkirchen-Casse den Betrag der während der letzten 30 Jahre eingezahlten Ueberschüsse entweder ganz, oder so viel als davon zur Deckung des Fehlenden erforderlich ist, zurückzuzahlen.

Die vor diesem Zeitabschnitte eingezahlten Ueberschüsse, so wie die Zinsnutzungen, kommen dabei nicht zur Berechnung.

Es soll aber zu dem Ende bei der Hauptkirchen-casse über die von den einzelnen Kirchen alljährlich eingezahlten Ueberschüsse ein Hauptverzeichnis geführt, und darin zugleich die geleistete Rückzahlung bemerkt werden.

§. 241.

Würde der Kirchenvorstand durch eine vom Oberkirchenrathe getroffene Verwaltungsmaßregel, namentlich über Nothwendigkeit und Betrag einer zu kirchlichen Zwecken bestimmten Verwendung, das Interesse der Gemeinde für gefährdet erachten, so steht demselben der Recurs an den Landesfürsten zu, welcher nach Anhörung des Landes-synodal-Ausschusses darüber entscheiden wird.

§. 242.

Trägt der Kirchenvorstand Bedenken, in einer besonders wichtigen Angelegenheit die Verantwortlichkeit selbst zu übernehmen, so kann derselbe den Plenarbeschluß der Gemeinde darüber veranlassen. Eine Berathung und Beschlußnahme der versammelten Gemeinde muß erfolgen, sobald der Oberkirchenrath solches erfordert.

§. 243.

Die Verwaltungsbefugnisse rücksichtlich des Kirchenvermögens, welche den zur Aushülfe bei Unzulänglichkeit dieses Vermögens verpflichteten Gemeinden im Vorstehenden eingeräumt sind, gebühren in gleichem Maße auch den Kirchenpatronen, falls ihnen eine gleiche Verpflichtung obliegt.

II. Von dem Vermögen der kirchlichen Aemter und Wittenthümer.

§. 244.

Das Vermögen der Pfarren und der Pfarrwittenthümer soll in

seiner Gesamtheit den Fonds bilden, aus welchem die Einkünfte der Pfarrer und die Pensionen der Pfarrwittwen und Waisen, so wie alle diejenigen Ausgaben der pfarramtlichen Verwaltung erfolgen, welche bisher auf den einzelnen Pfarren gehaftet haben.

§. 245.

Ueber die Verwaltung und Verwendung dieses Vermögens, so wie über die Verhältnisse der Hauptpfarrkasse und der Special-Pfarrkassen enthält das hieneben erlassene Gesetz die näheren Vorschriften und Bestimmungen.

§. 246.

Das Vermögen und Einkommen der übrigen kirchlichen Aemter ist, nach Maßgabe der bestehenden und ferner zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen, seinem Zwecke gemäß zu benutzen und zu verwenden.

§. 247.

Der Kirchenvorstand ist verpflichtet, auf die Erhaltung des Besitzthums und der übrigen Gerechtsame dieser kirchlichen Stiftungen zu achten.

Fünfter Abschnitt.

Von den kirchlichen milden Stiftungen.

§. 248.

Ueber die Klöster und Stifter, die mit denselben verbundenen Prälaturen, und die in denselben befindlichen Convente; über die kirchlichen Wohlthätigkeitsanstalten, wie weit sie der Landeskirche, nicht den einzelnen Gemeinden, angehören; über die Vermächtnißfonds für Kirchenbediener; über die unter kirchlicher Verwaltung stehenden Stipendien und sonstigen milden Stiftungen — soll, nachdem das Anrecht der Kirche an dieselben durch Uebereinkunft mit dem Staate festgestellt worden, gesetzliche Bestimmung erfolgen.

Von dem Verhältnisse der Kirche zu anderen Religionsgesellschaften und zum Staate.

§. 249.

Zur Veränderung bestehender wie zur Eingehung neuer Rechtsverhältnisse zu andern Religionsgesellschaften des Inlandes oder des Auslandes bedarf es, in wie weit solche nicht nothwendige Folge der staatlichen Gesetzgebung ist, gesetzlicher Beschlußnahme der Kirche.

Die geschäftliche Verbindung der Landeskirche mit anderen Religionsgesellschaften vermittelt der Oberkirchenrath.

§. 250.

Wie die Kirche das in der Landeshoheit gegründete Recht der Staatsaufsicht auf ihre Gesetzgebung und Verwaltung anzuerkennen hat, so unterstellt sie sich und diese ihre vom Staate anerkannte Verfassung dem Schutze desselben.

Wegen Sicherstellung dieser Verfassung und der verfassungsmäßigen Wirksamkeit der kirchlichen Behörden und Beamten mittels Anwendung der staatlichen Executiv-Gewalt wird nach erfolgter Uebereinkunft zwischen Staat und Kirche von Herzoglicher Landes-Regierung im gesetzlichen Wege die nöthige Anordnung getroffen werden.

Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

die Bildung eines Centralfonds aus dem Vermögen der Pfarren und der Pfarrwittwenenthümer, zur Bestreitung der Gehalte der Pfarrer. und Superintendenten, der Ruhegehälter emeritirter Pfarrer, der übrigen Pfarr-Verwaltungskosten, so wie der Pfarrwittwen- und Waisenpensionen.

V o r w o r t.

Die Art, wie die evangelisch-lutherischen Geistlichen unser's Landes größtentheils zu dem mit ihrem Amte verbundenen Einkommen gelangen, scheint dem wichtigen Berufe und den amtlichen Verhältnissen derselben in vielfacher Hinsicht nicht mehr zu entsprechen.

Während der Pfarrer als Prediger und Seelsorger in seiner Gemeinde wirken, mit der Leitung und Beaufsichtigung des Schulunterrichts sich befassen und durch wissenschaftliche Beschäftigung in seiner Bildung fortschreiten soll, ist er, weil in den Landgemeinden der erheblichste Theil seines Einkommens in der Nutzung von Grundstücken und Naturalien besteht, zu landwirthschaftlichen und Handelsgeschäften genöthigt. Anstatt ausschließlich seinem Berufe zu leben, unbekümmert um den Eingang des ihm zugesicherten Einkommens, sieht er sich öfters genöthigt, dieses Einkommen indirect zu suchen, und bleibt dabei den unangenehmsten, seiner Stellung höchst nachtheiligen Berührungen ausgesetzt. Wo er in seinem Amte als Seelsorger und Verwalter der Sacramente auftreten muß, wird er zugleich auf die Erhebung der dafür von den Pfarrgenossen zu entrichtenden Gebühren hingewiesen, und findet darin nicht selten eine Verletzung seines Gefühls und seiner amtlichen Würde.

Soll Ansehen und Würde des geistlichen Standes gehoben, und die segensreiche Wirksamkeit desselben befördert werden, so ist es nothwendig, die Geistlichen der Nothwendigkeit allzu angelegentlicher Verfolgung pecuniärer Interessen thunlichst zu überheben, und dieselben vor unangemessenen Berührungen im bürgerlichen Leben und fränkenden Zumuthungen zu schützen.

Nachtheilig auf das Verhältniß der Pfarrer zu den Gemeinden wirkt aber auch die häufige Versetzung derselben. Da das Pfarreinkommen an der Stelle haftet, so kann eine Verbesserung des Pfarrers, so lange er auf dieser Stelle bleibt, nicht eintreten, das Zurückfallen des Wittventhums etwa ausgenommen. Hat er daher seine amtliche Laufbahn mit einer sogenannten Normalpfarre begonnen, so wird er sich schon nach Verlauf einiger Jahre um eine einträglichere Stelle bewerben, und die Mittelpfarre muß, um dem steigenden Bedürfnisse zu genügen, späterhin wieder mit einer besseren vertauscht werden. Die Versetzungen geschehen daher meistens der Einnahme wegen, und oft wird das zwischen Pfarrer und Gemeinde bestehende glückliche Band bloß wegen einer geringen Verbesserung, deren der Pfarrer, seiner häuslichen Verhältnisse wegen, nicht länger entbehren kann, wiederum gelöst.

Soll diesem Uebelstande abgeholfen, und die Verbindung zwischen Pfarrer und Gemeinde, welche, wenn sie rechter Art ist, durch die Dauer an Festigkeit und Innigkeit nur gewinnen kann, erhalten werden, so ist es nothwendig, daß dem Pfarrer die Verbesserung, deren er bedarf, durch eine Einkommens-Vermehrung an der Stelle, wo er sich befindet, gewährt werde.

Endlich aber übt die Art, wie die zur Amtsführung unfähig werdenden Pfarrer außer Wirksamkeit gesetzt werden, so wie die oft unvermeidliche Verzögerung dieser Maßregel einen nachtheiligen Einfluß auf Amt und Gemeinde aus. Unter den jetzigen Verhältnissen kann die Emeritirung eines Pfarrers nur erreicht werden, entweder durch Anordnung einer Abjunctur, deren Kosten dem Pfarrer ganz oder doch größtentheils zur Last fallen, oder durch Anstellung eines Nachfolgers, dem der Pfarrer, selbst bei hohem Dienst- und Lebensalter, einen großen Theil seines Einkommens abtreten muß.

Nur bei den einträglicheren Pfarren ist es bisher thunlich gewesen, dem Nachfolger bei Lebzeiten des Emeritus ein nothdürftiges Einkommen zu gewähren, ohne diesen in Nahrungsorgen zu versetzen. Bei den Staatsdienern werden die Kosten der durch unver-

schuldete Unfähigkeit, so wie durch Schwäche und Gebrechen des Alters hervorgerufenen Anordnungen von der Staatscasse getragen; bei den Kirchenbedienten liegt diese Last jetzt dem Einzelnen ob. Um aber die dadurch herbeigeführte Härte möglichst zu vermeiden, werden die Quiescirungen oft länger als wünschenswerth verschoben, und darunter leidet der Dienst, so wie der ganze Stand.

Will man diesen Uebelstand beseitigen, so muß dem Pfarrer, der ohne eigenes Verschulden dienstunfähig geworden, ein Ruhegehalt bewilligt, die Pfarre aber, ohne Rücksicht auf die dadurch eintretende Mehrausgabe, und ohne Verkürzung ihres Einkommens, wieder besetzt werden. Da nun keine Mittel zur Bildung eines besonderen Pensionsfonds vorhanden sind, so ist es eben so gerecht als billig, daß die Last, welche gegenwärtig von dem Einzelnen getragen wird, künftig von dem Gesamt-Einkommen des ganzen Standes getragen werde.

Eine andere, zwar nicht das pfarramtliche Verhältniß unmittelbar berührende, aber doch die dienstliche Stellung einzelner Pfarrer betreffende Einrichtung, die einer Abänderung bedarf, ist die Besetzung der Superintendenturen. Die Stadt-Superintendentur zu Braunschweig ist die einzige, mit welcher ein angemessenes Einkommen verbunden ist; bei allen übrigen sind es nur Accidenzien und mäßige Vergütungen, welche den Superintendenten für die Kosten, die ihm aus seiner Amtsführung erwachsen, entschädigen. Eine Folge davon ist, daß bei Besetzung dieser Aemter nicht ausschließlich auf die besondere Fähigkeit des Pfarrers, sondern auch auf das höhere Einkommen, welches seine Stelle gewährt, Rücksicht genommen werden muß, und daß wiederum bei Besetzung einzelner Pfarren, die vermöge ihrer örtlichen Lage und ihres höheren Einkommens zum Sitz der Superintendentur besonders geeignet sind, nicht sowohl das pfarramtliche Verhältniß, als vielmehr die größere Geschäftsfähigkeit des Bewerbers berücksichtigt werden muß.

Die Erfahrung lehrt aber auch, daß aus der unentgeltlichen Versorgung der Amtsgeschäfte dem Dienste selbst in der Regel manch-

fache Nachtheile erwachsen und schon in dieser Hinsicht ist es wünschenswerth, daß die Superintendenten, nach Maßgabe des Umfangs ihrer Geschäfte, besonders remunerirt werden, und diese Remuneration ganz unabhängig von dem Pfarramte, das sie bekleiden, beziehen.

Werden die Superintendenturkreise in Folge der neuen Kirchen-Versaffung erweitert, so wird auch die Geschäftslast der Superintendenten, deren Anzahl künftig geringer sein wird, vergrößert, mithin die Nothwendigkeit, diese Geschäfte besonders zu honoriren, noch mehr begründet.

Da auch hier keine genügenden Mittel zur Bildung eines besonderen Besoldungsfonds vorhanden sind, so kann es nur für angemessen gehalten werden, die Last, welche bisher vorzugsweise auf den besser dotirten Pfarren geruhet hat, künftig dem ganzen Stande in der Weise aufzulegen, daß der Gehalt der Superintendenten ebenfalls von dem Gesamt-Einkommen der Pfarren getragen wird.

Alle diese Zwecke werden nur erreicht werden können, wenn das Einkommen sämmtlicher Pfarren in einen Centralfonds (Hauptpfarreasse) zusammengezogen, den Pfarrern ein ständiger Gehalt, unabhängig von der Stelle, auf welcher sie sich befinden, überwiesen und ein Vorrücken im Gehalte nach Dienstalter und Würdigkeit in Aussicht gestellt, von dem Gesamt-Einkommen aber so viel zurückbehalten wird, als zur Auszahlung der Superintendentur-Gehalte und der Pensionen erforderlich ist.

Die Ausführbarkeit dieser Maßregel hängt von der zweckmäßigen Benugung des Pfarr-Vermögens, und von der Bestimmung der Gehalte und Pensionen ab.

Werden Gehaltsclassen mit steigendem Gehalte und einer bestimmten Mitgliederzahl in jeder Classe festgesetzt, so wird das Ergebnis etwa folgendes sein:

Vertheilt man die hier in Betracht kommenden 235 Pfarrer in sieben Classen, so könnten in jede der fünf unteren Classen vierzig, in die sechste zwanzig und in die siebente fünfzehn Mitglieder eintreten, der Gehalt aber würde ohne Anrechnung der Wohnung in der ersten

Classe auf 400 Rthlr., in der zweiten auf 500 Rthlr., in der dritten auf 600 Rthlr., in der vierten auf 700 Rthlr., in der fünften auf 800 Rthlr., in der sechsten auf 1000 Rthlr., und in der siebenten auf 1200 Rthlr. bestimmt. Der Bedarf:

der ersten Classe beliefe sich demnach auf	16,000 Rthlr.
der zweiten auf	20,000 "
der dritten auf	24,000 "
der vierten auf	28,000 "
der fünften auf	32,000 "
der sechsten auf	20,000 "
der siebten auf	18,000 "

Summa 158,000 Rthlr.

Dazu käme nun noch der Gehalt der 16 Superintendenten, durchschnittlich zu 300 Rthlr. angenommen, mit 4,800 Rthlr. und der Ruhegehalt von etwa 20 emeritirten Pfarrern durchschnittlich zu 600 Rthlr. angenommen mit . . 12,000 " so daß im Ganzen zur Ausführung des Plans . . 174,800 Rthlr. erforderlich sein würden.

Nach den neuerlich aufgestellten Anschlägen beläuft sich das Gesamteinkommen von den gedachten 235 Pfarren, nach Absatz der Zuschüsse aus dem Klosterfonds und der an die besetzten Wittwenhäuser abzugebenden Einkünfte, auf 182,224 Rthlr.

Rechnet man dazu die aus dem Klosterfonds zur Unterstützung gering dotirter Pfarren erfolgenden Zuschüsse zu etwa 1000 " die zur Remunerirung der Superintendenten bestimmten Zahlungen und Zuschüsse zu etwa 1000 " und endlich die zu den Ruhegehalten verschiedener Pfarrer erfolgenden Beiträge zu etwa 500 " so würde im Ganzen auf ein Einkommen von . . . 184,724 Rthlr. zu rechnen sein, und es würden durch den sich ergebenden Ueberschuß

von 9924 Rthlr. nicht nur die Kosten der Administration, sondern auch die Ausfälle gedeckt werden können, welche bei zu hoher Veranschlagung einzelner Pfarren wohl zu erwarten sein möchten.

Daß die Einnahme von den Pfarrgrundstücken künftig sinken werde, ist nicht zu besorgen, vielmehr wird mit dem steigenden Werthe des Grundbesitzes auch diese Einnahme sich vermehren, und der jetzt zu ermittelnde Pachtwerth möchte wohl für eine lange Reihe von Jahren wenigstens als nachhaltig angenommen werden können.

Unter dem berechneten Pfarreinkommen sind aber auch die Stollgebühren zu dem Betrage von 31,446 Rthlr. begriffen. Sie können, ohne das Gesamteinkommen zu gefährden, nicht entbehrt werden, und es würde, sollten sie hinwegfallen, das Fehlende auf andere Weise, etwa durch eine Parochialsteuer, herbeigeschafft werden müssen.

Die Einführung einer solchen Steuer hat sehr viele Bedenken gegen sich; sie würde Viele treffen, die außer den gewöhnlichen, mit keiner Abgabe belegten gottesdienstlichen Gebräuchen vielleicht gar nicht in die Lage kommen, die amtliche Wirksamkeit des Pfarrers in Anspruch zu nehmen, und deshalb in Versuchung gerathen könnten, zur Vermeidung einer drückenden Last aus dem Kirchenverbande auszutreten.

Bleibt nur die Wahl zwischen Steuer und Gebührenerhebung, so wird man sich bei vorurtheilsfreier Erwägung der Verhältnisse sicher für die letztere entscheiden, vorausgesetzt, daß die Abendmahlsfeier unentgeltlich begangen, die Gebühr für Taufe, Confirmation, Copulation und Begräbniß aber nach einem gleichmäßigen Tarif unter Bestimmung gewisser Vermögensclassen festgestellt und — was das Wichtigste ist — ohne directe Bethheiligung der Pfarrer erhoben werde.

Werden die Gebühren für die Drostkircencasse erhoben und berechnet, so bleibt der Pfarrer dabei unbetheiligt, und das Anstößige, welches bisher damit verbunden war, fällt hinweg; das einzelne Gemeindeglied aber kann sich nicht beklagen, wenn es die von Seiten der Kirche ihm geleisteten Dienste nach Kräften honoriren muß.

Ein ähnliches Verhältniß, wie bei den Stollgebühren, bestand ehe-

maß bei der Verwaltung der Rechtspflege. Der Richter war größtentheils auf den Bezug der Gerichtsporteln angewiesen. Aber die vielfachen Nachtheile und Mißbräuche, welche mit dieser Einrichtung verbunden waren, führten die Anordnung herbei, daß dem Richter ein ständiger Gehalt angewiesen, die Gebühr für die einzelnen Acte der Justizverwaltung aber von den Betheiligten erhoben und für die Staatscasse berechnet wurde.

So wenig der Staat der Einnahme an Sportel- und Stempelgebühren zur Bestreitung der Besoldungen des Gerichtspersonals entbehren kann, eben so wenig kann die Kirche, um ihre Diener zu erhalten, jener Einnahme entbehren, und der Grundsatz, daß Jeder, der die Leistungen eines Andern für sich in Anspruch nimmt, den Letzteren dafür entschädigen müsse, liegt zu sehr in der Natur der Sache, als daß eine Abweichung davon, die nur andere Nachtheile herbeiführen würde, hier gerechtfertigt werden könnte.

Ob nicht für die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel ein höherer Tarif eingeführt, oder die Differenz durch einen Zuschuß aus den Stadtcassen ausgeglichen werden müsse, wird einer näheren Untersuchung bedürfen. Dafür würde sprechen, daß hier die Prediger ein verhältnißmäßig geringes Fixum beziehen und größtentheils auf die Stolgebühren angewiesen sind, während auf dem Lande diese Gebühren nur den bei weitem geringeren Theil der Pfarr-Einkünfte ausmachen. Dagegen ließe sich jedoch wieder anführen, daß die Anzahl der Gemeindemitglieder in den Städten die der Parochianen in den Landgemeinden vielfach übersteigt, und daher auch verhältnißmäßig um so mehr Stolgebühren in den Städten aufkommen müßten.

So genau aber auch nach den vorliegenden Angaben die Berechnung über die künftige Einnahme und Ausgabe der Hauptpfarrcasse aufgestellt ist, so ist dennoch der Fall, daß die Einnahmen entweder durch Verringerung der Pachtpreise oder durch einen Ausfall an den Accidenzien geschmälert werden, gedenkbar, und es muß daher über die in solchen Fällen zu leistende Aushülfe gleichzeitig Bestimmung getroffen werden.

Die Gesamtheit der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden bildet eine Vereinigung zu dem Zwecke, sich gegenseitig die allgemeinen kirchlichen Bedürfnisse zu sichern, und sich dabei gegenseitig zu unterstützen. Diese Bedürfnisse sind theils auf die Förderung der allgemeinen Zwecke des Kirchenthums, theils auf die Anstellung und Unterhaltung der Kirchendiener gerichtet. Für jene Bedürfnisse ist das Gemeingut der Kirche, für diese das Gesamt-Pfarrvermögen bestimmt. Reichen die zur Erfüllung dieser Zwecke bestimmten Fonds nicht aus, so ist in beiden Fällen die Gesamtheit der Kirchengemeinden zur Deckung des Ausfalls verpflichtet, und es würden theils Kirchen-, theils Parochialsteuern ausgeschrieben werden können. Da aber beide Arten von Steuern nach gleichen Grundsätzen ausgeschrieben werden, immer nur dieselben Personen treffen, und einen gemeinsamen Hauptzweck verfolgen, so wird es zur Vereinfachung des Verfahrens, und zur besseren Uebersicht des ganzen Verhältnisses gereichen, wenn die Ausfälle bei der Hauptpfarrkasse aus der Hauptkirchencasse bestritten, die etwanigen Zuschüsse aber, welche dieser zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten geleistet werden müssen, durch eine allgemeine Kirchensteuer herbeigeschafft werden.

In diesem Sinne sind bereits in dem Verfassungs-Entwürfe die nöthigen Bestimmungen in Vorschlag gebracht.

Eine nothwendige Folge des Classensystems ist die weitere Ausdehnung der der höchsten Kirchengewalt zustehenden Befugniß, die Prediger auch ohne deren Antrag versetzen zu dürfen. Bisher fehlte es an Versetzungsgesuchen nicht, künftig aber, wenn die Inhaber der Pfarrämter an Ort und Stelle durch Zulagen verbessert werden, kann es sich leicht ereignen, daß ein Pfarrer, dessen Versetzung nicht nur wünschenswerth, sondern zum Besten des Dienstes sogar nothwendig ist, nicht geneigt ist, sich versetzen zu lassen; und für solche Fälle muß die Versetzung selbst gegen den Willen des Pfarrers durchzuführen sein. Die deshalb erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen sind bereits in den Entwurf der neuen Kirchenverfassung aufgenommen.

Eine andere, aus der gemeinsamen Verwaltung des Pfarrvermögens und aus der Einführung des Besoldungssystems sich ergebende Nothwendigkeit betrifft die Regulirung der Pfarrwittwengehälter mittelst Zusammenziehung der Einkünfte von sämmtlichen Pfarrwittwenenthümern.

Das Vermögen, aus welchem die Einkünfte der Pfarrwittwen erfolgen, ist größtentheils in dem Pfarrvermögen enthalten, kann also, wenn letzteres bei dem Centralfonds verwaltet wird, beim Eintreten einer Wittve nicht wohl davon getrennt und dieser überwiesen werden. Wäre dies aber auch ausführbar, so würde dennoch bei den ganz verschiedenen Rücksichten, welche nach Einführung des Besoldungssystems bei Besetzung der Pfarren eintreten, eine Wittve selten ein der Einnahme ihres verstorbenen Ehemannes entsprechendes Wittwenenthum erhalten. Es bestehen schon jetzt hinsichtlich der Wittwenenthümer die größten Ungleichheiten, und die Einkünfte der Wittwenenthümer stehen selten in einem richtigen Verhältnisse zu dem Pfarreinkommen. Mehre Pfarrstellen sind mit gar keinem Wittwenenthume bedacht, bei anderen Pfarren ist das Wittwenenthum so geringfügig, daß das Einkommen davon auch den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen kann. In den wenigsten Fällen ist für etwa entstehende zweite oder dritte Wittwen gesorgt, und auf eine den elternlosen unversorgten Waisen zu gewährende Unterstützung ist bisher gar keine Rücksicht genommen.

Unter den jetzigen Verhältnissen kann es sich ereignen, daß ein Pfarrer fortwährend Stellen mit besetzten Wittwenenthümern bekleidet, also fortwährend von seinem Einkommen an eine Wittve abgegeben hat, und dennoch keine Sicherheit genießt, daß seine künftige Wittve in das bereits besetzte Wittwenenthum eintreten werde. Eben so wohl kann aber auch der Fall eintreten, daß ein Pfarrer fortwährend Stellen mit unbesetzten Wittwenenthümern bekleidet, und dessen Wittve, obwohl er selbst zum Unterhalte der Pfarrwittwen nie beigetragen, nach seinem Tode sogleich ein angemessenes Wittwenenthum zu beziehen hat.

Aber noch eine andere Betrachtung fordert zu einer Abänderung dieser Verhältnisse auf. Die Pfarrwittwenhäuser sind meistens eine große Last für die Gemeinden, ohne den Wittwen einen entsprechenden Vortheil zu gewähren. Ist keine Wittwe vorhanden, so wird das Wittwenhaus vermiethet, auf dem Lande meistens an Tagelöhner-Familien, die dasselbe in kurzer Zeit so sehr verwohnen, daß, wenn es demnächst seiner eigentlichen Bestimmung gemäß benutzt werden soll, gründliche und kostspielige Reparaturen erforderlich werden. Die Wittwen der Landpfarrer pflegen aber jetzt selten den Ort, woselbst der verstorbene Ehemann das Pfarramt bekleidete, zu ihrem Wohnsitz zu wählen. Gewöhnlich ziehen sie in eine Stadt, wo sich die Mittel zu ihrem Unterhalte, zum geselligen Umgange und zur Erziehung ihrer Kinder besser und leichter, als auf dem Lande, finden. Dann wird das Wittwenhaus wieder vermiethet, die Unterhaltung desselben wird vertheuert, und die Zeit eines Neubaus früher, als bei einer ordnungsmäßigen Benutzung erforderlich gewesen wäre, herbeigeführt. Diese für die Gemeinden sehr ungünstigen Verhältnisse haben denn auch schon häufig zu einer Uebereinkunft geführt, nach welcher das Wittwenhaus verkauft, der Wittwe aber eine angemessene Miethentschädigung zugesichert ist.

Es sind jetzt 96 Predigerwittwen, und darunter 14 zweite Wittwen vorhanden. Die gegenwärtig besetzten Wittwenhäuser gewähren nach der neuesten Veranschlagung ein Gesamteinkommen von 9300 Thaler, welches auf eine höchst ungleiche Weise unter die 82 ersten Wittwen vertheilt ist. Wollte man den sämmtlichen Wittwen eine auf 16 pCt. vom Einkommen der verstorbenen Pfarrer zu berechnende Wittwenpension und den unversorgten Kindern derselben eine nach den Grundsätzen des Gesetzes vom 18. Julius 1837 zu berechnende Waisenpension gewähren, so würde dazu eine Summe von etwa 14,000 Rthlr. jährlich erforderlich sein. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß nach erfolgter Veräußerung der Wittwenhäuser, und bei gemeinschaftlicher Verwaltung der übrigen Grundstücke eine höhere, als

die jetzt veranschlagte Rente aus den Wittventhümern gewonnen werden wird. Nöthigenfalls aber würden die Pfarrer durch jährliche Beiträge bis zu 2 pCt. von ihrem Einkommen das Fehlende zuschießen müssen, um damit ihren Wittwen und Kindern eine angemessene Versorgung zu erkaufen.

In dem nachstehenden Gesetzentwurfe sind die zur Erreichung der vorgesezten Zwecke erforderlichen Bestimmungen zusammengefaßt.

Von Gottes Gnaden Wir, **Wilhelm**, Herzog u. u.

Um die Einkommens-Verhältnisse der Pfarrer und Superintendenten zu ordnen, und die Grundsätze festzustellen, nach welchen der Ruhegehalt emeritirter Pfarrer, die Unterhaltung der Pfarrgehilfen, und die Versorgung der Pfarrwitwen und Waisen zu bestimmen ist, erlassen Wir unter Zustimmung u. das nachstehende Gesetz:

I. Von der Bildung eines Besoldungs- und Pensionsfonds.

§. 1.

Das zu den evangelisch-lutherischen Pfarren und Pfarrwittenthümern gehörende Vermögen, dasselbe bestehe in Grundstücken, Capitallen, Gerechtsamen, Gefällen, Accidenzien oder sonstigen Nutzungen, soll in seiner Gesamtheit den Fonds bilden, aus welchem künftig die Einkünfte der Pfarrer und Superintendenten, die übrigen Kosten der Pfarrverwaltung, die Ruhegehälter emeritirter Pfarrer und die Pensionen der Pfarrwitwen und Waisen erfolgen.

§. 2.

Dieser Fonds soll unter der besondern Aufsicht und Leitung des Oberkirchenraths nach gleichmäßigen Grundsätzen verwaltet, und ausschließlich zu den in diesem Gesetze angegebenen, aber nie zu fremdartigen Zwecken verwandt werden.

§. 3.

Die Hauptpfarrkasse, mit der Erhebung und Berechnung der Einnahmen und Berichtigung der davon zu bestreitenden Ausgaben

beauftragt, ist dem Oberkirchenrathe untergeordnet, und wird von denselben Beamten, denen die Führung der Hauptkircencasse anvertraut ist, aber getrennt von dieser, verwaltet.

§. 4.

In die Hauptpfarrkasse fließen zunächst die Ueberschüsse aus den Special-Pfarrkassen, bei denen die Einnahme aus dem Pfarr- und dem Pfarrwittwenthums-Vermögen erhoben und berechnet wird. Diese Erhebung und Rechnungsführung ist in der Regel dem Kirchenrechnungsführer in der Gemeinde zu übertragen, welcher dafür eine nach Lantien zu bestimmende Vergütung empfängt, und nach den vom Oberkirchenrathe zu ertheilenden Vorschriften und Anweisungen verfährt.

§. 5.

Außer diesen Ueberschüssen werden der Hauptpfarrkasse überwiesen:

1) Die nach einem Durchschnittsbetrage zu berechnende Gesamtsumme, welche aus der Klosterreinertragskasse auf Besoldung und Pensionirung der Pfarrer, auf Verbesserung gering dotirter Pfarrstellen, auf Remunerirung der General- und Specialsuperintendenten, so wie auf Unterstützung bedürftiger Pfarrer, Pfarrwittwen und Waisen bisher verwandt worden ist.

2) Die aus einzelnen Stifts- und Klosterkassen, so wie aus städtischen und Gemeindecassen zu solchen Zwecken bisher gezahlten Summen, so weit sie nicht schon unter den §. 4. bemerkten Einnahmen der Special-Pfarrkassen berechnet sind.

3) Die von der Hauptkircencasse zu übernehmende Gesamtsumme der bisher aus den einzelnen Kircenkassen an die General- und Specialsuperintendenten gezahlten Visitations- und Moniturgebühren, und endlich

4) die Geldentschädigungen, welche von einzelnen Gemeinden für die aus dem Pfarr- und Inspectionsverbande hervorgehenden, aber nicht zur Besoldung der Pfarrer und Superintendenten gehörenden Naturalleistungen, nach erfolgter Ablösung, zu entrichten sind.

§. 6.

Aus der Hauptpfarrkasse sind die nachbemerkten Ausgaben zu bestreiten:

- 1) die Besoldungen der Pfarrer,
- 2) die Gehalte der Superintendenten,
- 3) die Ruhegehälter emeritirter Pfarrer,
- 4) die mit der Verwaltung der Pfarrämter in Verbindung stehenden unbestimmten Ausgaben,
- 5) die Pensionen der Pfarrwitwen und Waisen,
- 6) die Kosten der Rechnungsführung, so wie die Verwaltungsausgaben, insofern sie nicht aus den Special-Pfarrkassen erfolgen.

§. 7.

Bedarf die Hauptpfarrkasse zur Bestreitung dieser ihr obliegenden Zahlungen einer Ausbülfe, so kann, wenn es sich um die Abstellung eines augenblicklichen, im Laufe des Jahres sich ausgleichenden Bedürfnisses, oder um die Deckung eines einmaligen Ausfalles in der Jahreseinnahme handelt, der nöthige Vorschuß oder Zuschuß mit Bewilligung des Landes-synodalausschusses aus der Hauptkirchenkasse geleistet werden.

Ist der Ausfall in der Einnahme ein fortwährender, und bedarf die Hauptpfarrkasse zur Erfüllung ihrer Verpflichtung eines regelmäßigen Zuschusses, so ist darüber bei Feststellung des Voranschlags über die Hauptkirchen-Casse das Nöthige zu bestimmen.

§. 8.

Die Rechnung der Hauptpfarrkasse wird, abgesondert von der Hauptkirchenkasse, auf Grundlage des von dem Oberkirchenrathe aufgestellten, und mit der Höchsten Bestätigung versehenen Voranschlags, so wie nach Maßgabe der von dem Oberkirchenrathe erlassenen Anweisungen geführt, und binnen 3 Monaten nach dem Jahreschlusse der gedachten Behörde vorgelegt.

Die Revision und Abnahme der Rechnung soll durch eine Commission besorgt werden, welche aus zwei Mitgliedern des Oberkirchenraths und zwei Mitgliedern des Landes-synodalausschusses zusammengesetzt wird.

II. Von der Verwaltung des Pfarr-Vermögens.

§. 9.

Die zur landwirthschaftlichen Cultur bestimmten Pfarrgrundstücke, so weit sie dem Pfarrer nicht zur eigenen Nutzung überwiesen werden (§. 27.), sollen auf eine den nachhaltigen Ertrag sichernde Weise, in der Regel durch öffentliche Verpachtung, genutzt werden.

§. 10.

Die Bestimmung über Art der Verpachtung und Dauer der Pachtzeit bleibt dem Oberkirchenrath überlassen. Es ist aber hauptsächlich dahin zu sehen, daß ein dem Nutzungswerthe entsprechendes Pachtgeld erlangt, und die regelmäßige Einzahlung desselben gesichert werde.

§. 11.

Nur wenn eine angemessene Verpachtung dieser Grundstücke nicht zu erreichen ist, kann ausnahmsweise dem Pfarrer, falls er dazu bereit ist, die eigene Bewirthschaftung derselben, in Anrechnung auf seinen Normalgehalt, überlassen werden.

§. 12.

Gebäude und Vorrichtungen, welche durch die anderweite Benutzung der Pfarrgrundstücke entbehrlich werden, können veräußert, oder, wenn der Bauplatz beibehalten werden muß, auf den Abbruch verkauft werden.

§. 13.

Die Verpflichtung dritter Personen zur Unterhaltung solcher Gebäude bleibt, bis zur Wiederherstellung und Wiederbenutzung derselben in dem §. 11. bemerkten Falle, einstweilen aufgehoben.

§. 14.

Forstgrundstücke sind, wenn deren Ausrodung und landwirthschaftliche Benutzung nicht vortheilhaft und zulässig erscheint, den angrenzenden größeren Forstrevieren gegen Festsetzung einer jährlichen Holz- und Geldrente zu überweisen, und soll die Holzrente nur zur Deckung des Haushaltsbedarfs des Pfarrers dienen, die Geldrente aber nach Maßgabe der jedesmal bestehenden Forsttare festgesetzt werden.

§. 15.

Die übrigen zu dem Einkommen der Pfarre gehörenden Gerechtsame und ständigen Gefälle, so wie sämmtliche aus dem Pfarrverbande herrührende Verpflichtungen der Eingepfarrten, sie mögen nun in Diensten, Transportkosten oder sonstigen bestimmten und unbestimmten Leistungen bestehen, werden abgelöst, und falls die Ablösung in Gelde erfolgt, die eingehenden Ablösungscapitale zum Ankaufe nutzbarer Grundstücke verwendet, bis dahin aber zinsbar belegt.

§. 16.

Activ-Capitale können, so lange sie nicht auf die im §. 15. bemerkte Weise benutzt werden, nur gegen landesübliche Zinsen und auf im hiesigen Herzogthume belegene Grundstücke, bis zu $\frac{2}{3}$ des auszumittelnden und nach Absatz der darauf bereits haftenden Lasten zu berechnenden gemeinen Werthes, ausgeliehen, sonst aber zum Ankauf hiesiger Landes- oder Cammer-Obligationen verwendet werden.

§. 17.

Für die Beforgung kirchlicher Handlungen soll künftig ohne weitere Betheiligung des Pfarrers nach Maßgabe eines neuen, allen Gemeinden zur Norm dienenden Tarifs eine Gebühr an die Ortskirchencasse entrichtet, und der darunter begriffene für das Pfarramt bestimmte Betrag an die Special-Pfarrkasse abgegeben werden.

§. 18.

Die Gebührentaxe soll verschiedene Abstufungen nach Maßgabe des Einkommens der Gemeindemitglieder enthalten, und die Ansätze sollen dergestalt geordnet und bestimmt werden, daß durch deren Anwendung der Eingang eines gegen die bisherige Erhebung nicht zurückstehenden Einkommens thunlichst gesichert werde.

Für die Abendmahlsfeier, so wie für Danksagungen, Fürbitten und Einsegnungen soll überall keine Gebühr weiter gefordert und entrichtet werden.

§. 19.

Den Gemeinden steht es frei, diese Gebühren gegen den 25fachen Durchschnittswerth in Grundstücken abzulösen.

Ist eine solche Ablösung hinsichtlich eines Theils der bisherigen Gebühren bereits in Ausführung gebracht, so bleibt es der Gemeinde überlassen, die Verpflichtung in ihrem ganzen Umfange abzulösen, und die bereits zur Abtretung gekommenen Grundstücke auf die ermittelte Entschädigung in Anrechnung zu bringen.

III. Von der Verwaltung des Vermögens der Pfarrwittwenthümer.

§. 20.

Die zum Unterhalte der Pfarrwittwen bestimmten Grundstücke, welche aus dem Pfarr-Vermögen entnommen und in Ermangelung einer Wittve vom Pfarrer selbst genutzt werden, sollen künftig gemeinschaftlich mit den Pfarrgütern nach den in den §§. 9 u. flg. enthaltenen Bestimmungen verwaltet und genutzt werden.

§. 21.

Bei denjenigen Pfarrwittwengütern, welche in Ermangelung einer Wittve der Gemeinde zur Nutzung anheim fallen, so wie bei Nutzungen und Gefällen, welche nur beim Vorhandensein einer Wittve erhoben werden, ist eine Auseinandersetzung mit den Verpflichteten erforderlich. Kann darüber eine gütliche Einigung nicht erreicht werden, so ist auf die Entscheidung eines zu dem Ende niedergesetzten Schiedsgerichts zu provociren, welches aus zwei von dem Oberkirchenrathe und zwei von dem Landessynodalausschusse zu bestellenden Mitgliedern, und einem von diesen unter sich zu wählenden Vorsitzenden zusammengesetzt werden soll. Als leitender Grundsatz wird angenommen, daß das Wittwenthum in einem Zeitraume von 100 Jahren 40 Jahre lang besetzt sei, daß die Wohn- und Wirthschaftsgebäude die Dauer von 150 Jahren nicht überschreiten, und daß an Reparaturen und andern Kosten ein Aufwand von 2pCt. des Baucapitals jährlich erfordert werde.

Güter solcher Art, bei welchen eine Naturaltheilung weder thunlich noch räthlich sein würde, namentlich Gebäude, sind mittelst Meistgebots zu verkaufen, der dem Wittwenthume gebührende Antheil des Erlöses aber ist dem Hauptpfarr-Fonds zu überweisen.

§. 22.

Diejenigen Pfarrwittwengüter endlich, welche eine selbstständige Corporation bilden und, wenn keine Wittve vorhanden ist, weder dem Pfarrer noch der Gemeinde zur Nutzung anheimfallen, werden in ihrem ganzen Umfange dem Centralfonds überwiesen, und es kommen rücksichtlich ihrer Verwaltung und Benutzung die in den §§. 9 bis 16. für die Pfarrgüter getroffenen Bestimmungen zur Anwendung.

IV. Von der Besoldung der Pfarrer.

§. 23.

Sämmtlichen Pfarrern soll ein ständiger Gehalt angewiesen, und in vierteljährigen Raten aus der Hauptpfarrcasse ausgezahlt werden.

§. 24.

Das Minimum des Pfarrgehalts soll künftig 400 Rthlr., und das Maximum 1200 Rthlr. jährlich betragen.

§. 25.

Innerhalb dieser Grenzen werden sieben Gehaltsclassen, jede mit einem festen Gehaltsfaze (Normalgehalte) und einer bestimmten Mitgliederzahl, gebildet.

In der 1. Cl. soll d. Gehalt 400 Thlr. u. die Anzahl der Mitgl. 40 betragen,

=	=	2.	=	=	=	=	500	=	=	=	=	=	=	40	=
=	=	3.	=	=	=	=	600	=	=	=	=	=	=	40	=
=	=	4.	=	=	=	=	700	=	=	=	=	=	=	40	=
=	=	5.	=	=	=	=	800	=	=	=	=	=	=	40	=
=	=	6.	=	=	=	=	1000	=	=	=	=	=	=	20	=
=	=	7.	=	=	=	=	1200	=	=	=	=	=	=	15	=

§. 26.

Vermindert oder vermehrt sich in Folge der Zeit die Anzahl der Pfarren, so soll mit Rücksicht auf die Dotirung der eingegangenen oder neu errichteten Pfarren die Mitgliederzahl in den einzelnen Classen auf gesetzlichem Wege anderweit festgestellt werden.

§. 27.

Neben dem Normalgehalte wird dem Pfarrer, und zwar ohne

Anrechnung auf denselben, Wohnung nebst Zubehör und Hausgarten, wenn ein solcher vorhanden ist und die Größe von $\frac{1}{2}$ Morgen nicht übersteigt; mit Anrechnung auf den Gehalt aber: ein Brennholzdeputat, falls die Pfarre holzberechtigt ist, und von den zu der Landpfarre gehörenden nugharen Grundstücken so viel, als zur Führung eines ländlichen Haushalts zum eigenen Bedarfe erforderlich ist, überwiesen.

§. 28.

Die Frage, wie viel nughare Pfarrgrundstücke dem Pfarrer zu überweisen seien, wird nach der Dertlichkeit und der Qualität der Grundstücke, nachdem der Kirchenvorstand mit seinem Gutachten darüber gehört worden, entschieden.

§. 29.

Bei Bestimmung des Nutzungswerths der Grundstücke und der Holzrente wird auf gleiche Weise (§. 28.) verfahren, und es dienen dabei die in der Ortschaft üblichen Pachtpreise, so wie die Brennholztaxe zum Maßstabe.

Der Oberkirchenrath kann, wenn er es für nöthig erachtet, eine Revision behufs Berichtigung der angenommenen Preise anordnen.

§. 30.

Bei denjenigen Landpfarren, bei welchen Grundstücke entweder gar nicht, oder doch nicht in zureichendem Umfange vorhanden sind, soll nach Gelegenheit für die entsprechende Dotirung derselben durch Ankauf mittelst der bei der Hauptpfarrcaffe verwalteten Capitalien gesorgt werden.

§. 31.

Würde sich die Einnahme aus dem Pfarrvermögen in der Folge dergestalt vermehren, daß eine Erhöhung der Classengehalte bewilligt werden könnte, so soll darüber im Wege der Gesetzgebung weitere Bestimmung erfolgen.

V. Von der Einführung der neuen Besoldungsart.

§. 32.

Das Einkommen, welches die jetzt vorhandenen Pfarrer von ihren Pfarren gegenwärtig genießen, soll denselben nicht entzogen, jedoch nach dem gegenwärtigen Werthe der einzelnen Bestandtheile desselben festgestellt werden.

Bei dieser von der Oberkirchenbehörde vorzunehmenden Feststellung sind folgende Grundsätze zu beobachten. Für ablösliche Gegenstände wird die vierprocentige Nutzung des Ablösungs-Capitals, für Stolzgebühren der durchschnittliche Nutzungswerth der letztverfloffenen zehn Jahre, und wo solcher nicht zu erforschen ist, der durch Schätzung ermittelte Werth vergütet; die Entschädigung für entzogene nuzbare Grundstücke wird, falls das dafür eingehende Pachtgeld einen richtigen Maßstab nicht gewähren sollte, nach örtlichen Verhältnissen und wirthschaftlichen Grundsätzen bestimmt; für entbehrliches Brennholz wird die Forsttare bezahlt.

§. 33.

Diejenigen Landpfarrer, welche einen größeren Landhaushalt, als zum eigenen Bedarfe erforderlich ist, führen, sollen nach Ablauf des sechsten Wirthschaftsjahrs, vom Erlaß dieses Gesetzes an gerechnet, ihre ökonomischen Verhältnisse den gesetzlichen Vorschriften anpassen, und die danach zur Abtretung kommenden Grundstücke zurückgeben.

Es soll denselben aber auch freistehen, ihre Wirthschaft früher schon normalmäßig zu beschränken, und dagegen die dafür festgesetzte Entschädigung aus der Centralcasse zu beziehen.

§. 34.

Sobald die Feststellung der gegenwärtigen Pfarreinkünfte (§. 32.) durchgängig erfolgt ist, wird mit Vertheilung der Pfarrer in die §. 25. erwähnten sieben Classen verfahren, und zwar dergestalt, daß die Reihenfolge lediglich nach der Höhe des jetzigen Einkommens, und bei gleichem Einkommen nach dem Dienstalter bestimmt wird.

§. 35.

Die Vertheilung in Gehaltsclassen hat auf Rang und Dienstverhältnisse der Pfarrer keinen Einfluß.

§. 36.

Ist das jetzige Einkommen eines Pfarrers höher, als der Normalgehalt derjenigen Classe, in welche derselbe aufgenommen ist, so wird der Mehrbetrag einstweilen zwar fortgezahlt, jedoch beim Abgange oder beim Aufrücken des Pfarrers in eine höhere Gehaltsclasse eingezogen werden.

§. 37.

Ist das Einkommen aber geringer, so soll auf die Vervollständigung des Normalgehaltes, so weit die disponiblen Mittel es zulassen, Bedacht genommen, und es sollen die Ersparungen, welche in zurückgefallenen, den Normalgehalt übersteigenden Beträgen bestehen (§. 36.), zunächst dazu verwandt werden.

§. 38.

Beim ersten Eintritt in ein Pfarramt wird dem Pfarrer in der Regel der Normalgehalt der untersten Classe angewiesen.

§. 39.

Aus der untersten Classe kann ein Pfarrer erst dann versetzt werden, wenn er das Colloquium bei der Oberkirchenbehörde befriedigend abgehalten hat.

§. 40.

Das Vorrücken in eine höhere Gehaltsclasse, welches nur im Fall einer daselbst eintretenden Vacanz stattfindet, und von der Wiederbesetzung derjenigen Pfarre, durch deren Erledigung jene Vacanz herbeigeführt worden, unabhängig ist, wird nicht allein durch das Dienstalter, sondern auch durch die amtliche Stellung, in welcher der Pfarrer im Vergleich zu den übrigen Mitgliedern seiner Classe sich befindet, durch den Umfang seiner Amtsgeschäfte, so wie durch Verdienst und Würdigkeit bedingt.

§. 41.

In der Regel findet das Aufrücken nur in die nächstfolgende

Classe statt, und das Ueberspringen einer oder mehrer Gehaltsclassen kann nur unter erheblichen, durch die Umstände gebotenen Gründen geschehen.

§. 42.

Die Bestimmung über den Eintritt in eine höhere Classe, so wie die Bewilligung des höheren Gehalts tritt erst beim Anfang des auf die Vacanz folgenden Jahres ein. Die Gehaltsetats werden daher am Schlusse des Jahres aufgestellt, und dienen, nachdem sie genehmigt worden, zur Norm für das folgende Jahr.

Ist mit einer Versetzung das Aufrücken in eine höhere Gehaltsclasse verbunden, so kann der höhere Classengehalt auch im Laufe des Jahres bewilligt werden.

VI. Von dem Gehalte der Superintendenten.

§. 43.

Neben dem Normalgehalte, und ohne Rücksicht auf denselben, wird denjenigen Pfarrern, welchen das Amt eines Superintendenten übertragen ist, ein jährlicher, ebenfalls aus der Hauptpfarrcasse in vierteljährigen Raten zahlbarer Gehalt ausgesetzt.

§. 44.

Dieser Gehalt soll mit Rücksicht auf die gesammte dienstliche Stellung des Superintendenten festgesetzt werden, und zum mindesten 200 Rthlr., zum höchsten aber 400 Rthlr. betragen.

§. 45.

Bezieht der Superintendent von seiner Pfarre gegenwärtig ein höheres als das Normal-Einkommen (§. 36.), so wird ihm der Mehrbetrag auf den Superintendentur-Gehalt in Anrechnung gebracht.

§. 46.

Der Superintendent hat von seinem Gehalte alle mit seiner Geschäftsführung verbundenen Reise- und Büreaufkosten, letztere jedoch nur in, so fern sie nicht durch die Geschäfte der Kirchencommission veranlaßt werden, zu bestreiten.

§. 47.

Der Bezug des Gehalts bleibt auf die Dauer der Amtsführung des Superintendenten beschränkt, und es werden dadurch Ansprüche auf Bewilligung eines Ruhegehalts oder einer Pension für hinterbliebene Wittwen und Waisen überall nicht begründet.

VII. Von der Pensionirung der Pfarrer und Anordnung der Adjuncturen.

§. 48.

Wird der Pfarrer emeritirt (§. 190. der Verfassungs-Urkunde), so soll der Ruhegehalt desselben betragen:

bis zu 10jähriger Dienstzeit ein Drittel,

„ „ 20 „ „ die Hälfte,

„ „ 30 „ „ zwei Drittel,

und bei noch längerer Dienstzeit drei Viertel

des Normalgehalts derjenigen Classe, in welcher der Pfarrer zuletzt gestanden hat.

Die Pension eines aus dem Dienste entlassenen Pfarrers soll nie höher als auf ein Viertel dieses Normalgehalts festgesetzt werden.

Der Werth der Dienstwohnung wird bei Berechnung des Ruhegehalts nicht in Anschlag gebracht.

§. 49.

Der Ruhegehalt wird in vierteljährigen Raten aus der Hauptpfarreasse gezahlt.

§. 50.

Wird zur Aushülfe des Pfarrers eine Adjunctur angeordnet, so hat der Pfarrer, wenn er in der 6ten oder 7ten Gehaltsclasse steht, die Kosten der Adjunctur allein zu tragen, und dem Adjuncten Wohnung, Heizung, Licht, Unterhalt und den zehnten Theil seines Normalgehalts, als Remuneration, zu gewähren. Steht der Pfarrer in der 3ten, 4ten oder 5ten Gehaltsclasse, so hat er dem Adjuncten Wohnung, Heizung, Licht und Unterhalt, steht er aber in der 1sten oder 2ten Gehaltsclasse, nur Wohnung, Heizung und Licht zu gewähren.

VIII. Von den mit der Verwaltung des Pfarramts in Verbindung stehenden unbestimmten Ausgaben.

§. 51.

Wird der Pfarrer ohne seinen Antrag versetzt, so werden ihm die Kosten des Umzugs auf vorgängige Liquidation, und nach erfolgter Festsetzung durch den Oberkirchenrath, aus der Hauptpfarrcasse vergütet.

Ist mit der Versetzung eine Gehaltserhöhung verbunden, so findet die Vergütung nur so weit statt, als die Umzugskosten den einjährigen Betrag dieser Gehaltserhöhung übersteigen.

Wenn aber die Versetzung auf den eigenen Antrag des Pfarrers geschehen, oder die erste Anstellung des Pfarrers erfolgt ist, so hat derselbe die Kosten seines Umzuges oder Anzuges aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

§. 52.

Werden die Geschäfte bei einem erledigten Pfarramte durch die dazu verpflichteten Geistlichen besorgt, so hat die Hauptpfarrcasse die Kosten des Transports derselben, und falls keine auf den Nachgenuß des Pfarrgehalts berechnete Erben vorhanden sind, auch die Kosten des Unterhalts während der Geschäftsverrichtung zu tragen.

Wird ein besonderer Pfarrvicar bestellt, und erstreckt sich die Dauer der interimistischen Verwaltung des Pfarramts über die gesetzliche Vacanzzeit hinaus, so fallen die dadurch entstehenden Kosten, mit Ausnahme der unentgeltlich zu gewährenden Wohnung und Heizung im Pfarrhause, der Hauptpfarrcasse zur Last.

§. 53.

Hat der Pfarrer, dem ein Adjunct beigeordnet worden, die Remuneration, nebst den Kosten des Unterhalts, oder nur die Remuneration desselben, nicht zu tragen (§. 50.), so werden die desfallsigen Ausgaben nach erfolgter Festsetzung durch den Oberkirchenrath aus der Hauptpfarrcasse bestritten.

§. 54.

Endlich sind auch die Remunerationen, welche für die Besorgung außergewöhnlicher pfarramtlicher Geschäfte, so wie die Unterstützungen, welche einzelnen Pfarrern zur Abhülfe dringender Bedürfnisse bewilligt werden, aus der Hauptpfarrcasse zu zahlen.

IX. Von der Versorgung der Pfarrwittwen und Waisen. §. 55.

Der Wittve und den Kindern eines verstorbenen Pfarrers gebührt von dem Gehalte desselben ein volles Quartal von dem Todestage an gerechnet, so wie die Benützung der Pfarrwohnung während dieses Zeitraums. Es liegt ihnen jedoch die Pflicht ob, während dieses Zeitraums für den Unterhalt der vicariirenden Prediger zu sorgen, oder falls ein Pfarrvicar bestellt worden, demselben Wohnung und Heizung zu gewähren.

Der Wittve und den Kindern eines emeritirten Pfarrers gebührt von der Pension desselben ebenfalls ein Quartal vom Todestage an gerechnet.

§. 56.

Nach Ablauf dieser Zeit wird den Wittwen ein Wittwengehalt, und den elternlosen Waisen ein Waisengehalt gewährt, welcher zum vollen Betrage 16pCt. des Normalgehalts derjenigen Classe betragen soll, in welcher der verstorbene Pfarrer bei seinem Tode oder vor seiner Emeritirung gestanden hat.

Der Mehrbetrag, welchen der Pfarrer bei der jetzt erfolgten Classification über den Normalgehalt seiner Classe einstweilen fortbezogen hat (§. 36.), kommt dabei nicht in Anrechnung.

§. 57.

Die gegenseitigen Rechtsverhältnisse der Wittwen und Waisen, ihre Beziehungen zu dritten Personen und zu der Hauptpfarrcasse, auf welcher diese Pensionen haften, sollen nach den in dem Gesetze vom 18. Julius 1837 für die Beamten-, Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt getroffenen Bestimmungen beurtheilt und entschieden werden.

§. 58.

Die Beiträge der Pfarrer werden auf das Zwölftel beschränkt, welches nach §. 15. des gedachten Gesetzes beim Dienstantritte von dem Jahrgehälter, und nachher von der Gehaltszulage einmal zu entrichten ist.

Würde sich jedoch die Unzulänglichkeit des Fonds zur Bestreitung der ihm auferlegten Pensions-Zahlungen ergeben, so soll dem Ober-

Kirchenrathe die Befugniß zustehen, von dem Gehalte der sämtlichen Pfarrer einen jährlichen Beitrag bis zu 2 pCt. in Abzug zu bringen.

§. 59.

Der Oberkirchenrath wird im Verlauf der Zeit eine Untersuchung darüber, ob die Mittel zu einer etwanigen Erhöhung der Wittwen- und Waisengehalte vorhanden seien, veranlassen, und eintretenden Falls eine höchste Bestimmung darüber erwirken.

X. Von den Rechts-Verhältnissen der jetzigen Pfarr-Wittwen.

§. 60.

Die jetzt vorhandenen Wittwen bleiben in dem Genuße der ihnen bereits zugefallenen Wittwenenthümer. Es soll ihnen jedoch freistehen, diese Wittwenenthümer an die Central-Verwaltung zurückzugeben, und dafür diejenige Entschädigung aus der Hauptpfarrcaße in Empfang zu nehmen, welche dafür nach Maßgabe der in den §§. 20. bis 22. enthaltenen Grundsätze ausgemittelt und festgesetzt werden wird.

§. 61.

Zweite Pfarrwittwen treten sofort nach dem Abgange der ersten Wittwe in den Genuß einer Pension, welche nach den obigen Bestimmungen von dem Normalgehalte derjenigen Classe, in welche der verstorbene Pfarrer nach dem Betrage seines zuletzt genossenen Einkommens aufzunehmen gewesen sein würde, zu berechnen ist.

Auf den Naturalbesitz des Wittwenenthums, welches mit der Pfarre ihres verstorbenen Ehemanns verbunden war, haben dieselben weiter keinen Anspruch.

§. 62.

Der Zeitpunkt der Ausführung dieses Gesetzes ist auf den
 festgesetzt.

Alle, die es angeht, haben sich danach zu achten.

Urkundlich 2c.

Braunschweig, am

Entwurf einer Verordnung,

betreffend

die Berufung einer Landessynode.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog u. u. fügen
hiermit zu wissen:

Da Wir zur Begründung einer dem jetzigen Bedürfnisse entsprechenden Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes die Mitwirkung einer Landessynode für erforderlich erachten, so verordnen Wir über deren Berufung, wie folgt:

§. 1.

Es soll eine Landessynode in der Stadt Wolfenbüttel versammelt, und von derselben über die künftige Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes auf Grund eines ihr vorzulegenden Entwurfs, unter Vorbehalt Unserer Bestätigung, berathen und beschlossen werden.

§. 2.

Die Landessynode soll aus vierunddreißig gewählten Abgeordneten, von denen die Hälfte dem geistlichen Stande angehören muß, und aus zwei von Uns zu ernennenden Regierungs-Commissarien bestehen.

§. 3.

Die Wahl der Abgeordneten geschieht durch Wahlcollegien, welche auf die nachbemerkte Weise zusammengesetzt werden.

§. 4.

Es werden sechszehn Wahlkreise gebildet, von denen
der erste: die Stadtinspection Braunschweig,
der zweite: die Specialinspectionen Quedlinburg, Wendeburg und Timmerlah mit der Parochie Rüningen,

der dritte: die Stadtinspection Wolfenbüttel,
 der vierte: die Specialinspectionen Salzdahlum und Börßum,
 der fünfte: die Specialinspectionen Thiede und Barum,
 der sechste: die Specialinspectionen Lichtenberg und Engelnstedt,
 der siebente: die Specialinspectionen Scheppensstedt und Hessen,
 der achte: die Stadtinspection Helmstedt und die Specialinspection
 Königsutter,
 der neunte: die Specialinspectionen Borsfelde, Belpke, Campen und
 Calvörde,
 der zehnte: die Specialinspectionen Schöningen und Wolfstorf,
 der elfte: die Stadtinspection Gandersheim, und die Specialinspec-
 tionen Gandersheim und Greene,
 der zwölfte: die Specialinspectionen Seesen und Gittelde,
 der dreizehnte: die Specialinspectionen Osterhagen (Harzburg) und
 Walkenried,
 der vierzehnte: die Stadtinspection Holzminden, die Specialinspec-
 tion Stadtholbendorf und die Parochie Lunsen-Hebdinghausen,
 der funfzehnte: die Specialinspectionen Bevern und Ottenstein, und
 der sechszehnte: die Specialinspectionen Blankenburg und Has-
 felfelde
 begreift.

§. 5.

In jedem dieser Wahlkreise wird ein Wahlcollegium aus den sämtlichen Pfarrern und Diaconen des Wahlkreises, und einer gleichen Anzahl weltlicher, durch Urwahlen aus den Pfarrgemeinden zu wählender Wahlmänner gebildet.

§. 6.

Ist eine Pfarre vacant, oder wird dieselbe zur Zeit durch einen andern Pfarrer verwaltet, oder ist der Pfarrer an der Wahlhandlung Theil zu nehmen behindert, so hat U. Herzogl. Consistorium eine Stellvertretung anzuordnen.

§. 7.

Eine gleiche Anordnung findet statt, wenn der Pfarrer oder

Diaconus einer selbstständigen Gemeinde zugleich ein Pfarramt bei einer anderen Gemeinde verwaltet, und in dieser Eigenschaft ebenfalls zur Wahlhandlung berufen ist.

§. 8.

Filial- und combinirte Gemeinden bilden mit der Hauptgemeinde eine Gesamtgemeinde, und werden durch den derselben vorstehenden Pfarrer vertreten.

§. 9.

Inländische zu einer auswärtigen Pfarre gehörende, aber unter beiseitiger kirchlicher Verwaltung stehende Filiale werden, in so fern sie eine eigene im Inlande belegene Kirche besitzen, in Hinsicht auf die Wahlhandlung als selbstständige Gemeinden betrachtet.

§. 10.

Die Wahl der weltlichen Wahlmänner wird in jeder Landgemeinde durch eine Wahl-Commission geleitet, welche aus dem Pfarrer, dem Ortsvorsteher und dem ältesten Kirchengeschwornen; in den Stadtgemeinden aber aus dem ersten Prediger, einem von dem Stadtmagistrate zu wählenden Abgeordneten und dem ersten Kirchenvorsteher besteht.

In größeren Gemeinden, wo das Bedürfnis es erfordert, ist der Wahl-Commission gestattet, zur Geschäftshülfe noch einige Gemeindeglieder zuzuziehen.

Sind mehrere Gemeinden zu einer Gesamtgemeinde vereinigt (§. 8.), so wird der Vorsteher und erste Kirchengeschworne aus der Filial- oder combinirten Gemeinde zu der Wahlcommission zugezogen.

In Ermangelung eines Kirchenvorstehers oder Kirchengeschwornen ist die Commission durch ein anderes geeignetes Mitglied der Gemeinde, welches Pfarrer und Ortsvorsteher, oder Prediger und Stadtverordneter zu wählen haben, zu ergänzen.

§. 11.

Stimmberechtigt bei Erwählung eines weltlichen Wahlmannes ist jeder Mann in der Gemeinde, der sich zur evangelisch-lutherischen Kirche bekennt, das 25ste Lebensjahr bereits zurückgelegt, und einen

eigenen Hausstand begründet hat, so fern er nicht an einem der Gebrechen leidet, die zur Ausübung des gemeinbürgerlichen Wahlrechts unfähig machen.

§. 12.

Wählbar als weltlicher Wahlmann ist jeder Stimmberechtigte in der Gemeinde seines Wohnorts.

§. 13.

Unser Herzogliches Consistorium wird auf den Grund dieser Bestimmungen ein Wahl-Ausschreiben erlassen, nach dessen Publication die Wahlcommission in jeder Gemeinde zusammentritt, eine Liste der Wahlberechtigten in der Gemeinde aufstellt, und einen Wahltermin festsetzt. Die Liste ist spätestens 4 Wochen vor dem Wahltermin zu Jedermanns Einsicht auszulegen, und daß solches geschehen, öffentlich bekannt zu machen.

Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Bekanntmachung derselben bei der Wahlcommission anzubringen, und von dieser binnen acht Tagen zu erledigen. Gegen die Entscheidung der Wahlcommission findet ein innerhalb drei Tagen zu erhebender und innerhalb acht Tagen zu erledigender Recurs an Unser Herzogliches Consistorium statt, worauf die Listen geschlossen werden.

Zur Theilnahme an der Wahl sind nur diejenigen berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

§. 14.

Die in der Kirche vorzunehmende Wahlhandlung ist mit einer Anrede des Pfarrers zu eröffnen, worin dieser mit Hinweisung auf die Wichtigkeit des Gegenstandes die Wählenden auffordert, bei der Wahl vorzugsweise Männer von erprobter Rechtllichkeit und kirchlicher Gesinnung zu berücksichtigen.

§. 15.

In jeder Gemeinde werden eben so viel weltliche Wahlmänner erwählt, als daselbst Geistliche vorhanden sind, welche in das Wahlcollegium des Kreises eintreten.

§. 16.

Die Abstimmung geschieht durch offene Erklärung zu Protocoll, wobei Name, Stand oder Gewerbe des Vorgeschlagenen genau anzugeben ist. Sind mehrere Wahlmänner zu wählen, so müssen die dazu Vorgeschlagenen gleichzeitig genannt und im Protocoll bemerkt werden.

Die Zählung der Stimmen geschieht nach dem Schlusse des Wahllactes.

§. 17.

Die Wahl erfolgt nach relativer Stimmenmehrheit. Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet das Loos. Dem Gewählten wird sofort von der Wahl-Commission eine Wahlurkunde ausgestellt, und das Ergebniß der Wahl dem Herzoglichen Consistorio bei Einsendung der Wahllacten bekannt gemacht.

§. 18.

Nach Beendigung der Urwahl hat Unser Herzogliches Consistorium für jedes Wahlcollegium in den §. 4 bestimmten sechszehn Wahlkreisen einen Wahl-Vorsteher zu ernennen, und demselben die Wahllacten aus den einzelnen Gemeinden seines Wahlkreises zustellen.

§. 19.

Der Wahl-Vorsteher stellt auf den Grund dieser Acten ein Verzeichniß der zu dem Wahlcollegio gehörenden geistlichen und weltlichen Mitglieder auf, bestimmt Tag und Ort der vorzunehmenden Wahlhandlung, eröffnet dieselbe in der Kirche des Orts, und ernennt aus den Mitgliedern des Collegii zwei Beisitzer und einen Protocollführer.

§. 20.

Das erste Wahlcollegium hat vier Synodal-Abgeordnete, zwei geistliche und zwei weltliche, jedes der übrigen funfzehn Wahlcollegien aber zwei Synodal-Abgeordnete, einen geistlichen und einen weltlichen zu wählen.

§. 21.

Wählbar als geistliche Abgeordnete sind alle Geistliche bei demjenigen Wahlcollegium, zu dessen Mitgliedern sie gehören (§. 5.).

§. 22.

Wählbar als weltliche Abgeordnete sind alle Männer in demjenigen Wahlkreise, wo sie wohnberechtigt sind, wenn sie das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt haben, nicht zu den geistlichen Mitgliedern des Wahlcollegii gehören, und daneben die im §. 11. bemerkten Eigenschaften besitzen.

§. 23.

Die Abstimmung erfolgt durch offene Stimmgebung zu Protocoll auf die im §. 16. bemerkte Weise.

Zu einer gültigen Wahl ist absolute Stimmenmehrheit der Wähler, von denen wenigstens drei Vierteltheile erschienen sein müssen, erforderlich. Ist eine solche Mehrheit nach der ersten, und sodann auch nach der zweiten freien Abstimmung nicht gewonnen, so soll die fernere Wahl auf diejenigen drei Wahl-Candidaten sich beschränken, welche bei der letzten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben.

Derjenige von diesen Dreien, welcher bei der hiernach anzuordnenden ferneren Abstimmung die meisten Stimmen erhalten hat, wird als gewählt betrachtet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§. 24.

Nach beendigter Wahl stellt der Wahl-Vorsteher die Wahlurkunde aus, und berichtet über das Ergebnis der Wahl an Unser Herzogliches Consistorium.

§. 25.

Die Kosten, welche durch die Geschäftsführung bei den Wahl-Commissionen und Wahl-Collegien veranlaßt werden, sind auf die Cassé des Reinertrags des vereinten Kloster- und Studienfonds anzuweisen.

Das Amt der Wähler ist als ein Ehrenamt zu betrachten, jedoch

sollen den Mitgliedern der Wahl-Commissionen bei einer, eine Meile übersteigenden Entfernung ihres Wohnsitzes vom Orte der Wahlhandlung, die Kosten des Transports auf Verlangen vergütet, und solche auf die vermögenden Kirchencassen des bezüglichen Wahlkreises vertheilt werden.

Alle, die es angeht ic.

Urkundlich ic.

Braunschweig, am

Im Verlage von Friedrich Bieweg und Sohn in Braunschweig ist erschienen:

Die größeren
Justizorganisationsgesetze
für das

Herzogthum Braunschweig

aus

den Jahren 1849 und 1850,

nebst

einem kurzen, den Motiven, Berichten und Verhandlungen über dieselben entnommenen Commentare.

In zwei Bänden.

Erster Band: Die betreffenden Gesetze enthaltend.

Zweiter Band: Den Commentar enthaltend.

Zusammengestellt

von

H. Degener,

Doctor der Rechte und Advocat zu Blankenburg a. S.

8. Fein Velinpap. geh. Preis 1 Thlr. 16 Sgr.

(Erster Band 1 Thlr. Zweiter Band 16 Sgr.)

Dieses Werk ist besonders darauf berechnet, den bei den Gerichten des Herzogthums Braunschweig beschäftigten Juristen als eine bequeme, sämtliche im täglichen Rechtsverkehre zur Anwendung kommende Gesetze enthaltende, Handausgabe zu dienen, zugleich aber die Ergebnisse der neuesten Thätigkeit der legislatorischen Gewalten des Herzogthums im Bereich der Justiz dem Auslande zugänglicher zu machen, als es sonst würde der Fall sein können.

Es wird indeß von Interesse sein, die Motive zu den einzelnen Gesetzen näher kennen zu lernen; im zweiten Bande ist daher ein kurzer, aus den Motiven, Berichten und Verhandlungen über die in Rede stehenden Gesetze geschöpfter Commentar gegeben worden.